Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich ID Nr. 273 17. März 1979 1,50 DM incl. 6% MWSt. D 1870 CX

Grohnde 1977

Brokdorf 1976

Gorleben ist überall

Gorleben 1978

Wyhl 1975

Bohrbeginn in Gorleben

Beginn bundesweiter Aktionen

In Gorleben wurde mit den Bohrungen begonnen. Die von der Landesregierung vorprogrammierte "Schlacht um Gorleben" findet mit dem Einsatz von über 2000 Mann Polizei und Grenzschutz statt. Zwei Berichte über das Geschehen am Vormittag des 14. März 1979:

LÜCHOW SIEHT AUS WIE EINE FRONTSTADT

LÜCHOW–DANNENBERG
14. März

"Wir haben ja schon seit einigen Tagen Wachen rund um die Uhr gehabt, die das Gelände bewachten und auf Fahrzeuge achteten. Im Laufe der Zeit haben wir dann festgestellt, wie die Ansammlung der Polizei immer stärker wurde.

Heute morgen um vier haben die ersten Polizeitruppen ihre Bereitschaftsstellungen verlassen und sind Richtung Gorleben gefahren. Dahin, wo die Probebohrungen stattfinden sollen. Mehrere Fahrzeuge, Polizei und Grenzschutz.
Und heute morgen um halb sechs war der Bohrwagen da. Und ungefähr 30 von uns. Wir haben das Bohrfahrzeug besetzt. Da sind wir wieder runtergeholt worden, runtergeschleppt, gezerrt.

Ungefähr um acht Uhr waren wir dann etwa 80 Leute. Wir haben dann wieder Aktionen gestartet, sind wieder weggetragen worden, mit ähnlich brutaler Gewalt. Das kam auch heute Mittag durchs Radio. Die haben da einen Kameramann umgehauen. Die waren also sehr massiv und sehr brutal.
Es sind mindestens 1400 Bereitschaftspolizisten und über 500 Grenzschützer im Einsatz. Eben sind noch sieben oder acht Busse mit Grenzschutz aus Lüneburg gekommen.

Die haben natürlich an allen Stellen zugleich anfangen wollen, und wir haben an allen Stellen zugleich Widerstand geleistet. Da waren sehr viele Einheimische dabei, die auch zum Teil gar nicht zur Bürgerinitiative gehören.
Zwischen acht und zwölf Uhr sind von uns noch einige Aktionen gestartet worden, die auch sehr massiv abgewehrt wurden. Die Bürgerinitiativen in der ganzen Bundesrepublik sind inzwischen verständigt, zum Teil auch zur Entlastung. Es müßte also in den größeren Städten viel passieren, um das Gebiet hier zu entlasten. Ansonsten kommen die hier ab heute nicht mehr zur Ruhe.

Es geht im Augenblick alles drunter und drüber . . . Lüchow sieht wie eine Frontstadt aus, alles voller Polizei, was hier abläuft, das kannst du dir nur im Kriegsfall vorstellen. Auf jeden Fall halten wir uns noch wacker."

„Ja, um vier Uhr rückten da also die Fahrzeuge der Polizei an und vom Grenzschutz. Dann um sechs Uhr die Bohrfahrzeuge, auch mit Polizei. Dann haben wir versucht, mit etwa 30 Leuten die zu behindern, die Leute haben sich an das Fahrzeug drangehängt. Dann ist ein brutaler Befehl gekommen, die Leute da weg zu reißen. Da sind die nicht zimperlich gewesen. Zwei Fahrzeuge der DWK, das heißt Privatfahrzeuge, die wollten da durch fahren, die sind von uns erkannt worden, da haben wir uns vor die Fahrzeuge gesetzt, damit die nicht weiterfahren konnten. Und dann kam wieder der Einsatzleiter – Befehl, die Leute da weg zu holen. Die sind nicht zu unserem Schutz da, wie sie gesagt haben, sondern zum Schutz der DWK. Aber die haben sich dann wieder nach rückwärts abgesetzt.

Ja, und heute mittag, da ist das Wasserfahrzeug vom Bohrfahrzeug (zum Bohren brauchen die Wasser, die Red.) weggefahren zum Wasserholen, und wie das wieder reinfahren wollte, da haben wir auch eine Blockade gemacht. Da ist auch wieder Polizei gekommen, hat die Leute weggerissen, und da saßen noch Leute vor dem Fahrzeug, da hat das Gas gegeben und ist da rein gefahren. Ein Mädel haben sie mit knapper Not davor weggerissen, sonst wäre die überfahren worden. Gegen den Fahrer haben wir Strafanzeige erstattet."

Kontakt: Büro der Bürgerinitiative, Alte Burg, Gorleben, Tel. 05882/269

GRENZSCHÜTZER VERWEIGERN

RATZEBURG
14. März

Die TAZ–Initiative Kiel bestätigt, daß sich in Ratzeburg vier Grenzschützer geweigert haben, an dem Einsatz in Gorleben teilzunehmen. Sie reichten gleichzeitig ihre Kündigung ein. Drei der Kündigungen wurden inzwischen angenommen, die vierte bisher noch nicht.

DEMONSTRATION GEGEN DEN BOHRBEGINN IN GORLEBEN

Hamburg
Hamburg
14. März 1979

Von den Bürgerinitiativen Umweltschutz
Von den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) und der Bunten Liste Hamburg erhielten wir folgende Presseerklärung:

In einer Nacht- und Nebelaktion haben am 14. März auf dem Gelände der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben die Probebohrungen begonnen. Die Bunte Liste Hamburg und die BUU Hamburg sehen in diesen Maßnahmen den Baubeginn des Atommüllzentrums und riefen am Abend desselben Tages zu einer Protestdemonstration auf.

Über 3.000 Menschen folgten spontan, zum großen Teil mit Fackeln, dem Aufruf.

Wir sehen diese spontane Demonstration als einen großen Erfolg an, erklären aber gleichzeitig, daß sie nur der Auftakt für weitere massenhafte Mobilisierungen und vielfältige Pro-



testaktionen gegen den Bau der Atommüllfabrik in Gorleben ist. Die Teilnehmer der Demonstration sprachen sich einmütig für den Vorschlag aus, am Sonnabend, den 17. März mit einer weiteren Demonstration in der Hamburger Innenstadt den Protest gegen die Atommüllfabrik zu verbreitern und gleichzeitig für den Treck von Gorleben nach Hannover zu mobilisieren.
Kontakt: BUU, Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/ 43 21 71

GORLEBEN IST ÜBERALL

FRANKFURT 15. März *Überall regt sich der Widerstand gegen den Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben. Hier ist der Stand vom 15. März (Donnerstagnachmittag):*

LÜCHOW/GORLEBEN

"Wir waren ziemlich fertig nach der Geschichte von gestern, als das Wasserfahrzeug in die Blockade reingefahren ist. Wir treffen uns jetzt alle paar Stunden in der „Alten Burg", es sind etwa 50 bis 60 Leute, alle aus dem Kreis; die Leute müssen meist arbeiten. Zur Zeit wird versucht, die zweite Bohrstelle zu behindern, am Loberger Weg zwischen Rondeel und Meetschow."

Kontakt: Bürgerinitiative Lüchow/Dannenberg, Tel.0 58 82 / 269

HAMELN

„Hier sind viele Ortsschilder überklebt worden mit dem Plakat ‚Gorleben ist überall'. Fünf Leute sind dabei von der Polizei überprüft worden. Naja, und nach Hannover soll es am 31. auch von hier aus eine Treckerdemonstration geben. Die Idee kam von der Bürgerinitiative Externsteine."

Kontakt: Buchladen, Tel. 05151/26161

BROKDORF

„Wir haben eine Presseerklärung gemacht, daß die BUU die Baumaßnahmen verurteilt. Am Samstag, 17., gibt es um zwei Uhr eine Sympathiekundgebung vor der Kirche in Brokdorf."

Kontakt: Arbeitskreis Brokdorf, Tel. 04824/2596

FREIBURG

„ Hier sind Plakate geklebt und Transparente gezeigt worden mit der Parole ‚Gorleben ist überall' und darunter eine Erklärung des Alarms in Gorleben. Am Samstag soll ein Atommülltransport auf Freiburger Straßen über die Bühne gehen; am 24. März soll eine Kundgebung am Kaiserstuhl stattfinden. Die Kundgebung hat drei Schwerpunkte: Gorleben, den Beginn des Wyhl-Prozesses (2. Instanz) und vier Jahre Platzbesetzung zur Bauverhinderung in Wyhl. Wahrscheinlich wird es auch von hier aus eine Treckerdemonstration geben."

24. März Sasbach (Kaiserstuhl), Rheinbrücke 15.00 Uhr

Kontakt: Gewaltfreie Aktion Freiburg, Tel. 0761/582726

BERLIN

Flugblätter wurden verteilt und Plakate geklebt.

Kontakt: Dieter, Tel. 030/3212660

AACHEN

Heute morgen, 15. März um 9 Uhr, haben wir - etwa 40 Umweltschützer - das einzige unter dem Schutz der UNO stehende Gebäude, den Aachener Dom, besetzt. In Gesprächen mit den Oberpriestern wurde versprochen, daß man uns nicht durch Polizei vertreiben würde, solange keine Gewalt angewendet würde.

Ausschnitte aus der Presseerklärung zur Besetzung:

„Wir protestieren mit unserer gewaltfreien Aktion gegen die Probebohrungen in Gorleben. Diese Bohrungen sind der Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage, auch wenn Albrecht und die Atomindustrie behaupten, damit sei noch nichts entschieden. Wir lassen uns nicht durch eine solche Salamitaktik von unserem Widerstand abhalten. Wir widersetzen uns dieser neuen Form der Großtechnologie, deren Konsequenz für Jahrtausende unabsehbar ist. Wir bleiben im Dom, um auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen. Wir werden uns im Dom selbstverständlich friedlich und ruhig verhalten. Der Dom ist weiterhin offen für Betende und wir hoffen nur, daß sie in ihr Gebet auch die Sorge um das Überleben von Menschen und Natur einschließen."
Die SChatzkammer des Aachener Doms, die sonst jeden Tag um 9 Uhr aufgeschlossen wird, blieb heute zu. Die Krone Karls des Großen — (des Sach senschlächters) — konnte deshalb nicht besichtigt werden. Da Aachen bisher keinen Atombunker hat, gibt es Pläne, die Schatzkammer mit all ihren alten Knochen als solche auszubauen.
Das Fazit der Besetzer ist: Erstens hats Spaß gemacht und zweitens ist der Dom erdbebensicher gebaut.

Kontakt: Uwe, Tel.: 0241 / 21 744

BRAUNSCHWEIG

Am 14. März 1979 besetzten etwa 30 bis 40 Leute den Dom in der Braunschweiger Innenstadt. Sie haben vor, drei Tage im Dom zu bleiben. Das heißt, wirklich nur am Tage, weil sie sich mit dem Dompfarrer darauf geeinigt haben, nachts rauszugehen. Die Transparente, die sie aufgehängt haben, bleiben allerdings.

Zu Beginn der Besetzung drückten die Besetzer jedem Kirchgänger ein Flugblatt und eine Tulpe in die Hand. Die Reaktion sei zunächst sehr ablehnend gewesen. Während der Predigt ging dann der Pfarrer auf die Absichten der Besetzer ein, denen er selbst offenbar auch positiv gegenübersteht. Vor allem stutzte er die Leute zurecht, die vorher die Besetzer angepöbelt hatten. Es sei keine Art, so mit Leuten umzugehen, denen es um das Leben gehe.

Die Gardinenpredigt hinterließ Eindruck. Den Besetzern wurden hinterher die Flugblätter und Tulpen sehr viel freundlicher abgenommen.

Kontakt: Arbeitskreis gegen Atomenergie, Bäckerklint 1, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 33 24 88

FRANKFURT — Heute nacht wurden in Frankfurt und Umgebung die Ortsschilder mit einem Plakat überklebt, auf dem steht: "Gorleben ist überall".

Damit wollen wir zum einen auf den Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage für atomaren Müll in Gorleben hinweisen.
— Die Flachbohrungen sind für die Bürgerinitiative Lüchow—Dannenberg, wie auch für uns, schon Baubeginn!
Unabhängig von einer positiven Entscheidung für den vorgesehenen Standort durch die niedersächsische Landesregierung sind die bekannten Argumente gegen die Anlage so schwerwiegend, daß unser Widerstand zum Schutz des Lebens so frühzeitig wie möglich beginnen muß.

Zum anderen wollen wir damit ausdrücken, daß die Probleme nicht weit weg im Landkreis Lüchow—Dannenberg sind, sondern tatsächlich jeden Bundesbürger betreffen. In der Wiederaufarbeitungsanlage für atomaren Müll sollen die abgebrannten Brennelemente aus den Atomkraftwerken in der Bundesrepublik verarbeitet werden. Damit wird gleichzeitig der Grundstein für die Plutoniumwirtschaft d. h. der schnellen Brütertechnologie gelegt!

Wir haben zu diesem Mittel der Plakataktion gegriffen, um

möglichst viele Betroffene auf den Namen Gorleben und die damit zusammenhängenden Probleme aufmerksam zu machen. Gleichzeitig ist diese Aktion die Fortsetzung eines breiten, dezentralen Widerstands.
Mit freundlichem Gruß
Freunde von Gorleben

Dieser Brief ging ohne Absender bei uns ein. Wer sich ansonsten in Frankfurt über Gorleben informieren will, kann den **FREUNDESKREIS GORLEBEN 0611 / 49 23 68** *anrufen.*

LÖCHER ÜBERALL

LÖRRACH 14. März — Eine Gruppe aus Lörrach bei Basel teilt in einer Erklärung "Loch in Gorleben, Löcher überall" mit, daß sie zum Bohrbeginn in Gorleben einigen verantwortlichen Firmen ein Loch verpaßt hat. Die Anschläge richteten sich gegen die Kraftwerke Rheinfelden (das Baden–Werk der DKW), die Deutsche Bank in Lörrach und die Firma Siemens, deren Tochtergesellschaft die KWU ist. ist.

IM MÄRZEN DER BAUER...

LÜCHOW-DANNENBERG 6. MÄRZ 1979 — *Bauern aus dem Wendland rufen auf zu einem Treck nach Hannover am 25. März 1979:*

Motto: Herr Albrecht, wir kommen!

In den letzten Monaten sind bei uns im Landkreis entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Waren wir bisher ein ruhiger, friedlicher Kreis - so steht vor uns eine Zukunft geprägt durch:

- immer mehr Polizei und
- Bundesgrenzschutz
- immer mehr Überwachung der Bevölkerung
- immer mehr Absperrungen
- immer mehr Einschüchterung und Verängstigung
- immer mehr Lärm
- immer mehr Zerstörung unserer alten Strukturen

All das wollen wir nicht - wir wollen unseren Landkreis erhalten! Wir wollen keinen Atomstaat!

Gorleben darf nicht der giftigste Platz auf der Erde werden! Die Pläne für die Atomfabrik bedeuten eine Vertreibung aus unserer Heimat! Und weil wir uns nicht aus unserer Heimat vertreiben lassen, werden wir unseren Protest in einem Treck nach Hannover zum Ausdruck bringen. Wir werden vom geplanten Standort bis Hannover zu Fuß gehen, begleitet von Treckern, Pferdewagen, Leiterwagen und Fahrrädern. Wir werden mit unserem Treck deutlich machen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Atomanlage ist. Herr Albrecht hat ja betont, daß er gegen den Willen der Bevölkerung die Anlage nicht bauen wird.

Bis zur Kreisgrenze wollen wir nur mit Einwohnern unseres Landkreises marschieren –
Ab Kreisgrenze fordern wir alle Atomkraftgegner auf, mit uns gemeinsam zu gehen oder sich am
31.3.79 mit uns in HANNOVER zu treffen!

Warum ausgerechnet am 31. März?

In der Zeit vom 28. März bis 2.April 1979 veranstaltet die Landesregierung in Hannover eine wissenschaftliche Anhörung (pro und Contra) zum Thema Gorleben. (Das sogen. GORLEBEN-HEARING). Herr Albrecht hat mehrfach betont, daß er nach diesem Hearing seine Entscheidung für Gorleben treffen wird.

Die Öffentlichkeit ist von diesem Hearing ausgeschlossen und es ist zu befürchten, daß die Gutachten der kritischen Wissenschaftler nur als Alibi benutzt werden sollen.

Wir wollen Öffentlichkeit zu diesem Hearing herstellen!
Darum rufen wir die Bevölkerung von allen Atom-Standorten der Bundesrepublik auf, unseren Widerstand zu unterstützen.

Alle Standorte treffen sich in Hannover !
Um unsere Friedlichkeit deutlich zu machen, bitten wir alle Atomkraftgegner, mit Blumen nach Hannover zu kommen. Die Blumen als Symbol für das Leben – denn wir wollen das Leben erhalten – in Gorleben und auch anderswo.

Wir kommen friedlich und wir bringen Blumen mit.
Betroffene Landwirte

Hannoversche AKW-Gegner haben dazu einen Terminplan bekanntgegeben:

25.3. : Treffen am Spielplatz zwischen Trebel und Gartow, Marsch nach Lüchow, wo abends eine Veranstaltung stattfindet. Um zu demonstrieren, wie breit der Widerstand gegen die WAA im Landkreis selbst ist, sollen an diesem ersten Tag nur Leute aus dem Landkreis selbst teilnehmen.
26. 3. : Marsch Lüchow - Uelzen, abends Veranstaltung zur Infrastruktur
27. 3. : Marsch von Uelzen über Unterlüß (das als Endlagerstandort wieder ins Gespräch kommt) nach Hösseringen
28.3. : Hösseringen – Hermannsburg
29.3. : Von Hermannsburg nach Celle, vorbei am Knast Salinenmoor mit den 80 für uns reservierten Zellen, abends Veranstaltung
30.3. : Marsch von Celle bis zum Stadtrand Hannover

Während der Woche sollen sich immer mehr AKW-Gegner dem Treck anschließen, außerdem wird ein (Fahrrad-)Treck am 28.3., 12.00 Uhr am AKW Grohnde starten, weitere Trecks aus dem Norden sind in der Diskussion.

31.3.: Abschlußtag des Trecks in Hannover
10.00 Demonstration
12.30 Kundgebung auf dem Klagesmarkt, auf der Bauern aus verschiedenen AKW–Standorten sprechen sollen
15.00 DIE STANDORTE TREFFEN SICH (unter diesem Motto steht auch schon die Kundgebung): Info-Stände, Möglichkeit zur Selbstdarstellung von BI's am Weißekreuzplatz/Raschplatzpavillon
18.00 Großveranstaltung in der Eilenriedhalle, an der der sich auch Wissenschaftler beteiligen werden, die beim Hearing als Gutachter auftreten.

Gesucht werden:
– Leute, die beim Treck mitmarschieren (Schlafsack mitbringen, evtl. Luftmatratze und Zelt, wetterfeste Kleidung, nach Möglichkeit Fahrräder)
– Musik– und Theatergruppen für den Nachmittag in Hannover, die möglichst auch schon vormittags während der Demonstration in der Innenstadt auftreten können. (Bitte so schnell wie möglich in Hannover melden, damit wir planen können!) **bei Jutta, 0511 / 31 87 32**
– Alternativläden u.ä., die nachmittags Verpflegungsstände machen können (damit's auch was anderes gibt als Eintopf – bitte auch ganz schnell in Hannover melden!)
– und natürlich viele tausend Leute, die am 31.3. in Hannover mitdemonstrieren.

Meldet euch bitte bei folgenden Kontaktadressen:

für den Treck: BI Lüchow–Dannenberg, Drawehnerstr. 3, Lüchow Tel.: 05841/4684
für den 31.3.: Umweltschutzzentrum, Königstrasse 53, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/18023 (auf jeden Fall besetzt werktags von 18.00 – 20.00 Uhr)
Hier könnt ihr auch Aufrufe und Plakate bestellen.

Noch ein Treck

OLDENBURG, 13. März 1979

Aus Oldenburg soll ebenfalls ein Treck losziehen. Zunächst zu Fuß, wie es sich für Oldenburger gehört. Am 5. Tag ab Nienburg mit der Bahn nach Celle, wo der Wendland–Zug getroffen werden soll.

Informationen: donnerstags, 20 Uhr, Alhambra
Kontakt: Angelika, Tel.: 39667
Ingo Harms, Oldenburg, Bloherfelder Str. 20
Tel.: 73591

. . . und noch einer

Alle Bürgerinitiativen in Hessen und Südniedersachsen werden aufgefordert, an einem Treck teilzunehmen, der von Borken aus am Sonnabend, den 25. März 79 losgehen soll. Etappen sind:

1. Tag Kassel, 2. Tag Hannoversch–Münden, 3. Tag Holzminden, 4. Tag Hameln, 5. Tag Springe, 6. Tag Hannover. Es soll mit dem Fahrrad gefahren werden.

Kontakt: Frankfurt: Cindy Doll, Tel. 0611/49 23 68; Marburg: Helmut Burdorf, Tel. 06421/82 587; Borken: Barbara Hoffmann, Tel. 05682/1462; Kassel: Jochen Wulfhorst, Tel. 0561/71 331; Göttingen: Sonja Schreiner, Tel. 0551/58 691.

weitere Trecks:

Buskonvois

am 31. 3.	von Oldenburg nach Hannover Tel.: 0441 / 20 25 72
	von Cloppenburg nach Hannover
	von Münster nach Hannover Tel.: 0251 / 66 33 99
	von Lichtenhorst nach Hannover

Fahrrad/Traktoren

am 27. 3.	von Bremen nach Celle Tel.: 0421 / 218 32 93 (Peter Willers)
am 28. 3.	von Hamburg nach Celle Tel.: 040 / 43 21 70, 40 27 82
am 28. 3.	von Grohnde nach Hannover Tel.: 05262 / 30 79
am 28. 3.	von Braunschweig nach Hannover Tel.: 0531 /. 33 24 88

Autokonvoi

am 26. 3.	von Berlin nach Uelzen (oder Hannover) Tel.: 030 / 216 68 39, 681 18 61
am 31. 3.	von Hamburg nach Hannover

Bahn

am 29. 3.	von Hamburg nach Celle

An alle, die den Treck nach Hannover mitmachen und alle Hannoveraner:

Wer Übernachtungsmöglichkeiten braucht, soll das im Umweltschutzzentrum Königstraße in Hannover angeben, Tel.: 0511 / 18 023. Bitte angeben, ob Übernachtung am Freitag oder am Sonnabend. Wer in Hannover oder näherer Umgebung wohnt, soll bitte unter der gleichen Adresse Schlafplätze anmelden.

GORLEBEN-DEMONSTRATION IN OFFENBACH

OFFENBACH
14. MÄRZ

Die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen aus Hessen, Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg ruft zu einer regionalen Demonstration gegen das Atomzentrum Gorleben am 24. März in Offenbach (Sitz der Kraftwerksunion) auf. Anlaß ist der Beginn der Probebohrungen am Mittwoch den 14. März in Gorleben.

Treffpunkt ist voraussichtlich der Vorplatz am Mainufer an der Carl-Ulrich-Brücke (wird ausgeschildert).

Die Organisatoren der Demo schlagen vor, daß alle Teilnehmer sich in Gruppen zusammenfinden und sich eventuell kennzeichnen, um das Zusammenbleiben und die Organisation der Demonstration zu erleichtern und die eigene Sicherheit der Teilnehmer zu verbessern.

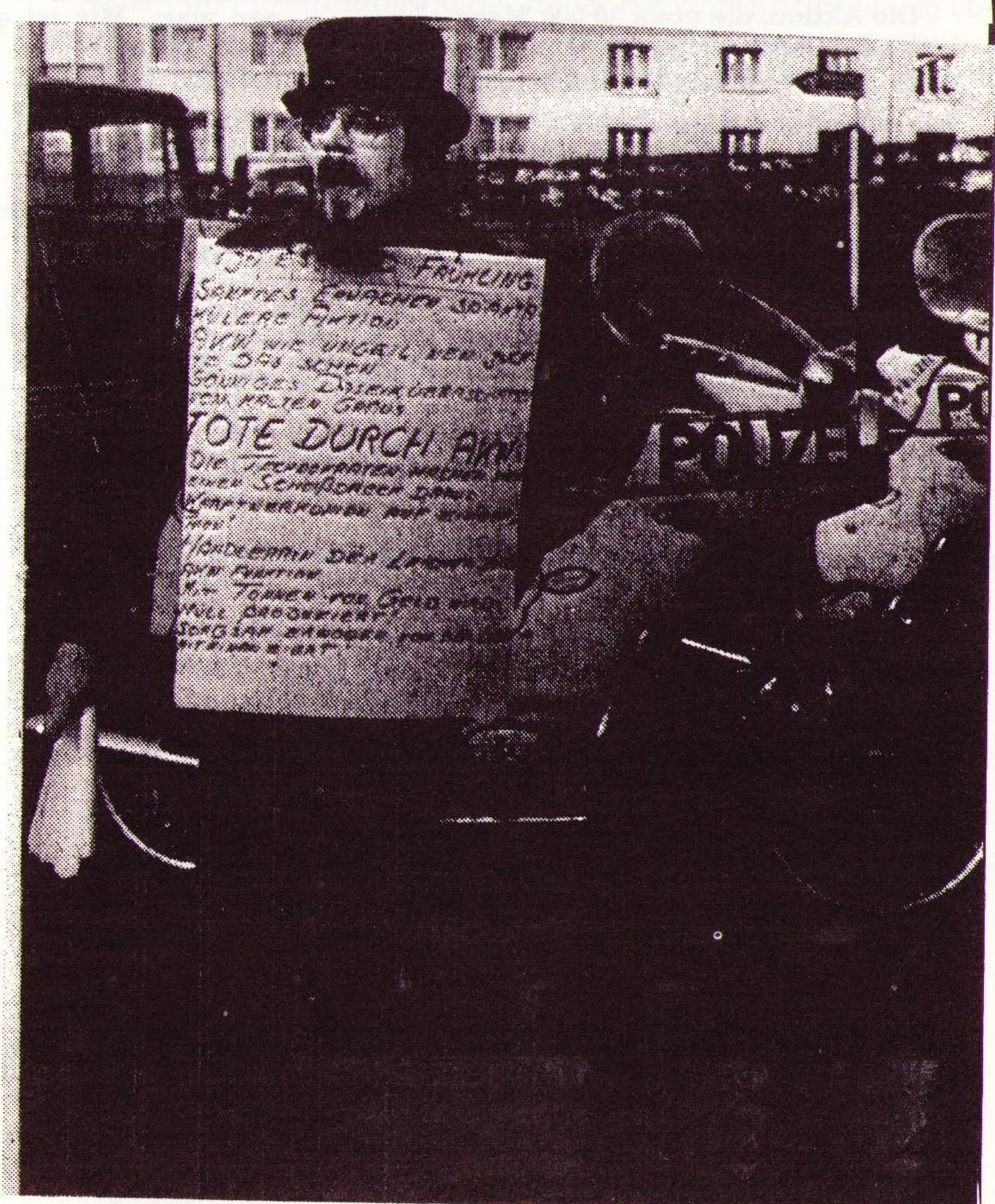
Für die Organisation ist die Bürgerinitiative Offenbach zuständig: **BI Offenbach, c/o E. Hoffmann, Buchrainweg 61 (XII) 6050 Offenbach, Tel.: 0611 / 83 11 92 und 88 78 47**

GROSSER CLOU BEI KWU

Offenbach/Main
9.3.79

Am Wochenende kam es zu einer grünen Massendemonstration in Offenbach. So grün (fast ganz grün, die Zivilen abgezogen) war noch keine Demonstraton. Der Frühling ist ganz groß im kommen. Also die Polizeiführung hat sich – als 1 (in Worten: ein) – Demonstrant dem regional verbreiteten Demonstrationsaufruf zulief, schon mal gedacht, daß sie geblufft wurde. Die regionale Presse dagegen hält den Spaß für eine Blamage der AKW-Gegner. Mir gefällt diese Lust an der List.

Artikel und Bilder sind aus der "Offenbach-Post".



Der Initiator des Ganzen. Er war als Einziger seinem Aufruf gefolgt.

Offenbach (klawe) — Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) dürfte sich am Samstag in Offenbach ein für nicht absehbare Zeit blamables Image verschafft haben: Bereits am Anfang der Woche hatte eines ihrer Offenbacher Mitglieder bei der Polizei- und Ordnungsbehörde eine Demonstration gegen die bevorstehenden Probebohrungen auf dem Gelände der geplanten Mülldeponie in Gorleben angemeldet. Befragt, mit wie vielen Demonstranten er rechne, antwortete der Mann: „Etwa zwischen 3000 und 5000 Leuten." Wer zum Demo-Treff am Parkplatz an der Offenbacher Mainbrücke erschien, war lediglich der Anmelder selber, das Gesicht weiß geschminkt, einen Faschingshut mit Anti-Atomkraft-Emblem, behängt mit zwei Plakaten, auf denen er vor den Folgen einer Atommüll-Deponie warnte. Auf ihn warteten etwa 30 Polizisten und diverse Streifenwagen.

Vor dem Ziel der geplanten Demonstration am Gebäude der Kraftwerkunion, standen hinter Stacheldraht und Absperrgitter vier Wasserwerfer der Mühlheimer Bereitschaftspolizei und zwei Hundertschaften Polizei. Drei weitere Hundertschaften, darunter einer der Hanauer Polizei, standen abrufbereit in der Nähe.

Die Aktion, die etwa 30 000 Mark gekostet hatte, begann bereits in den frühen Morgenstunden des Samstag. An diesem Tag gab es auch für die dienstfreien Schichten der Schutzpolizei keine Freizeit — alle Beamten mußten sich bereits gegen 6.30 Uhr auf ihren Dienststellen einfinden, um 7 Uhr stand alles abmarschbereit.

Gegen 9 Uhr begann auf dem Parkplatz an der Offenbacher Mainbrücke die Warterei. Bis auf den Polizisten-Pulk herrschte gähnende Leere. Kurz nach 10 Uhr — dem angekündigten Beginn der Demonstration — war es dann soweit: Der „Zug" erschien — Zugspitze, Körper und Schlußgruppe in einer Person war der Initiator selbst, der voller Optimismus die Heerschar Gleichgesinnter angekündigt hatte. Er konnte jedoch nur die Polizei und etwa fünf Zeitgenossen erblicken, die abwartend abseits standen, sich aber bald aus dem Staub machten.

In einem anschließenden, etwas unterkühltem Gespräch mit der Einsatzleitung, dem Offenbacher Schupo-Chef, Polizei-Oberrat Manfred Taube und dem Leiter der Inspektion Nord, dem Ersten Polizeihauptkommissar Ernst Klingenfuß, erklärte der Enttäuschte, daß er sich habe durchaus keinen Scherz erlauben wolle, er habe vielmehr die Zusage diverser Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet gehabt. Darauf Manfred Taube: „Wenn ich könnte, würde ich Ihnen die Rechnung schicken...".

Erleichtert zeigte sich der Offenbacher Polizeipräsident Kurt Löwer, der ebenfalls auf dem Schauplatz des Nichtgeschehens erschienen war: „Mir ist es lieber so, als anders 'rum!"

Hatten die wartenden Polizeibeamten zunächst noch vergrämte Gesichter gezeigt, so erschien auch ihnen bald die Situation so kurios, daß sie schließlich böses Spiel zur guten Mine machten und zu frozzeln begannen. Meinte einer von ihnen: „Wenn wir gewußt hätte, wie viele kommen, dann hätten wir Blumen besorgt und jeden mit Handschlag begrüßt — das hätte unser Image ganz schön aufpoliert." Ein anderer schlug vor, um die Sache zum Abschluß zu bringen, wollte man doch den Demonstranten an die Hand nehmen und ihn schnell mal die geplante Strekke entlang führen. Wohl auch kaum ernst zu nehmen der Vorschlag eines anderen, doch mal schnell selber zu demonstrieren, da man halt schon mal da sei...

Kaum scherzhaft dagegen äußerte sich der Offenbacher Polizeisprecher, Polizeihauptkommissar Karlheinz Raupach: „Selbst wenn dieser Einsatz sich als völlig unnötig herausstellte — wir konnten das vorher nicht wissen und uns ist es immer noch lieber, einmal umsonst gewartet zu haben, als einmal mit zu wenig Beamten an Ort und Stelle gewesen zu sein und überrollt zu werden. Wenn diese Leute damit aber eine Taktik verfolgen und etwa glauben sollten, sie könnten unsere Männer demoralisieren, so haben sie sich geirrt. Es ist wohl jedem unserer Beamten klar, um was es geht!"

GRIMMEL-GUTACHTEN NACHGEDRUCKT

BREMEN
9. März

Das Gutachten des Hamburger Professors Grimmel ist nachgedruckt worden. In dem Gutachten geht es darum, daß der Saltzstock in Gorleben-Rambow für eine Lagerung von Atommüll nicht geeignet ist, weil nicht auszuschließen ist, daß sich in dem Gebiet Wendland und westliches Mecklenburg die Erde noch bewegen wird, der Salzstock also erdbebengefährdet ist. Das Gutachten kann bestellt werden bei:

BBA-Info-Laden, Fedelhören 14, 2800 Bremen, Tel.: 0421/ 32 75 30. Es kostet 4 50-Pfennig-Briefmarken, ab 10 Exemplaren 1,— DM pro Stück plus Porto. Verkaufspreis für Wiederverkäufer 1,50 DM.

PLAKETTEN, PLAKATE...

WILSTER
15. März

Zusammen mit der BI Lüchow—Dannenberg hat die BUU Brunsbüttel Plaketten, große Autoaufkleber und Plakate produziert, — für den Treck nach Hannover, aber auch sonst.

Die Interessierten können Bestellisten und Muster bekommen.

Kontakt: BUU Brunsbüttel, Postfach 64, 2213 Wilster

VERSAMMLUNG DER GRÜNEN LISTE HESSEN

MITTELBUCHEN
12. MÄRZ

Die Grüne Liste Hessen (GLH) läd zu einer landesweiten Mitgliederversammlung in Mittelbuchen bei Hanau in der Gaststätte zur Krone, Wachenbuchener Straße, am Sonntag 18. 3. um 10.00 h ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Situation der GLH (Erfahrungsaustausch der existierenden GLH-Gruppen)
2. Perspektiven der GLH, weitere konkrete Aktivitäten zum AKW-Bereich
   Weitere Punkte: Umweltschutzbereich, demokratischer Bereich.

Kinder können mitgebracht werden, werden betreut.

„DIE MACHT DER MÄNNER..."

NEU-ISENBURG
15. MÄRZ

Das Frauenzentrum Dreieich wird am 26. März eine Veranstaltung machen. Diskussionsgrundlage ist der Film des Berliner Frauenhauses *„Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen"*. Die Erfahrung der Frauen im Berliner Frauenhaus sollen im Film geschildert, unverfälscht realistisch gezeigt werden. Außerdem wollen Frauen aus dem Frankfurter Frauenhaus aus ihrer fast einjährigen Erfahrung berichten. Die Veranstaltung ist nur für Frauen bestimmt und beginnt um 20 Uhr im Olympia-Kino, Waldstr. 58, Neu-Isenburg.

Kontakt: Frauenzentrum Dreieich, Buchenbusch 29, Neu-Isenburg

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:

18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr

Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

DAS HÄLSTE DOCH IM KOPP NICHT AUS

Frankfurt
15. März 1979

Das Oberlandesgericht Frankfurt hats beschlossen: Vier ID-Abonnenten dürfen nicht lesen, was sie selbst geschrieben haben. Alle vier sitzen wegen der dpa-Besetzung in Frankfurt-Preungesheim und haben eine Hungerstreik-Erklärung mitunterzeichnet. Diese Erklärung wurde im ID 271, Seite 6/7 veröffentlicht. Und eben diese Seiten schickte uns das OLG durch den Vorsitzenden Hahn postwendend zurück. Hier ein Teil aus der durchgeknallten Begründung:

"Auch wenn diese "Hungerstreikerklärung" von den 4 Angeschuldigten selbst unterzeichnet worden ist und ihr Inhalt ihm somit bekannt sein dürfte, sind Sicherheit und Ordnung in der Anstalt dadurch als gefährdet anzusehen, daß bei einer Weitergabe der Druckschrift durch den im Normalvollzug befindlichen Angeschuldigten an andere Gefangene bei diesen ein Gefühl aggressiver Ablehnung gegenüber den Vollzugsbeamten hervorgerufen werden könnte, die zu wörtlichen und tätlichen Widersetzlichkeiten führen könnten.

Das Blatt mit den Seiten 6 und 7 ist an den Verlag zurückzusenden. Im übrigen ist die Zeitschrift auszuhändigen."

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Manfred Wallenborn

HAFTPRÜFUNG FÜR SIBYLLE STRAUB

HEIDELBERG
6. März

Das Solidatitätskomitee für Hermann Feiling und Sibylle Straub berichtet:

Seit nunmehr 8 Monaten, genau, seit dem 24.6.78 ist Sibylle Straub in Isolationshaft in Stammheim. Grund: Eine angeblich belastende Aussage ihres Verlobten Hermann Feiling, der am 23.6.78 beim Hantieren mit Sprengstoff durch ein Explosion beide Beine und das Augenlicht verlor. Einen Tag nach dem Unfall soll Hermann bei einer sogenannten Anhörung (neue Wortschöpfung der Kripo und der Staatsanwaltschaft, um illegale Vernehmungen von Schwerverletzten in ein Verfahren einführen zu können) Sibylle belastet haben. Die Umstände, unter denen diese angeblich belastenden Aussagen zustande gekommen sind, sprechen für sich. Hermann Feiling kann sich an die „Anhörungen" und Vernehmungen der ersten Woche nach seinem Unfall nicht erinnern. Es stand damals nicht einmal fest, ob er überleben würde.

Seine Aussagen wurden mit verbrecherischen Methoden erzwungen. So wurde z.B. in seiner Anwesenheit über seine Verlegung in ein psychiatrisches Landeskrankenhaus gesprochen. Zeigte er sich gegenüber den Kripo-Beamten nicht ausreichend kooperationsbereit, wurde ihm mit dem Entzug der für ihn lebenswichtigen klinischen Versorgung gedroht. In einer Situation, in der er von seinem physischen Zustand her auf die unmittelbarste Hilfe der ihn umgebenden Personen angewiesen war, fielen Sätze wie: für Sie ist eh alles gelaufen, es gibt hier genügend Leute, die Ihnen gerne eine Spritze verpassen würden usw.

Da auch den Ermittlungsbehörden klar sein dürfte, daß sie einen Prozeß gegen Sibylle Straub nur mit diesen auf äußerst fragwürdige und illegale Weise (die Vernehmung Schwerverletzter ist nach § 136a StPO verboten) zustande gekommenen Aussagen nicht durchziehen können, wären für sie Ergebnisse aus ihren immer wieder angeführten kriminaltechnischen Untersuchungen ungemein wichtig. Daher beriefen sich Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter bisher bei ihrer Entscheidung über die weitere Haftfortdauer Sibylles immer wieder auf die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen. Sie erscheinen wie einst die Goldsucher in Alaska, die nach dem letzten bedeutsamen und schwer lastenden Körnchen suchen. Und es wird immer deutlicher, daß es nichts zu finden gibt.

Inzwischen sind die Ermittlungen abgeschlossen worden. Ende März soll der nächste Haftprüfungstermin stattfinden. Es ist die Frage, ob die Herren vom Staatsschutz sich eine neue Begründung für die weitere Internierung vor Sibylle ausdenken werden oder ob sie sie rauslassen – auf jeden Fall sind die 8 Monate, die Sibylle jetzt schon hinter Staatsbeton sitzt, schon 8 Monate zu lange!!

Sibylle schildert die Bedingungen ihrer Haft – eine verschleierte Form der Isolationshaft – am Beispiel der Gemeinschaftsveranstaltungen, die alle 14 Tage einmal 1–2 stündig stattfinden, in einem ihrer Briefe:*„Es ist wirklich zum Kotzen. Die Bedingungen hier werden immer übler. Es sind hier ja nur so 6 Gefangene, mit denen ich zusammenkommen kann. Da haben sie jetzt mittenherein eine ältere, ungeheuer herrschsüchtige, schon regelrecht bösartige Frau gesetzt, die das ganze Klima vergiftet. (...) Bei nur ein paar Leuten hat so eine Frau natürlich genügend Macht, um Terror auszuführen. Ich nehme stark an, daß diese Zusammensetzung hier oben gesteuert ist, daß sie sich genau überlegen, wen sie herbringen, und jetzt haben sie so etwa eine ihnen genehme Zusammensetzung gefunden. (...) Immerhin muß mensch sagen, haben sie lange gebraucht, bis sie diese „Gefangenengemeinschaft" im Griff hatten und bis sie die richtigen verhetzten Leute gefunden haben, die sich beim Klatsch über die „Terroristenweiber" hochgeilen hier. (...) Diese Gemeinschaftsveranstaltungen sind nur noch eine Verarschung. Und ich verarsch mich nicht selber. „Normalvollzug" ist das hier nie. Sondern ein Sondertrakt mit Kosmetik. Aber die Fassade bröckelt immer mehr ab."*

Solidaritätskomitee für Sibylle Straub und Hermann Feiling. Spendenkonto: „Bille", Heidelberger Volksbank, Kto. Nr. 20–31306.

P.S.: Es gibt eine Dokumentation zu Sibylle und Hermann: „Wendet das Blatt, bevor es welkt". Sie enthält auch Beiträge zu Silvia Herzinger aus Frankfurt. Diese Broschüre ist im linken Buchhandel in Heidelberg erhältlich.

HUNGER– UND DURSTSTREIK BEENDET

BERLIN 14. März *Der Anwalt von Günter Sonnenberg, Philipp Heinisch, schickte uns die folgende Presseerklärung:*

"Günter Sonnenberg hat den Hungerstreik, den er am 25.1.79 begonnen hat, und den Durststreik (ab 5.3.79) am 9.3.79 nachmittags beendet, nachdem das BW Just. Min. "normale Haftbedingungen" zugesichert hat. Danach wird Sonnenberg, nach Genesung vom Hunger– und Durststreik im JVA Krankenhaus Hohenasberg in eine Anstalt des Regelvollzuges verlegt. Ob nach JVA Bruchsal ist noch offen.

In der Haft wird ihm garantiert: Unterbringung in einer normalen Station, allerdings in einer Zelle, die mehr als andere gesichert ist. Er hat Hofgang und die üblichen Freizeitveranstaltungen mit den Gefangenen der Station. Eine Auslese wird nicht getroffen. Von der Bedingung, sich vor und nach jedem Kontakt auszuziehen, wurde Abstand genommen. Sonnenberg wird zur Kontrolle lediglich abgetastet.

Mit dieser Regelung ist ganz sicher nicht erreicht worden, daß gute therapeutische Bedingungen für Sonnenbergs geistige Reaktivierung geschaffen werden. Andererseits besteht jetzt zumindest die Möglichkeit, daß er im Rahmen der „Quasi-Normalität" im Gefängnis menschliche Beziehungen knüpfen und soziale Kontakte einüben kann.

An dieser Stelle möchte ich allen Personen und Gruppen, die durch ihren persönlichen Einsatz dazu beigetragen haben, daß wenigstens dieses Minimum erreicht wurde, sehr herzlich danken. Wichtig ist nun vor allem, daß die interessierte Öffentlichkeit auch darüber wacht, daß die Zusagen eingehalten werden und daß Sonnenberg tatsächlich in die Lage versetzt wird, sich geistig zu regenerieren.

Philipp Heinisch

Nachtrag: Alle, die sich an dem Hungerstreik beteiligt haben, haben ihn abgebrochen, nachdem Günter Sonnenberg die Zusage gemacht wurde.

Ebenso wie Margit Schiller hat sich Klaus Croissant am 7.3. dem Streik angeschlossen. Nachfolgend Margit Schillers Erklärung dazu:



FRANKFURT 11. MÄRZ '„Ich habe mich am 7. 3. 79 zusammen mit 10 anderen ‚normalen' Gefangenen der JVA III dem Hunger- und Durststreik von Günter Sonnenberg angeschlossen, um seine Forderung nach Veränderung seiner Haftbedingungen (totale Isolation) zu unterstützen. Aus jahrelanger Erfahrung kenne ich die Wirkung solcher Haftbedingungen, die gegenüber Günter Sonnenberg, der durch einen Kopfschuß bei seiner Verhaftung an einer Amnesie leidet, noch unendlich viel schlimmer sind. Auch wenn ich mich endgültig von der Politik der Guerilla getrennt habe, halte ich den Kampf gegen Haftbedingungen, die Menschen physisch und psychisch vernichten, natürlich weiter für notwendig und gerechtfertigt. In der Situation dieser Woche: Günter Sonnenberg seit dem 24. Januar im Hungerstreik und seit dem 6. März im Durststreik, also in akuter Lebensgefahr aufgrund der Weigerung der baden-württembergischen Justizbehörden, für ihn menschliche Haftbedingungen zu schaffen – sah ich keine andere Möglichkeit, als Günter Sonnenberg mit einem Durststreik von mir zu schützen und klarzumachen, daß er nicht alleinsteht mit diesem Kampf, über den die Medien der BRD keinerlei Informationen brachten. Stattdessen wird seit 1974 jeder Hungerstreik von politischen Gefangenen gleichgesetzt mit einer Guerillaaktion draußen, was ich nur als absurd und zynisch bezeichnen kann, denn ein Hungerstreik ist das letzte, LEGALE Mittel von Gefangenen, die keine andere Möglichkeit mehr haben, sich gegen unmenschliche Haftbedingungen zu wehren. Grade an Günter Sonnenberg wird das sehr deutlich, für den weder seine Verletzungen noch 5 ärztliche Gutachten Grund genug waren, um seine totale Isolation in speziellen Gefängnistrakten zu verhindern."

LETZTE MELDUNG:

Der Prozeß gegen die DPA-Besetzer wird am 26. März, 9.15 h beginnen. Voraussichtliche Prozeßtermine sind 26., 27., und 28. März, sowie 2., 3., 4., 9., 10., 11., 18., 19., 23., und 24. April.
Findet statt im Landgericht Frankfurt, Gebäude C, Raum 165 c.

VERHAFTUNGEN IN LÜBECK

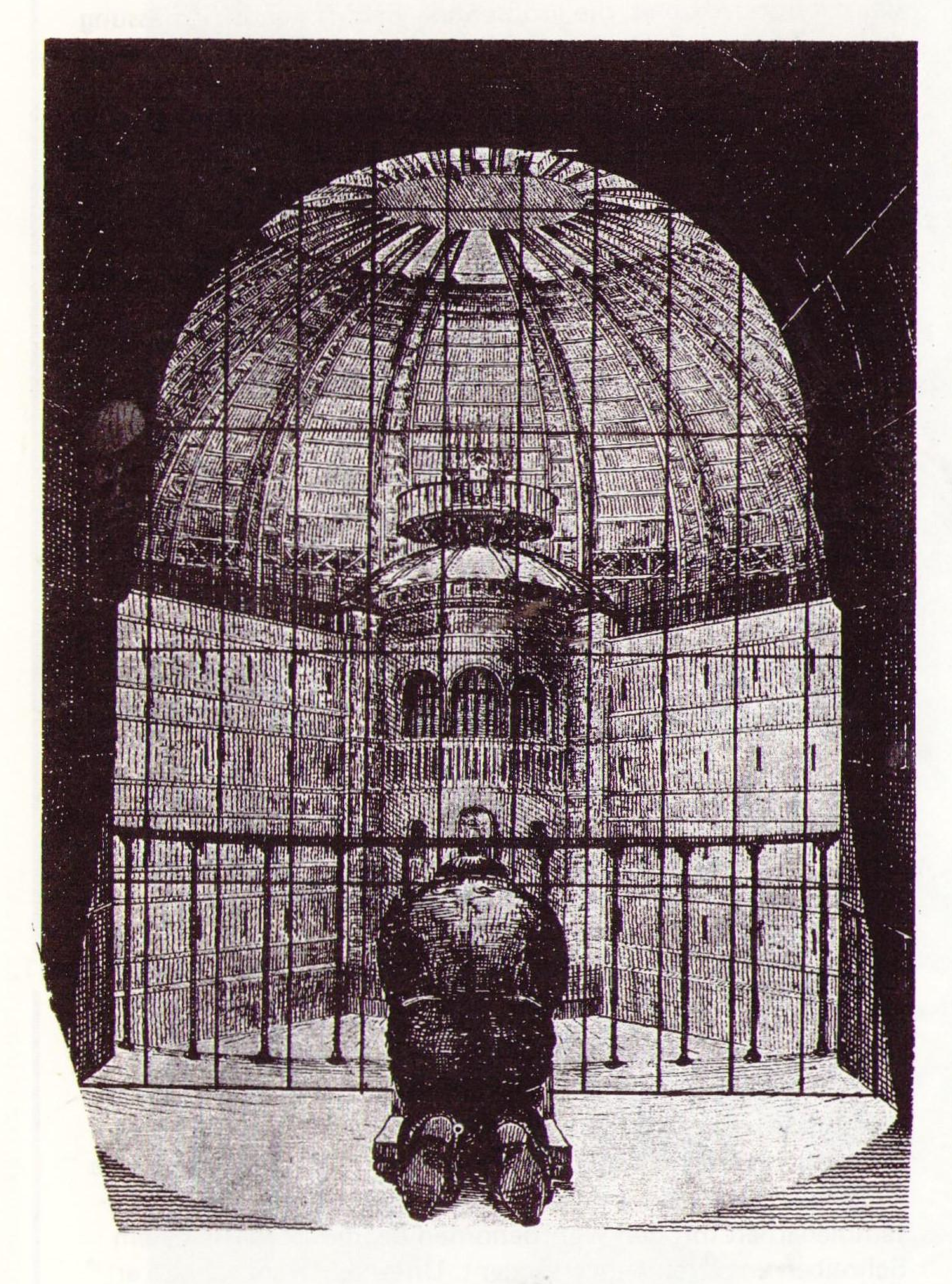
LÜBECK 15. März In der Nacht vom 3. auf den 4. März wurden in Lübeck Frank Riefenstahl und Heidrun Lisa Sturm verhaftet. Ihnen wird die Vorbereitung eines Sprengstoffvergehens im Zusammenhang mit § 129a vorgeworfen. Außerdem wurden drei Wohnungen durchsucht. Am 4. März wurde dann Jörn Meissner festgenommen. Es folgten weitere Durchsuchungen.

Die Betroffenen vermuten, daß die Verhaftungen im Zusammenhang mit der Arbeit der Knast–Gruppe Lübeck und der Enttarnung eines Polizeispitzels (Stern Nr. 8/79) stehen.

Die Lübecker schreiben zur NDR–Berichterstattung:

"Der NDR mußte nachmittags in den Regionalnachrichten seinen Teil zur Hetze und Vorverurteilung der drei beigeben. "Drei mutmaßliche Terroristen" geschnappt, (mit vollem Namen) "Kontakt zum harten Kern der Terrorszene", "Mikroprozessoren (? !?), brennbares Material, Lunten und Klebefolie" gefunden. Jörn's Wohung wurde zum "Konspi–Unterschlupf" in der Nähe der Autobahnauffahrt Lübeck."

Sie haben ein Spendenkonto eingerichtet (Postscheckamt Hamburg, Nr. 59579–209. Post an die Verhafteten geht über den Ermittlungsrichter am BGH, Herrenstr. 45a, 7500 Karlsruhe 1 (Aktenzeichen für alle drei: 1B JS 46/79).



SOIDARITÄT MIT HERBERT SOFFEL

MÜNCHEN
1. MÄRZ

Die Fachschaftsinitiative Medizin der Universität München protestiert in einem Brief, den sie an die Justizvollzugsanstalt , die zuständigen Minister, Richter und Staatsanwälte schickte, gegen die Haftbedingungen von Herbert Soffel und überhaupt gegen extreme Haftbedingungen, „ die mit dazu beitragen, Menschen gesundheitlich nachhaltig zu schädigen". Die Initiative schreibt u. a.:

„Die Faschschaftsinitiative Medizin der Ludwig-Makimilians-Universität protestiert gegen die besonderen Haftbedingungen bei Herbert Soffel. Als Med:zinstudenten wenden wir uns gegen einen Strafvollzug, der Menschen schwere gesundheitliche Schäden zufügt.
Wir fordern die sofortige Haftentlassung von Herbert Soffel.

Kontakt: FASI Medizin, c/o Christoph Dombrowski, Rohrdommelweg 3, 8000 München 60

TOTALVERWEIGERER VOR GERICHT

KÖLN
28. FEBRUAR

Am Freitag, den 23. Februar stand der 25 Jahre alte Kölner Dieter Schöffmann in Celle vor dem Schöffengericht. Er war der Fahnenflucht und des fortgesetzten Ungehorsams bei der Bundeswehr angeklagt. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis, die zur Bewährung ausgesetzt sind. Es werden weitere Prozesse gegen Totalverweigerer, d. h. Kriegsdienstverweigerer, die sowohl den Kriegs- als auch jeden Ersatzdienst ablehnen, erwartet. Die Gruppe „Kollektiver gewaltfreier Widerstand schreibt dazu:

„Schöffmann schilderte zunächst vor Gericht die Entwicklung zu seiner Totalverweigerung: 1973 hatte er einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gestellt. 1974 und 1975 wurde dieser Antrag von dem Prüfungsausschuß bzw. der Prüfungskammer für Kriegsdienstverweigerer zurückgewiesen. Begründet wurde dies damit, daß er sich nicht genügend mit der Problematik auseinandergesetzt habe.

Durch sein langjähriges Engagement in pazifistischen und antimilitaristischen Gruppen und Organisationen (wie die Gewaltfreie Aktion Köln, der Verband der Kriegsdienstverweigerer und der Versöhnungsbund) hatte sich sein Bewußtsein so weit entwickelt, daß er das Prüfungsverfahren als ein gegen die Kriegsdienstverweigerung gerichtetes Mittel ablehnte. Ferner war er nicht mehr zu der Ableistung eines Ersatzdienstes bereit, da er in ihm ein Mittel zur Rechtfertigung der Wehrpflicht und zur Steuerung der Kriegsdienstverweigerung sieht.

In einem Brief an das Verwaltungsgericht Düsseldorf erklärte er deshalb, daß er dort bewußt keine Klage gegen den Ablehnungsbescheid der Prüfungskammer einlegen werde. Damit war er rechtswidrig nicht anerkannt und stand für die Bundeswehr zum Wehrdienst zu r Verfügung.
Der Einberufung zum 16. August 1978 in die Freiherr von Fritsch Kaserne in Celle-Scheuen leistete er nicht Folge. Am 24. August wurde er von Feldjägern in seiner Wohnung festgenommen und am gleichen Tage in die Kaserne gebracht. Dort verweigerte er jeglichen Befehl und saß deshalb vom 25. August an insgesamt sieben Wochen im Arrest. Im Anschluß daran wurde er zwar nicht aus der Bundeswehr entlassen, durfte aber nach Hause fahren, da er zur Zeit am Standort nicht benötigt werde — so die formale Begründung.

ZWANGSWEISE GEGENÜBERSTELLUNG UNTER AUSSCHLUß DER ANWÄLTE

Essen
8. März

Von den Anwälten Peter Kruse und Wolfgang Schmid, 43 Essen, Dagobertstr. 19:

Die Untersuchungsgefangene Angelika Speitel ist am 21. Februar 1979 im Keller der Justizvollzugsanstalt Köln Wiedererkennungszeugen zwangsweise vorgeführt worden. Sie wurde gefesselt in den Keller gebracht; dort wurde sie noch immer gefesselt auf die Bühne des Theatersaals der Anstalt geschleppt. Bei einem zweiten Durchgang wurde sie an einen Rollstuhl gefessel über die Bühne gefahren. Ein Beamter versuchte eihren Kopf den unsichtbaren Zuschauern entgegenzuhalten.
Die zwangsweise „Gegenüberstellung" war am 8. Februar 1979 vom Ermittlungsrichter Kuhn beim Bundesgerichtshof angeordnet worden. Die Verteidiger von Angelika Speitel wurden entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht unterrichtet; Angelika Speitel erfuhr davon erst am Tag der Vorführung .

Das Recht auf Anwesenheit bei Gegenüberstellungen wurde den Verteidigern selbst dann noch verweigert, als sich am Tag der Vorführung Rechtsanwalt Schmid in der JVA Köln befand. Ihm ließ Inspektor Loth (Sicherheit und Ordnung) durch den Justizangestellten Müller wissen, Angelika Speitel befinde sich nicht im Gewahrsam der Anstalt, da sie „ausgeantwortet" sei. Erst zwei Stunden später, nach der zwangsweisen Gegenüberstellung, konnte Rechtsanwalt Schmid Angelika Speitel sprechen.

Zu Schöffmanns Verhalten in der Bundeswehr wurden drei Zeugen gehört: der ehemalige Kompaniechef, der damalige Kompaniefeldwebel und der stellvertretende Brigadekommandeur Oberst Timpe. Sie gaben Auskunft zu den Befehlsverweigerungen und zu der Verhängung der insgesamt drei Disziplinararreststrafen. Sie bescheinigten Schöffmann Konsequenz und Glaubwürdigkeit in seinem Handeln. Timpe äußerte die Ansicht, daß nach diesem Prozeß Schöffmanns Entlassung aus der Bundeswehr beantragt werde.

Im Anschluß daran wurde Pastor Finck als Zeuge vernommen. Er ist Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) und Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Er erläuterte die negativen Folgen des Gewissensverfahrens für die Kriegsdienstverweigerer, deren Antrag nicht anerkannt worden war. Diese negativen Folgen – zu denen Haft, Selbsttötung und Selbsttötungsversuche, Auswanderung ins Ausland oder nach Westberlin und psychische Schädigung durch die erzwungene Anpassung bei der Bundeswehr gehören – waren mit ein Grund für Schöffmanns demonstrative Weigerung, sich weiterhin an diesem Prüfungsverfahren zu beteiligen. Auf Befragen äußerte Finck, daß angesichts der Art und Praxis des Prüfungsverfahrens ein legales Verhalten (in Bezug auf Prüfungsverfahren und Bundeswehr) nicht für alle Kriegsdienstverweigerer zumutbar sei.

Im Anschluß auf die Beweisaufnahme forderte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer für Schöffmann 7 Monate Gefängnis und eine Geldbuße von 1000 DM. Da von Schöffmanns baldiger Entlassung aus der Bundeswehr auszugehen und damit nicht anzunehmen sei, daß er nochmals straffällig wird, beantragte die Staatsanwaltschaft die Aussetzung der Gefängnisstrafe auf drei Jahre zur Bewährung. Außerdem war er der Auffassung, daß „alleine die Tatsache, daß eine solche Strafe verhängt wird, andere davon abhalten wird, ähnliche Straftaten zu begehen", so daß der Vollzug nicht unbedingt notwendig sei.

Der Verteidiger wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß Schöffmann innerlich zerbräche, wenn er seiner Haltung nicht treu bliebe und sich dem militärischen Zwang unterwerfe. Er forderte Freispruch.

Zum Abschluß erläuterte Schöffmann nochmals grundsätzlich seine Position. Er erklärte, daß er weder bereit sei, militärische Kriege zu unterstützen, noch die Kriege, die zur Ausbeutung, Unterdrückung, Umweltverschmutzung und ausschließlicher Gewinnorientierung gegen die Natur und die Menschheit (hier vor allem gegen den armen Teil der Menschheit) geführt werde. Vielmeh r sei er entschlossen, sein Leben und Handeln so einzurichten, daß es dem Frieden und seinem Ziel einer gewaltfreien, freiheitlichen und sozialistischen Gesellschaft diene. Von diesem Weg werde er sich nicht abbringen lassen, auch nicht durch die Beugungsversuche seitens der Bundeswehr.

Nach einstündiger Beratung folgten der Richter und die beiden Schöffen in vollem Umfang dem Antrag des Staatsanwaltes. In der Urteilsbegründung erläuterte der Richter, daß davon ausgegangen werde, daß Schöffmann Kriegsdienstverweigerer sei. Weiter würdigte er die Motive, daß Schöffmann auch für andere handele und das Prüfungsverfahren als menschenunwürdig ansehe. Eine Verurteilung sei gerechtfertigt, da Schöffmann objektiv den Tatbestand der Fahnenflucht und des fortgesetzten Ungehorsams erfüllt habe. Außerdem habe er nicht alle ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel im Hinblick auf eine Anerkennung seines Kriegsdienstverweigerungsantrages voll ausgeschöpft. Dem Angeklagten sei es zumutbar gewesen, so der Richter, den Dienst bei der Bundeswehr auszuüben.

Verfolgt wurde dieser Prozeß von ca. 70 Zuschauern aus dem ganzen Bundesgebiet, die größtenteils Schöffmanns Auffassung teilten. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Totalverweigerer, deren Prozesse für dieses oder das nächste Jahr zu erwarten sind. Sie, wie auch ein Teil der übrigen Zuschauer gehören der ‚Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste' (KGW) an, die sich die Öffentlichkeitsarbeit um die Totalverweigerung zur Aufgabe gemacht hat."

Kontakt: KGW, c/o D. Schöffmann, Zülpicherstr. 234 (HH) 5000 Köln 41

Zum Thema Totalverweigerung ZDL

Der Totalverweigerer Rudolf Junge aus Rheinfelden, Eichbergstraße 18, hat am 20.3. in Lörrach, Amtsgericht Saal III 15.00 Uhr eine Verhandlung, bei der es um seine Erfassungsverweigerung geht.

DIE TOTALE KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG DES SIEGBERT KÜNZEL

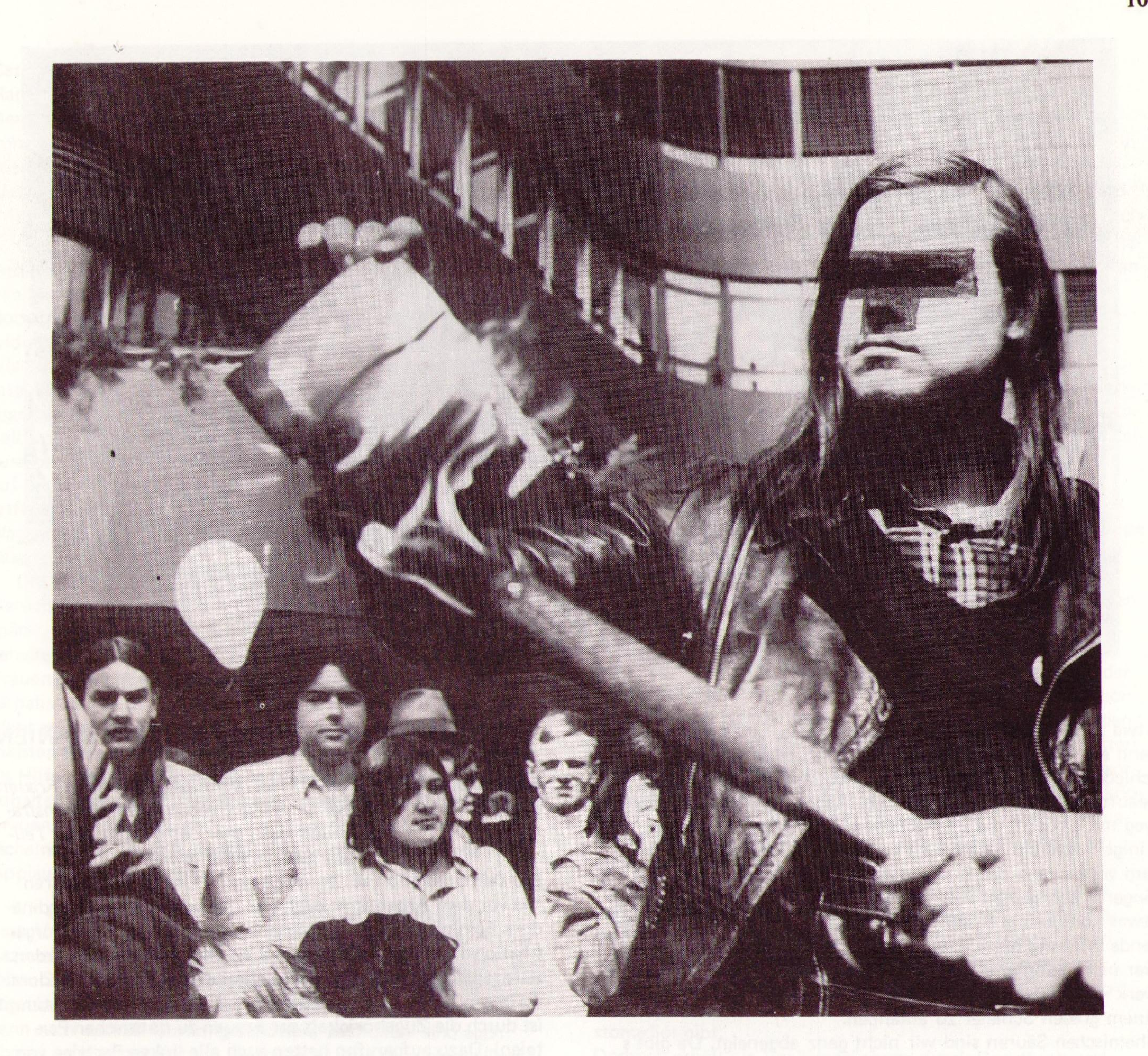
Solidaritätskreis zur Unterstützung des Totalverweigerers Siegbert Künzel c/o Matthias Karsch, Anton-Voss-Str. 26, 4700 Hamm1.

HAMM März '79 Am 8. Januar wollte das Kreiswehrersatzamt Arnsberg Siegberts Gewissen von einem sogenannten Prüfungsausschuß durchleuchten lassen. Wie Siegbert den Behörden allerdings schon Mitte 1977 mitteilte, fühlt er sich als Kriegsdienstverweigerer und lehnt daher eine staatliche Kontrolle des Gewissens ab. Seine Verweigerung jedweder Zusammenarbeit mit den Wehrbehörden begründete er in einem Schreiben ans Kreiswehrersatzamt. Unter anderem schrieb er: „Ich bin Kriegsdienstverweigerer, d.h. ich kämpfe direkt gegen jegliches Militär und die Strukturen, die die Bundeswehr aufrechterhalten. Ich möchte mich nicht in diesem Punkt dem Staat unterwerfen." So nahm er nicht am Verfahren teil. Nun erwarten Siegbert folgende Konsequenzen: Der Prüfungsausschuß entscheidet nach Lage der Akten und lehnt Siegbert daher ab (mangelndes Interesse an seiner Verweigerung). Siegbert wird gegen diese Entscheidung keinen Widerspruch einlegen (Ablehnung der Gewissensprüfung) und daher sofort zur Bundeswehr freigestellt werden. Er erhält dann später den Einberufungsbefehl. Diesem wird Siegbert ebensowenig Folge leisten wie der Aufforderung des Prüfungsausschusses.

Als Folge kommen Feldjäger, um Siegbert abzuholen. Wegen unerlaubten Fernbleibens von der Truppe und der Befehlsverweigerung (Verweigerung der Uniform) wird er vorerst in Arrest gesetzt. Danach wird er strafrechtlich wegen „Fahnenflucht" und Befehlsverweigerung abgeurteilt. Auch gegen dieses Urteil wird Siegbert nicht in Befufung gehen. Gesetzliches Strafmaß: 6 Monate bis 5 Jahre. Allerdings liegen die Strafen z.Zt. bei 6 Monaten bis 2 Jahren.

Siegbert braucht unsere/Ihre/deine Hilfe. Zur Unterstützung von Siegbert hat sich eine Solidaritätskreis gebildet, in dem noch dringend Mitarbeit erforderlich ist. Ihr könnt einen regen Briefverkehr mit den Verantwortlichen führen und euch deren Schritt begründen lassen (öffentliche Stellungnahmen fordern). Seid hartnäckig!!! Durchschläge oder Fotokopien davon könnt ihr auch an den Solidaritätskreis schicken, damit er einen kleinen Überblick hat, was läuft.

Briefe in den Arrest oder später in den Knast wirken ebenfalls aufmunternd!!! Geldspenden sind sehr notwendig. Für die Verbreitung der Informationen und für Siegberts Anwalt (nur für



die Knastzeit) brauchen wir Geld. Gebt doch bitte die Informationen weiter, versucht Freunde, Bekannte und Gruppen, in denen ihr mitarbeitet, in Diskussionen über die Totalverweigerung zu verwickeln. Helft mit, daß keine Lügen über Siegbert verbreitet werden.

Siegbert ist kein Einzelfall. Seit 1976 haben sich junge Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende bundesweit zur Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste zusammengeschlossen. Mehrere Freunde aus dieser Gruppe stecken ebenfalls in ihrer Totalverweigerung. Der Unterschied zur „normalen" Fahnenflucht ist die bewußte, politischmotivierte und gemeinsame Verweigerung. Totalverweigerung ist dadurch nicht nur eine persönliche Entscheidung, sondern ein politisches Kampfmittel... denn Frieden kommt nicht allein. Er muß (gewaltfrei) erkämpft werden — und zwar heute von uns allen.

P.S.: Nähere Informationen, z.B. die Begründung von Siegberts Totalverweigerung (oder die der anderen Freunde) sind bei uns zu haben.

Vorsitzender des Prüfungsausschusses: Richter a. D. Stamm, Alter Markt 18, 5760 Arnsberg 2

Beisitzer aus Hamm-Herringen: Fritz Baudach, Bachstraße 9, 4700 Hamm 3

Md B Apel (Verteidigungsminister): 5300 Bonn / Hans Iven, BAZ, 5000 Köln.

Aachener Stadtverwaltung:

VÖGELCHEN JA, NAZI-TOD NEIN

AACHEN 1. MÄRZ

Die beiden uns mittlerweile ziemlich bekannten, immer wieder wandmalenden Aachener kleinen Gespenster, sind der Vernichter ihrer Wandbilder auf der Spur:

Vor einigen Wochen, zufällig zum Holocaust-Spektakel, malten wir in der Pontstraße, eine der belebtesten Straßen Aachens, ein neues Wandbild. Den Tod, der, ekstatisch trommelnd, den Kopf in den Nacken, die mit Hakenkreuz verzierte Hakenkreuzfahne schwarz-rot-goldene Fahne hinter sich herschleppend, unaufhaltsam vorwärtsschreitet. Viele Leute, junge und alte blieben vor diesem Bild stehen, begafften, bewunderten, schüttelten mißbilligend den Kopf.

Manche stutzten, schwarz-rot-gold und Hakenkreuz, das paßt doch nicht, einige erkannten den Bezug zur Gegenwart, sprachen von Neofaschisten in Hamburg, ein alter Mann: „Ja, ja, es geht wieder los". Eine Frau meinte: „Nicht schlecht, aber nicht auf diese schönen alten Gemäuer, die Stadt sollte diesen Leuten doch Wände zur Verfügung stellen". Die Mauer gehört zum alten Karlsgymnasium, ein unbewohntes Gebäude aus dunkler Vergangenheit, in dem die Stadt Geräte und Stellwände lagert.



Etwa zwei Wochen war das Bild zu sehen. Eines Morgens begann ein Malermeister, ausgerüstet mit Leiter, Quast und verschiedenen Chemikalien, mit der Arbeit. Die Stadt hatte ihn beauftragt, das Bild zu entfernen, Aachen muß sauber bleiben, weg mit Bildern, die unangenehme Erinnerungen wecken. Einige Passanten regten sich vergebens drüber auf, und langsam verschwand das Bild mitsamt einem anderen, das dort vor längerer Zeit gemalt worden war, aber offenbar wegen seiner etwas konfusen grafischen Ausarbeitung nicht solch provozierende Wirkung hatte. Das große Aufgebot an Spezialablösern war nicht einmal erfolgreich. So schimmert die in das Mauerwerk eingezogene Farbe noch durch und der Tod ist wie hinter einem grauen Schleier zu erkennen.
Chemischen Säuren sind wir nicht ganz abgeneigt. Da gibt's zum Beispiel solche, die in unseren Köpfen die oft schon zu mechanisch gewordenen Geister wieder ans Springen bringen! Wegätzmittel haben auch keine beruhigende Wirkung auf unser Toben, wie es sich das Ordnungsamt erhofft. Nein, eine wieder freigewischte Wand vergrößert nur den Wunsch, sie wieder mit unverständlichem Verrückten oder nackten Skizzen, die unter die Haut gehen, zu überziehen.

Wir malen weiter und fragen nicht, wo wir malen und was wir malen, wir wollen unsere Bilder dahintragen, wo die Menschen sind, mögen keine Museen.

Das System versucht zwar, durch Wegputzen und Angstmacherei, von der Sinnlosigkeit kleiner bunter Wandbilder zu überzeugen, wie es militantere Rebellion in Stummeimknästen durch Festungsgürtel um selbstmörderische Technologie erstickt. Durch die Angst, die es verbreitet, soll jede Kreativität gelähmt, verkrüppelt werden.
Doch hüpft ihnen unsere Fantasie davon, zieht sich manchmal aufs bäumefressende Papier zurück, konserviert in Form von Plakaten: Bilder wie „zerreißt Werbung", an dem der Winter herumnagte; einen Aufruf zur Kindersexualität, das der Plakatwollust eines rechten Studentenclubs zum Opfer fiel und schließlich der weggeätzte Tod. Sie sind beim **Discordiavertrieb, Weyertal 13, 5000 Köln 41**, erhältlich. Wer sich mit uns in Verbindung setzen möchte, kann ans **Babula, Pontstr. 133, 5100 Aachen**, schreiben.

Die kleinen Gespenster"

INTERNATIONALER FRAUENTAG IN SPANIEN

Barcelona
8. März

Am 8. März, dem internationalen Frauentag. fanden in Spanien dazu Demonstrationen statt. Hier der Bericht einer Teilnehmerin aus Barcelona:

Die Demonstration sollte abends um 8 Uhr in Balmes/Gran Via vor dem Arbeitsamt beginnen. Sie war von der Coordinadora Feminista, Dachorganisation verschiedener Frauenorganisationen in Stadtteilen, Betrieben usw. einberufen worden. (Die radikalen Feministinnen sind nicht in der Coordinadora vertreten, da sie davon ausgehen, daß diese allzusehr bestimmt ist durch die Zugehörigkeit der Frauen zu politischen Parteien). Dazu aufgerufen hatten auch alle linken Parteien von den Kommunisten (PSUC) und den Sozialisten (PSOE) bis hin zur extremen Männerlinken und der katalanischen Schwulenorganisation FAGC (Frente d'Alliberament Gay de Catalunya).

Wir kamen also kurz nach 8 Uhr in Balmes/Gran Via an und waren auf eine dieser kleinen Frauendemonstrationen gefaßt, die, wie im vorigen Jahr am 8. März, weitgehend von klassenbewußten Genossen und der Auseinandersetzung mit deren Vorstellungen über Frauenbefreiung bestimmt sein würde. Im letzten Jahr war es darüber sogar zu tätlichen Angriffen seitens dieser Sympathisanten der Frauensache gekommen.

Unsere vorweggenommene Langeweile wurde enttäuscht. Am Ort der Demonstration gab es weder Frauen noch Genossen, sondern eine Unmenge von Polizeiwagen und "grises" (bewaffnete, "graue" Polizei). Wir blieben einen Moment ratlost stehen, meinten, das könne doch wohl nicht wegen einer Frauendemonstration sein, wurden jedoch gleich aufgefordert weiterzugehen, es sei verboten, hier stehenzubleiben. Also gingen wir weiter, die Rambla Cataluna hoch, sahen nun, daß alle angrenzenden Straßen und die Rambla selbst voll von Frauen und jungen Typen waren, die ratlos auf und ab gingen und sich gegenseitig befragten, was denn eigentlich los sei. Auf der Rambla standen einige Polizeibusse, es kamen immer mehr dazu, mit Sirenengeheul und Blaulicht. Die Polizei stieg jedoch nicht aus, es wurde, soweit wir dies sehen konnten, weder geschossen noch geprügelt.

Da nichts weiter geschah, gingen wir hinunter zur Plaza

Cataluna in der Hoffnung, daß sich die Sache auf den unteren Ramblas koordinieren würde. Dort sahen wir dann auch die Demo: 1500 Leute, überwiegend Frauen, viele lila Fahnen und immer wieder: visca, visca, lluita feminista (es lebe der feministische Kampf).
(Jetzt kommt ein Absatz, der abgeschnitten wurde und nur zwei unverständliche Zeilen übriggeblieben sind.)

Gegen 1/2 8 hätten schon ungefähr 3000 Frauen, Männer und Kinder (wie dann später mit leicht dramatischem Akzent in den linken Barceloneser Tageszeitungen zu lesen war; der 'Periodico'hatte seine ganze Titelseite den Zusammenstößen gewidmet) vor dem Arbeitsamt gestanden, mit Transparenten wie "Bei gleicher Arbeit, gleicher Lohn", "Freie und kostenlose Abtreibung", "Scheidung", "Schluß mit den Vergewaltigungen", "Weg mit den sexistischen Gesetzen" usw. Innerhalb von 5 Minuten hatten die Bullen die ganze Demonstration auseinandergesprengt, die sich dann auf der Rambla Cataluna auf der Höhe der Calle Valencia neu konstituierte. Die Bullen griffen wieder ein, diesmal wesentlich gereizter, fuhren mit den Wagen in die Menge rein, drei Frauen wurden ziemlich böse zusammengeknüppelt.

Das an der Plaza Cataluna war also der dritte Versuch, die Demonstration doch noch durchzuziehen. Eine Frau erzählte später, die Typen hätten Barrikaden gebaut und die Autos aufgehalten, um dem Zug den Weg abzusichern. Sie hätten die Frauen gar nicht mitmachen lassen wollen, ein ekelhafter Paternalismus; da die Situation bitterbös aussah, wär es darüber nicht zu den üblichen Auseinandersetzungen gekommen, die meisten Frauen hätten das wohl auch noch gut gefunden, es als Hilfe geschätzt. Sie selbst bewegte einen Busfahrer dazu anzuhalten, denn sonst, "wissen Sie, sonst stechen Ihnen die Frauen die Reifen durch". "Tja, wenn das so ist", meinte er lächelnd, hielt an, ließ die Leute raus unter dem allgemeinen Applaus der Umstehenden.

Wir schlossen uns der Demonstration an, kamen bis zur Plaza Urquinaona, mit erneuter Barrikadenabsicherung. An der Plaza selber war eine Absicherung nicht mehr möglich, da hier sieben Straßen zusammenfließen, ein ziemlich schrecklicher Angstmoment. Die prügeln ja nicht nur, sondern schießen, wenn auch nur mit Gummigeschossen, aber dabei sind auch schon Leute umgekommen, so vor einer Woche in einem Dorf in der Nähe von Madrid, als die Polizei im Laufe einer wegen der Wahlkampagne unerlaubten Demonstration gegen den Wassermangel im Dorf, einen 14jährigen Jungen erschoß.

Die Polizisten kamen dann auch von allen Seiten, wir liefen in einen Hausflur rein, obwohl wir genau wußten, daß die mit Vorliebe die Leute gerade da hinein verfolgen. Doch es geschah nichts. Sie begnügten sich damit, die Demonstration einfach auseinanderzutreiben und den Platz zu besetzen. Auf den Ramblas, gegen 22 Uhr war eine unheimliche Spannung. Eine ältere Frau meinte, die Polizisten seien bestimmt mit Drogen vollgestopft worden, denn sie wären wie die Tiere losgestürmt, als sie sich mit den Barrikaden konfrontiert sahen.

Ihre Strategie war wohl gewesen, ohne allzuviel Aufsehen die Demonstration aufzulösen und als dies nicht klappte, war es überall vereinzelt zu Prügerleien gekommen. Die Leute waren offensichtlich sauer: "Die sind verrückt ... die schlagen die Frauen" (so stand es auch am nächsten Tag groß in den Zeitungen) ...

Als dann einige Polizeimotorräder die Ramblas runterfuhren, da pfiff und johlte es überall ... es ging gar nicht mehr so sehr um den 8. März und die Frauen, hatte ich das Gefühl, die Wut war in dem Moment allgemein ... ja, ja die spanische Demokratie!

Derweil demonstrierten die Frauen im übrigen Spanien vollkommen friedlich und ohne Zwischenfälle: 8000 in Madrid, tausende im Baskenland, in Bilbao und San Sebastian, dort wo die Repression ansonsten am heftigsten ist.

Von der Botschaft in Köln nach Teheran:

PERSISCHE FRAUEN SOLIDARISIEREN SICH

KÖLN 14. März

40 Perserinnen haben am Mittwoch (14. März) in der iranischen Botschaft in Köln mit einem Sitzstreik gedroht, falls der iranische Rundfunk und das iranische Fernsehen ihre Resolution in den nächsten Nachrichtensendungen nicht veröffentlichen. In der Resolution haben sie sich solidarisch erklärt mit den Frauen, die in Teheran und anderen Städten unter Anderem gegen die Anordnung Khomeini's, Frauen sollen Schleier tragen, auf die Straße gegangen waren.
Die Angestellten in der Botschaft waren sehr gastfreundlich. Sie brachten Essen, machten Kaffee und stellten den Frauen den ganzen Tag über zwei Telefonleitungen nach Teheran zur Verfügung, so daß sie mit Rundfunk, Fernsehen und allen Zeitungen in der persischen Hauptstadt telefonieren konnten.
Radio Teheran meldete dann auch in den Nachrichten am Mittwoch um 24 Uhr Teheraner Zeit (in der Bundesrepublik abgehört): „Eben haben wir ein Telefongespräch einer Gruppe von Damen erhalten, die in der iranischen Botschaft in Köln sind und damit drohen, dort solange sitzen zu bleiben, bis wir ihre Resolution verlesen haben. Die Resolution hat folgenden Wortlaut...".
Dann wurde die Resolution verlesen, in der die Frauen klar machten, daß sie die maßgebliche Führung Khomeini's in der persischen Revolution zwar anerkennen, aber mit den demonstrierenden Frauen solidarisch sind und gesetzliche Garantien fordern. So soll sich die provisorische Regierung von Ministerpräsident Bazargan zu den Forderungen äußern und dafür sorgen, daß Frauen ihre Rechte und Freiheiten wahrnehmen können, daß sie weiterhin in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ihren Beruf ausüben können und daß keine Pflicht besteht, den Schleier zu tragen.
Rundfunk und Fernsehen sind im Iran unter der Kontrolle von Khomeini-Leuten und werden im Gegensatz zu den Tageszeitungen ziemlich stark zensiert. Dies hat seinen Grund auch darin, daß 65 Prozent der Perser Analphabeten sind und so den elektronischen Medien besondere Bedeutung zukommt, zumal es auch in den entlegendsten Dörfer Transistorradios gibt.
Dadurch erhält die Veröffentlichung durch Rundfunk und Fernsehen einen außergewöhnlichen Stellenwert.

IRANISCHES PORTRAIT EINER JUNGEN FRAU

TEHERAN/PARIS
März 1979

Der folgende Beitrag ist eine Übersetzung aus der französischen Zeitschrift 'Liberation':

Sie ist Iranerin, Architektin und politisch engagiert. Sie ist 30 Jahre alt. Mit viel Leidenschaft hat sie das Jahr der Revolution gelebt. Sie will frei leben in einem befreiten Iran. Und sie sagt: ,Was wäre der Iran ohne den Islam, ohne die Mausoleen im Gebirge, ohne die Moschee am Freitag? "
Noch heute gibt es im Iran die alten traditionellen Häuser, an deren Eingang man zwei Türklopfer findet, die einen unterschiedlichen Klang erzeugen. Der linke stellt eine geschlossene Faust dar und ist für die Männer bestimmt, der rechte ist ein Bronzering und für die Frauen. Am unterschiedlichen Klang kann man im Inneren des Hauses das Geschlecht des Besuchers erkennen und ihn entsprechend empfangen.
Das Haus selbst ist in zwei Teile unterteilt, eventuell mit einem Anbau für das Hauspersonal. Der erste Teil ist für fremde Besucher reserviert und gleichzeitig der Salon des Hausherren, der zweite Teil gehört den Frauen und heißt ‚Haram'. In diesem Teil dürfen von den Männern nur die ‚Mahram', d. h. Ehemann,

Vater, Bruder, Onkel, für alle anderen Männer ist er tabu. So sind der Frauen- und der Männerbereich gleichzeitig auch privater und öffentlicher Teil des Hauses. „Schon die Architektur beschreibt die Trennung zwischen Männern und Frauen, wie sie der Islam vorschreibt", sagt Nasrine.

Nasrine T. ist eine junge Architektin aus Teheran, die ihr Studium in Italien und in den USA hinter sich gebracht hat. Sie hat auch in Frankreich gelebt. Sie spricht drei Fremdsprachen und arbeitet in einem Forschungsbüro der iranischen Hauptstadt. Ihre Gesprächspartner sind manchmal Minister und hohe internationale Funktionäre. Ihre Sprache, ihre Intelligenz und ihre Lebensart zählen sie zur kleinen ‚verwestlichten' Schicht der iranischen Bevölkerung. Sie lebt alleine in einem komfortablen Appartement an der Grenze der feinen nördlichen Stadtteile Teherans.

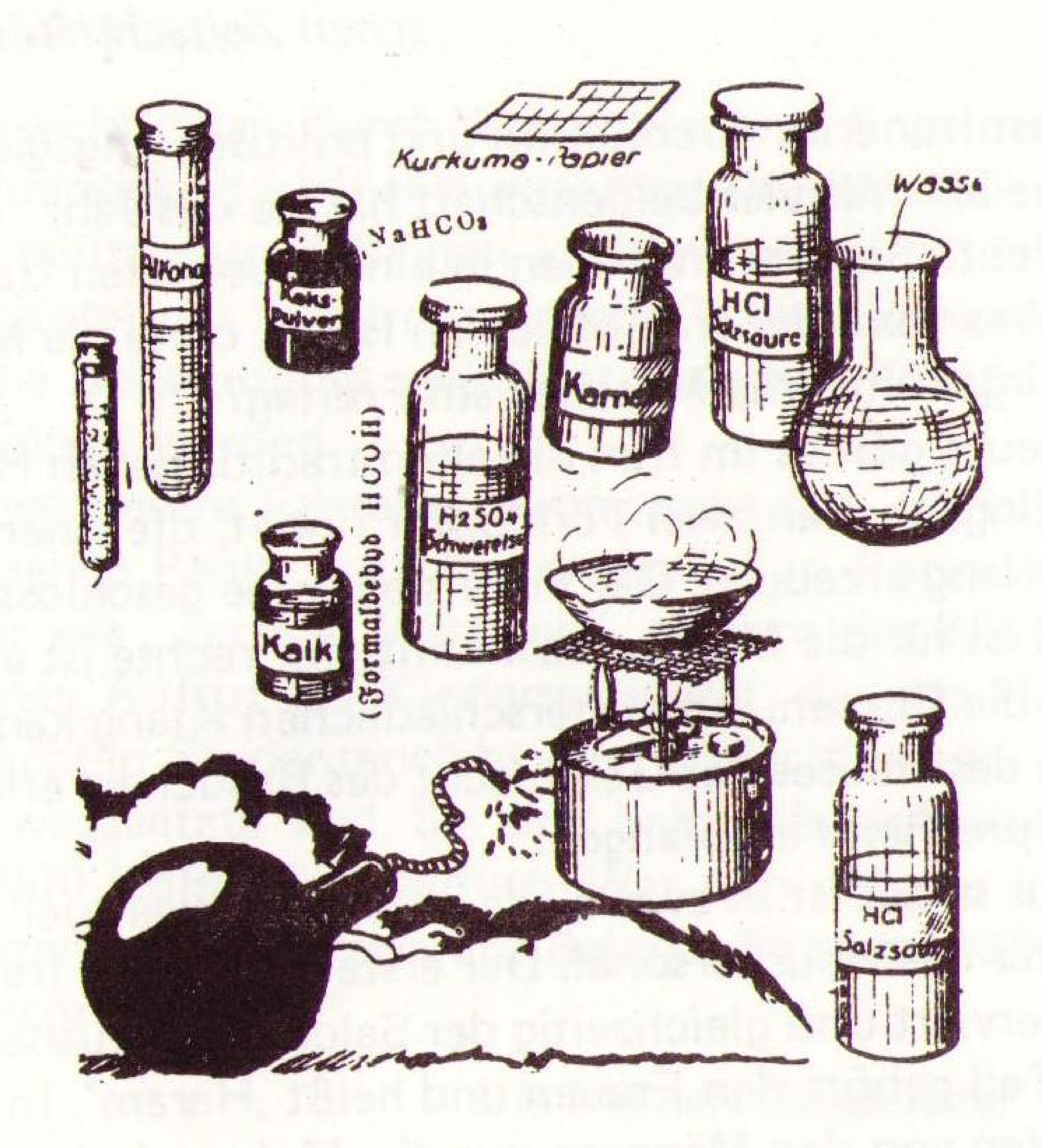
Obwohl ihre politischen Positionen nicht einfach klassifizierbar sind, gesteht sie doch eine offene, aber skeptische Sympathie für die marxistischen Gruppen,– insbesondere für die Fedayin. Sie steht fest in dieser iranischen, weltlichen und radikalen Linken, die sich mit der allgemeinen Bewegung identifiziert und sich vorbehaltlos an dieser „khomeinistischen Revolution" beteiligt, die alle früheren Formen von Revolte und Widerstand gegen die Dikatur zu einem unumkehrbaren Strom zusammengeschweißt hat.

Seit einigen Monaten ist Nasrine, wie alle während des Generalstreiks, ohne Arbeit. Alle möglichen Baupläne und Projekte ruhen auf ihrem Schreibtisch. Lange Zeit hat sie überhaupt keinen Gedanken daran verschwendet. Tag und Nacht lebte sie im Rausch der Befreiung.

„Ich wollte schon immer Architektin werden. Das war nicht nur ein Traum, sondern eine feste Idee über meinen Beruf. Solange ich mich überhaupt erinnere. Ich wollte eine harte Arbeit, einen Männerberuf. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß man Arbeit von Kreativität trennen könnte.

Als junges Mädchen lastete meine Weiblichkeit schwer auf mir. Ich wollte um jeden Preis ein Mann sein. Ungefähr mit 14 hat man mir klargemacht, daß ich eine Frau sei. Von da an mußte ich ich immer ein Kleid oder einen Rock tragen. Ich durfte auch nicht mehr auf Mauern oder auf Bäume klettern, auf der Straße spielen und mit Jungen herumalbern. Wenn ich zu einer Freundin auf die Geburtstagsfeier ging, rief meine Mutter dort vorher an, um zu hören, ob auch Jungen dort sein würden oder nicht. Dann fragte sie immer meinen Onkel, ob sie mir die Erlaubnis geben sollte oder nicht.

Mit dem Studium anzufangen, war dagegen nicht problematisch. Mein Vater war liberal, weltlich und links, und damals war gerade in den Mittelschichten und der iranischen Bourgeoisie die Tendenz der Zeit, daß man auch seine Töchter auf die Universität schickte.



Als ich 1973 in Isfahan zu arbeiten angefangen habe, wollte ich über meine Arbeit als Architektin die Meinung der Leute über die Rolle der Frau und ihre Fähigkeiten verändern. Ich habe aber nicht direkt an der Frauenbewegung teilgenommen, und zwar aus folgendem Grund: Mir schien es wichtiger, über meinen Beruf ein anderes Frauenbild gegenüber der vorherrschenden Ideologie und auch der des Pahlevi-Regimes durchzusetzen.

Für den Schah und seine Umgebung sollten die Frauen aus den Häusern austreten und sich von der religiösen Unterdrückung befreien. Frauen als Ingenieure, Professoren, Mediziner, Architekten, europäisch gebildet und angezogen, da alles war Teil seines modernen Schaufensters. Vor der „weißen Revolution" (vom Schah inszenierte Landreform und Modernisierungskampagne) hatte ich während des Sozialkundeunterrichts in der Schule gelernt, daß die Verfassung von 1906, die die Menschenrechte im Iran einführte, „ Frauen, Verrückte, Kriminelle und Kinder" davon ausklammerte.

Eine Frau hatte weder das Recht zu wählen, noch gewählt zu werden. Ihre Zeugenaussage vor Gericht hatte nur den halben Wert einer Zeugenaussage eines Mannes. Sie konnte nie Richter werden. Sie konnte ohne die Zustimmung ihres Mannes weder arbeiten, noch eine Wohnung mieten. Sie hatte keinen Zugang zu öffentlichen Funktionen, Ministerien, Botschaften . . .

Die Ehe war durch das islamische Gesetz geregelt, daß dem Mann das Recht auf Polygamie und Verstoßung der Frau zugestand. Der Mann bestimmte auch über die Kinder. Im Fall einer Erwachsenen hatte der Ehemann das Recht, ungestraft seine untreue Frau und ihren Geliebten zu töten. Er konnte auch gegen seine Frau klagen, wenn er feststellte, daß sie zum Zeitpunkt der Eheschließung keine Jungfrau mehr war.

Selbst Mossadegh (Der Allende Persiens 1951-53, verstaatlichte das Öl und wurde durch einen CIA-Putsch gestürzt) hat nicht gewagt, am Status der Frauen zu rühren. Und trotzdem begannen zu jener Zeit Frauen zum ersten Mal für ihre Rechte öffentlich zu demonstrieren. Mit Safieh Firouze und Frau Manoutcherian forderten sie die Zulassung zur Rechtsfakultät, die ihnen bis dahin verschlossen war. Damals widersetzten sich die heute schon historischen Führer der ‚Nationalen Front' (Parteienbündnis, das Mossadegh stürzte). Aber die ersten Juristinnen gründeten die ‚Organisation der iranischen Frauen'.

Die ‚Weiße Revolution' und der ökonomische Boom zu Beginn der 60er Jahre haben dann alles umgeworfen. Die Verstädterung reduzierte die Größe der Wohnungen und zerstörte die traditionelle Familie. Der schnelle Anstieg des Lebensniveaus der Mittelklassen schuf neue Bedürfnisse. Also fing das Regime an, von der Emanzipation der Frauen zu reden. Einer der ersten 'Befehle' der ‚Weißen Revolution' gewährte den Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Aber in einem Land, wo die Wahlen eh manipuliert sind und die politische Meinungsäußerung unterdrückt wird, hat das keine besondere Bedeutung erlangt. So konnten wir ab diesem Tag nur gemeinsam mit unseren männlichen Genossen die Wahlen boykottieren.

Der Schah hat den iranischen Frauen das Bürgerrecht gewährt, aber zur gleichen Zeit erzeugte er bei ihnen eine Reaktion der Zurückweisung, obwohl sie diese Freiheiten wertschätzten. „Indem wir aus unserem sozialen Ausschluß heraustraten, wurden wir autonome Subjekte in der Revolte gegen den Despotismus."

Architektin, politisch - und Frau sein, das ist für Nasrine eine Einheit. Von der Bewegung und von der Revolution spricht sie wie von sich selbst. Sie gehört dem nicht nur an, sondern sie selbst ist diese Forderung nach Freiheit und Befreiung. Diese Forderung nach Identität, die ebenso iranisch wie islamisch ist, macht sie zu ihrer eigenen. Der Islam ist nicht ihre Religion, aber ihre Kultur.

In ihrem Beruf interssiert sie sich selbstverständlich für die alten Städte, den traditionellen Lebens- und Wohnbereich, für das Gleichgewicht des Lebens in ihrem Land, das von den Pahlevi's, Vater und Sohn verwüstet wurde.

Als Frau gehört sie zu jener Generation, die in der Raserei der Imitation westlicher Modelle erzogen wurde. Selbst die traditionelle muselmanische Familie ermutigte die Erziehung ihrer Töchter, sofern sie nur die Mittel dazu hatte. Einige Tausend junger Iranerinnen sind auch ins Ausland zum Studium gegangen. Dort wurden sie mit der kulturellen und sexuellen Revolution in Europa und speziell in Nordamerika in den sechziger Jahren konfrontiert.
Diese widersprüchliche und paradoxe Erfahrung von Entfaltung und Bruch war auch die von Nasrine. Sie entdeckte sich als Frau und hörte gleichzeitig auf Iranerin zu sein. Die Freiheit war das Exil ihrer Träume. „Was ich zuerst am Marxismus zu schätzen gelernt habe, das war sein Internationalismus, als eine positive Möglichkeit, gleichzeitig überall und doch nirgends zu sein. Der revolutionäre Kampf war universal, der Kämpfer ein abstraktes Individuum, der seine Bedingtheit, seine Zugehörigkeit zu einer Kultur, zu einem bestimmten Land seiner Erinnerung zurückwies."

Isfahan hat mich wieder in diesen Lebenskreis zurückgeholt, dem ich mich schon entflohen glaubte. Die Stadt hat mich in miene Kindheit zurückgeschickt, in die Ferien in Kashan, in das Dorf meiner Mutter, zu meiner iranischen Identität. Und meine Doktorarbeit wurde eine Liebeserklärung. Ich lernte aus den Ruinen, den Spuren und aus der Erinnerung zu lesen.
In Isfahan habe ich besonders über die Freitags-Moschee, den großen 'Schah–Abbas'–Platz und den 'Boulevard der vier Gärten' gearbeitet.
Isfahan ist eine seltsame und einzigartige Stadt. Seine Form und sine Anordnung stammen aus der ‚Safawiden-Renaissance', dem Wettbewerb der Wissenschaftler und Künstler, die aus ganz Europa an den Hof von 'Schah–Abbas, dem Großen' gekommen waren. Diese Renaissance entwirft eine totale Vision der Stadt, die um die Brücken und die großen Straßenachsen herum organisiert ist. Aber dieser islamische Cartesianismus koexistiert und vermischt sich dort mit dem islamischen Mittelalter, mit dieser schiitischen Spiritualität, die die alte Medina um die



Die Lebensgeschichte von Nasrine bekommt einen Bruch, als sie in New York ist. Zum ersten Mal wird sie mit einem ethnischen Problem konfrontiert. Die Bewegung der Schwarzen ist auf ihrem Zenit und in ihrem Gefolge entdecken die unterdrückten Minderheiten der großen Metropole ihre eigene Vergangenheit und suchen nach ihren Wurzeln. Das ist der große Schock. Nasrine kehrt an die Universität zurück. Sie folgt Seminaren über iranische Kunst und islamische Geschichte. Sie beginnt eine Doktorarbeit: „ Die Herausbildung der iranisch–islamischen Stadt."
„Zu jener Zeit wehrte ich mich dagegen, Iranerin zu sein. Ich verkleidete mich als amerikanische Wissenschaftlerin. Als ich das erste Mal nach Isfahan zurückkehrte, geschah das mit einer Gruppe Amerikaner. Ich beugte mich über diese Kultur, als ob sie mir fremd wäre. Ich war mir nicht sofort bewußt, daß es ja meine eigene Kultur war. Meine Kenntnisse der Sprache und meine Vertrautheit mit dieser Stadt, benutzte ich quasi nur als Arbeitserleichterung. Nur langsam ist ein tieferes Verständnis erwacht und meine Arbeit hat sich verändert.

Freitagsmoschee gebaut hat mit ihren langen, gewundenen und befestigten Gäßchen. Die Freitagsmoschee ist das Symbol dieser Vermischung, eine wirkliche Enzyklopädie der islamischen Geschichte, die die Strukturen des 11. Jahrhunderts mit den späteren Zusätzen bis hin zu den Safawiden verbindet. Dabei habe ich gelernt, Geschichte und Gegenwart zu leben und dabei habe ich die magische und poetische Bedeutung des Islams meiner Kindheit wiedergefunden. Noch lange bevor ich wußte, daß eine islamische Ideologie noch existierte, war ich voll von einem Gefühl religiöser Nostalgie. Ich habe meine eigene Einheit in der widersprüchlichen Einheit dieser Stadt wiederentdeckt. Ich habe immer gewußt, GEGEN was ich kämpfen mußte. In Isfahen habe ich entdeckt, im Namen von was ich diesen Kampf führen wollte."
Nasrine lebt zwischen Enthusiasmus und Verzweiflung. Und immer im Exzeß. Sie liebt die „Bewegung", sie liebt sie mit einer kindlichen Freude, als verliebte Frau, sie liebt sie als politische Kämpferin und als Iranerin. Sie hat keine Hemmungen, sie mit pompösen Worten zu beschreiben. In ihrem Französisch

wählt sie sehr starke Begriffe und sie akzeptiert nicht daß diese durch ihre Verwendung im Westen in Verruf gebracht werden. Eines Tages, beim Verkaufen eines der zahllosen Poster von Khomeini, fing sie an, mit äußerster Genauigkeit jedes seiner Kleidungsstücke zu beschreiben. Dabei registrierte sie die Anordnung der Falten, die Harmonie der Farben, unterstrich, mit welcher Perfektion die Gesamtheit studiert worden war und sah genau darin einen Beweis der Würde der Bewegung, die hier durch ihren Führer verkörpert wurde.
Ein anderes Mal erzählte sie mit einer geradezu sinnlichen Begeisterung von jenen Nächten des letzten Winters, als sich das Volk von Teheran, wegen der strengen Ausgangssperre auf den Straßen, einfach auf den Dachterrassen der Häuser versammelte. Dann kommunizierte die ganze Stadt von Norden nach Süden mit dem nicht mehr enden wollenden und zerreißenden Ruf: „Allah-ou Akhbar". Nasrine, der Ungläubigen stehen Tränen in den Augen als sie diesen aus der Tiefe der Seele kommenden Gesang erwähnt, diesen ursprünglichen Schrei, der viel schöner und viel wahrer als alle Slogans ist. An diesem Abend haben wir auch über das Geheul der Wölfe gesprochen, vom wilden und reinen Ruf der Freiheit und mir gefiel, daß solche Worte nicht immer nur spöttisch gebraucht werden müssen.
Manchmal verabscheut Nasrine die Bewegung und die Gelüste, die sie weckt, diese mittelmäßigen Männer, die auftauchen, um den Sieg zu verwalten und die Bedrohung, die sie für die gerade erst gewonnenen Freiheiten darstellen. Sie fürchtet sich nicht für sich, noch für ihre Arbeit. Sie weiß auch, daß man sie nicht zwingen wird, den Chador zu tragen, daß auch das neue Regime Architekten brauchen wird, und zwar Männer und Frauen, und das selbst dann, wenn es Radio, TV und Zeitungen ersticken und die Intellektuellen nötigen würde und den Iran unter der islamischen Ordnung erdrücken wollte. Und doch sind das dann die Abende der Verzweiflung.
Dann hat Nasrine Angst und es geht ihr schlecht und sie würde am liebsten verschwinden oder sich einschließen, nichts mehr hören und nichts mehr sehen. Sie ängstigt sich und leidet für ihr Land, für ihre Träume, für die Iranerinnen und für ihre Freunde. Auch für die Marxisten, Juden und die Schriftsteller. Sie will nicht nur „toleriert" sein.
Aber sie kennt die Probleme und versteht sie. Aber sie will sie nicht aushalten.
Sie ist gegen die Abschiebung der Frauen in den privaten Bereich des ‚Haram'. Aber sie sagt auch, daß dieser Bereich viel Gemeinschaft und Solidarität unter den Frauen geschaffen hat. Daß sie dort gelernt haben, zusammen zu leben und für sich eine Intimität geschaffen haben, eine physische und sinnliche Intimität, die durch Versammlungen und spezielle Feste gezeichnet wird. „ Die iranischen Frauen", sagt Nasrine, „ waren von der Macht ausgeschlossen, aber in ihrem sozialen Leben waren sie weniger entfremdet als die Frauen der traditionellen Mittelklassen."
Nasrine will nichts verlieren. Weder den Recihtum, der in der Vergangenheit angesammelt wurde, noch die Eroberungen der letzten Zeit, selbst wenn sie von einem verhaßten Regime aufoktroyiert wurden. „Von jetzt an wird es nötig sein, die Themen der Modernisierung und Verweltlichung zu rehabliitieren, mit denen die Monarchie demagogisch Mißbrauch getrieben hat. Selbst das Wort von der Emanzipation der Frau muß wieder neu erfunden werden. Denn es war das Banner der Prinzessin Achraf, der korruptesten Person des gesamten Irans, das Heroin des Heroins!"
Das Kabinet Howeida hat die Lage der Frauen zu seinem Lieblingsspielzeug gemacht. Zu diesem Zweck hatten sie sogar, wie in den meisten europäischen Ländern, eine Frau zur (Alibi-) Ministerin gekürt.
Sie hieß Mahnaz Afkhani und war jung, schön, very fashionable, trug Kleider von Yves St. Laurent, sprach besser englisch als persisch und war quasi woman's lib en diable.
„Aber trotzdem verdanken wir dieser verlogenen und korrumpierten Politik das 'Gesetz zum Schutz der Familie', das die nur vom Belieben des Mannes abhängige Scheidung abschaffte, die Halbtagsarbeit für Frauen gestattete, den Mutterschaftsurlaub, die Eröffnung von Kinderkrippen und Kindergärten an den Arbeitsstellen."
Nasrine will ihre Kultur wiederfinden und ihre Freiheit nicht verlieren. Sie will wählen können, ob sie mit den Frauen ist. Sie will nicht einfach abgestellt werden, sondern Ja oder Nein zur Politik sagen können. Sie akzeptiert es nicht, ausgeschlossen zu sein. Sie sagt: „ Ich will souverän über mein Leben entscheiden können."
Manchmal liebt und verabscheut sie alles gleichermaßen. Geschichte und Gegenwart wirbeln von neuem durcheinander. Was das islamische Gesetz aus den Frauen macht, weist sie zurück. Sie liebt aber die Femininität der islamsichen Kultur. Deshalb mag sie auch nicht, daß man die Frauen verschleiert . Aber sie liebt die Frau, die sich verschleiert und mit einem Blick die ganze Welt erotisieren kann. Sie freut sich, daß die Bewegung den Iran in seiner Tiefe geweckt hat und die Revolution soll die des gesamten Volkes werden. Aber sie will nicht, daß das Individuum davon verschlungen wird und daß die Frauen wieder Opfer dieser Rückkehr zu den kulturellen Wurzeln dieser Gessellschaft werden. Sie möchte, daß die Frauen in diesem Kampf engagiert seien. Aber sie akzeptiert nicht die ambivalente Ehrerbietung der männlichen Genossen, die sie in „Moujahed-Schwester" (d. h. wohl Mitkämpferin bzw. Genossin-Schwester) verwandeln, nur um sie nicht als Frauen anerkennen zu müssen. Sie liebt den Islam der Revolte, aber nicht den Islam an der Macht.

AMERIKA–HAUS 'BESETZT'

HEIDELBERG
15. März

Am 9. März haben ca. 20 Leute den 1. Stock des Heidelberger Amerika–Hauses besetzt'. D.h. der Chef des Hauses gab seine Genehmigung für 1 Stunde. Es wurden Flugblätter verteilt und Transparente vom Balkon gehängt. Dort wird u.a. erklärt:

Ziel unserer Solidaritätsaktion zur Unterstützung des antiimperialistischen Befreiungskampfs des iranischen Volkes war, die Perspektiven und historischen Grundlagen dieses revolutionären Prozesses zu propagieren und die Intervention des Yankee—Imperialismus auch nach dem 12.2. zu denunzieren, und damit die politische Desorientierung zu durchbrechen.

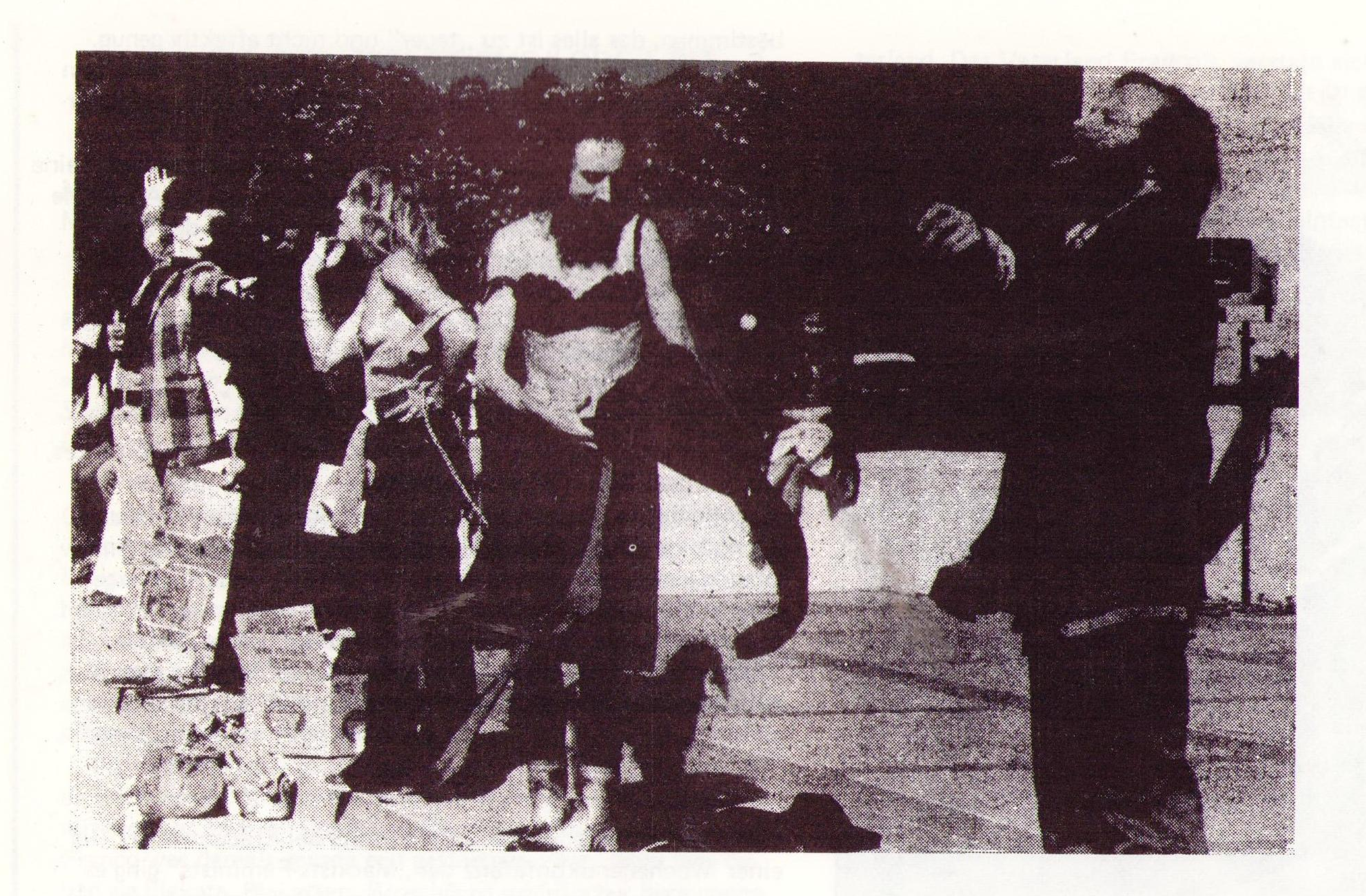
In erster Linie sollte die 'Besetzung' eine symbolische Funktion haben. Nach einer Stunde verließen die Demonstranten das Haus, Zivile und uniformierte Staatsschützer erwarteten sie schon um ihre Personalien aufzunehmen.

IN EIGENER SACHE

FRANKFURT
13. März

Wer den Auslandsteil des IDs regelmäßig liest, hat sicherlich schon gemerkt, daß wir kaum etwas über England/Amerika bringen. Das liegt zum einen daran, daß über diese Länder wenig Informationen reinkommen, zum anderen aber auch daran, daß es in der Auslandsgruppe des ID niemanden gibt, der sich darum kümmert.

Wer also Lust hat über diese Länder manchmal was zu machen und sich da vielleicht auch noch ein bischen auskennt, der soll doch mal montags um 11.00 Uhr in die ID-Auslandsgruppe kommen.



Spektakel auf dem „Sproul Plaza" (von links): Prediger Richard Williams, Stanley Cobb von der ‚Aphrodite Church of Love', Pravda, Gegnerin des Kleiderzwangs, Berkeley Baby und der Prediger Michael

Brief aus den Staaten
MOSAIKSTEINE ZU EINEM AMERIKABILD

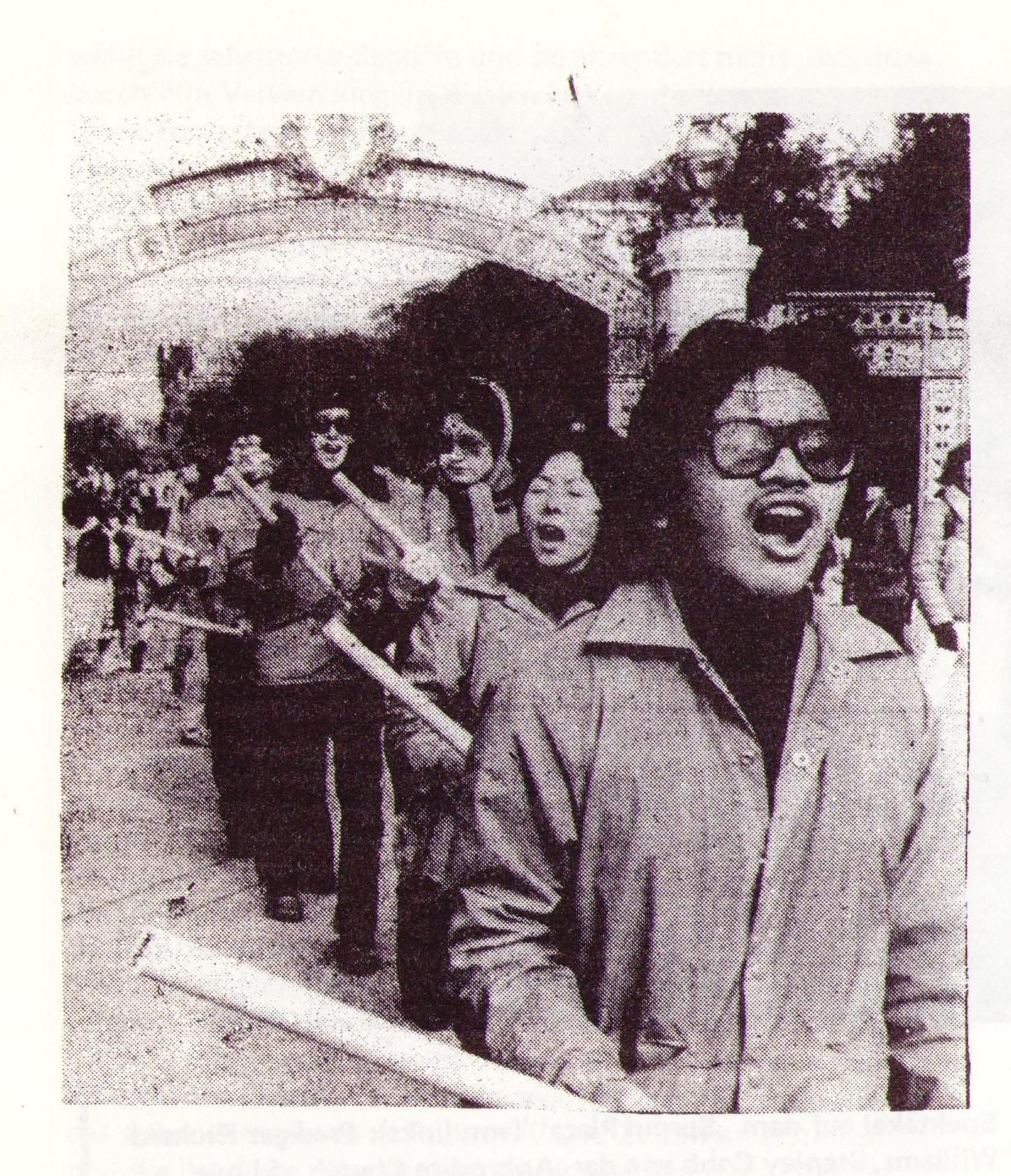
LOS ANGELES
25. FEBRUAR

Den Brief, den wir nur leicht bearbeitet haben, hat eine Frau geschrieben, die in den letzten Jahren mehr in den Staaten als in der Bundesrepublik war und die seit Sommer 1978 an der Universität von Berkeley studiert. Der Brief war an den engeren Bekanntenkreis und nicht an den ID gerichtet; man kann davon ausgehen, daß er nicht mit Blick auf eine Veröffentlichung geschrieben wurde. — Ein weiterer Mosaikstein findet sich im ID Nr. 254 vom 4. November 1978 unter dem Titel: „Erfahrungen mit der kapitalistischen Hochschulreform".

Mein Freund Michael und ich haben im Cafe Mediteranum, dem „Med", mit ein paar Tassen Wiener Kaffee gerade den Erfolg meiner Kräuterabtreibung gefeiert. Hier das Rezept: Black Cohosh und Pennyroyal in gleichen Mengen wie zu einem Kräuter tee ansetzen, drei mal am Tag drei Tassen mit viel Honig trinken, sonst schmeckt es schrecklich. Außerdem funktioniert das höchstens in den ersten vier Wochen der Schwangerschaft. Beide Kräuter bewirken Kontraktionen des Uterus. Black Cohosh, eine Pflaume, die nur in Nordamerika wächst und schon von den Indianern medizinisch gebraucht wurde, ist mit Vorsicht zu genießen. Zuviel davon kann Brechreiz und Kreislaufkollaps (niedrigen Blutdruck) hervorrufen. Mir gings auch gestern, bevor endlich meine Periode einsetzte, ziemlich mies, ich war laufend am Umfallen.
Penny royal ist eine Pflanze der Minzfamilie , Mentha pulegium, wächst in Nordamerika und auch in Europa. Die Indianer benutzten sie auch zur Regelung der Menis, wozu auch Black Cohosh diente. Auch bei Penny royal können große Dosen gesundheitsschädlich sein — also nie mehr als für einen normal starken Kräutertee benutzen. Ach ja, von Black Cohosh verwendet man die getrocknete Wurzel, von Penny royal Blätter, Blüten, Stengel.

* * *

„Sproul Plaza" ist einer der großen Plätze auf dem Gelände der Universität von Berkeley, wo politische Veranstaltungen stattfinden, Rockgruppen spielen und wo täglich die Bibelschreier, Ausgeflippten, Hare Krishnas (täglich um 2 Uhr), Bauchtänzer sich darstellen, am Wochenende die Rastafarians (Reggae) trommeln; wo die politischen Gruppen ihre Tische neben dem Rabbi und Jesusfreaks aufstellen. In der letzten Zeit fanden dort neben dem üblichen Krimskrams statt: Veranstaltungen der iranischen Studenten, der Gegner des Apartheid regimes in Südafrika (50 Studenten, die letztes Jahr auf dem UCB-Campus (Universität von Berkeley) gegen Investitionen der UCB in Südafrika gestreikt hatten, waren damals festgenommen worden und nach einem „hearing", einem internen Universitätsgerichtsverfahren von der Uni gewiesen worden), eine notwendige Demonstration der Frauen gegen die Illegalisierung der Abtreibung auf Veranlassung ~~der rechtlichen kirchlichen~~
der rechten kirchlichen Organisation „Right for Life" und eine rechtlächerliche Veranstaltung der Revolutionary Youth Brigade, die gegen den Besuch Teng's (stellvertretender chinesischer Ministerpräsident) protestierte, deren paramilitärisches Auftreten aber wirklich absurd ist.
Als sie versuchten, am 14. Februar eine Veranstaltung auf Sproul Plaza zu machen, ging diese im Spektakel unter. Just an diesem Tag hatten sich drei der , Straßenleute" zu einer Spontanaktion gegen die Bibelschreier entschlossen. Der Hagel von Bibelzitaten wurde nun überschrien von Pravda und Richard, die das Recht auf Freiheit forderten, soviel oder sowenig auszuziehen wie Mann/Frau will, während auf der anderen Seite die Revolutionary Youth Brigade ihre Slogans kaum noch unterbrachte. Absurdes Theater, aber auch absurde Realität.



Die Revolutionäre Jugendbrigade marschiert auf dem Campus der Universität Berkley gegen den Besuch des stellvertretenden chinesischen Außenministers Teng in den Vereinigten Staaten

Zu mobilisieren gibt es hier wenig, die Studenten laufen abgebrüht vorbei oder sehen sich die lebendige TV-show an. Die iranischen Studenten sind relativ stark, aber als eigene Gruppe. Mit ihnen habe ich viel in der letzten Zeit gesprochen. Ihrer Organisation und Radikalität ist es zu verdanken, daß sich der Schah nicht in den USA niederlassen kann; daß würde Aufstände an allen amerikanischen Universitäten geben, denn die Zahl der Iraner an den Universitäten ist sehr hoch, allein 900 in Los Angeles. Inzwischen ist auch publik geworden, daß die Pro-Schah-Demonstration in Washington vor einiger Zeit vom persischen Geheimdienst Savak bezahlt war.

* * *

Wir Doktoran(den)innen im Deutschen Institut der Universität haben uns zusammengeschlossen und versuchen mehr Mitbestimmungsrechte für uns bei der Gestaltung der Seminare, der Studienprogramme und der Vergabe von Lehrstellen zu bekommen. Bei der letzten Fakultätssitzung wurde darauf recht hämisch reagiert. Als einer unserer Studentenvertreter drei Abteilungen nannte, die Mitbestimmungsrechte für die Studenten haben, antworteten einige der Herren hämisch, wir sollten ihnen doch eine Abteilung nennen, die Mitbestimmung und eine gute Reputation besäßen. Das College of Natural Resources (Bodenschätze) hat für sie keinen Representationswert, aber es hat auch das fortschrittlichste und repressionsfreieste Programm in Berkeley. Women Studies (Studium der Frauenfragen) ist eh suspekt und das Strawberry Creek C ollege (Erdbeerbach-College), ein alternatives College innerhalb der Berkeley-Universität, soll abgesägt werden; sein interdisziplinäres Programm, die vielen Lehrenden, die kleinen Studiengruppen, die aktiv das Lehrprogramm bestimmen, das alles ist zu „teuer" und nicht effektiv genug. Bedroht ist auch die University of California in Santa Cruz (ein paar Hundert Kilometer südlich), die einzige Uni, die eine alternative Organisationsstruktur hat, interdisziplinär arbeitet (z. B. History of human consciousness und Woman studies) Keine Noten sondern Kommentare zu den Arbeiten abgibt. All solche fortschrittlichen Programme sind in Gefahr, Opfer des Wahlkampfrenners des letzten Jahres, des „Antrags 13" zu werden. Dieser Antrag versprach den mittelständischen Hausbesitzern Steuererleichterungen; das Geld wird nun durch Kürzungen des Ausbildungsetats wieder hereingeholt.

* * *

Noch ein paar Informationen zum College of Natural Resources, das seit ungefähr 1971 existiert und vor allem ökologisch ausgerichtet ist. Das Studienprogramm läßt relativ viel Raum für kollektive Arbeit. Letzte Woche war ich bei einer Seminarsitzung eingeladen, ein Seminar, das für die „Seniors" konzipiert ist, für Studenten, die ihr Vordiplom machen. Jede(r) hält einen Vortrag und über das selbe Thema schreibt er/sie die Thesen. Diese Gruppe hatte beschlossen, das Seminar reihum zuhause abzuhalten, Gäste einzuladen und vorher gemeinsam zu essen, ein „potluck" zu machen, wo jeder etwas mitbringt . .

* * *

Dann war ich in letzter Zeit auch öfters bei Frauentreffen. Bei einer Wochenendkonferenz der „Marxists-Feminists" ging es um die „New Right", die Neue Rechte. Mich hat das ganz schön erschreckt, weil diese kleinen, lokalen rechten Gruppen gegen die Abtreibung, für die Bevorzugung Weißer (bei der Vergabe von Studienplätzen z.B.), gegen Schwule, gegen Gleichberechtigung von Minderheiten massiv aktiv sind. Vor sechs Monaten marschierten 60 000 Leute in Washington gegen die Legalisierung der Abtreibung. Die Gegner sind inzwischen so stark, daß sie es noch in diesem Jahr schaffen werden, die Legalisierung der Abtreibung von der Nationalversammlung als „ mit der Verfassung unvereinbar" erklären zu lassen.
Ein Name, der im Geflecht dieser rechten Gruppen häufig auftaucht, ist Richard Vigory. Er gibt den „Conservativ Digest" heraus, beschäftigt 300 Leute und hat fünf Millionen Namen und Adressen in seinem Computer gespeichert, die regelmäßig mit Post rechter Organisationen überschwemmt werden.

Anita Boyant, Phyllis Schlaffley und Marygold Morgan (Verfasserin des Buches: „The total woman", die die Aufgabe von Frauen darin sieht, die emotionalen Gefäße „Männer" mit Gefühl anzufüllen und das, was überläuft, ist die Belohnung für die Frau) - diese drei Frauen, politische Aktivistinnen der Neuen Rechten, waren vor ihrer politischen Karriere in „Rosemead", einem Christian Therapy Center in California. Sie wurden alle von ihren Männern dort eingewiesen, weil sie Probleme mit ihren dominanten Männern in der Ehe hatten. Die ganze Geschichte riecht sehr nach „Gehirnwäsche", aber niemand kann Genaueres erfahren, da der Zutritt praktisch unmöglich ist.

In New York, Massachusetts und Minnesota haben Gruppen der „Neuen Rechten" unheimliche Wahlerfolge gehabt, gerade wegen ihrer Haltung zur Abtreibungsfrage und zur Kleinfamilie: sie wird glorifiziert, bejubelt als einzig intakte Institution der amerikanischen Gesellschaft.

* * *

Heute war ein großes Forum auf dem Universitätsgelände, das viel Staub aufgewirbelt hat. Es ging um „Sexual Harrassment" an der Uni, um den Mißbrauch der Macht der Professoren, die Studentinnen sexuell ausnutzen und ihnen bessere Noten versprechen. Sechs Frauen haben Klage gegen einen Soziologieprofessor eingereicht, der alle sechs sexuell belästigt hatte. Solch ein Verhalten ist hier und an anderen Universitäten üblich...

SPANIEN: DER "PASOTISMO" ODER DIE GROSSE GLEICHGÜLTIGKEIT

Notizen über eine erloschene Kulturrevolution

Madrid
März 79

"Eine Kulturrevolution ist erlöscht", so skizziert Pierre Benoit von 'Liberation' die heutige Situation in Spanien, zwei Jahre nach dem Tod Franco's. Das Ende des Faschismus brachte den Spaniern eine ungewohnte Freiheit, die sie begierig auskosteten. Tausende von Initiativen entwickelten sich im ganzen Land. Pierre Benoit reiste jetzt in Spanien herum, besuchte die alten Freunde und beschreibt jetzt, was aus den Initiativen geworden ist.

Madrid

Gestern morgen war ich bei Juan Carlos zum Frühstück, Er wohnt mitten im Zentrum, in einem jener ganz grauen Vorkriegsstadtteile, in einer einfachen Dreizimmerwohnung. Ich hatte ihn seit zwei Jahren nicht mehr gesehen. Er wirkt abgespannt und müde. Früher hatte er fast nichts in seiner Wohnung stehen, jetzt ist sie mit Möbeln einigermaßen gefüllt und auch die Stereoanlage, die ständig kaputt war, funktioniert jetzt einwandfrei.

Juan erzählt, daß er 'Campo Abierto' verlassen hat. Das ist eine Editionskooperative, die er vor drei Jahren, zusammen mit ein paar anderen libertären Genossen, gegründet hatte. Franco war damals gerade erst gestorben. Zwei Jahre lang haben sie Plakate, Plaketten, Broschüren und Bücher herausgegeben. Von ihnen stammt fast alles Gedruckte, was in Madrid an Gutem und Interessantem über Ökologie, Feminismus, AKW's, Psychiatrie uns Alternativexperimenten herausgegeben wurde. Sie verlegten und vertrieben soviel sie konnten. Die CNT (Anarchosyndikalistische Gewerkschaft), damals noch in vollem Aufschwung, half ihnen sehr viel. Selbstverständlich gab es dann halt auch finanzielle Probleme. Aber wenn ich ihn so anschaue, dann fühle ich, daß da auch noch was anderes war, und daß es jetzt noch zu früh ist, darüber zu sprechen. Das Ergebnis in zwei Worten:'Campo Abierto' wird es weiter geben, aber es wird nicht mehr so sein wie früher! Die Kooperative ist quasi tot, den Vertrieb wird ein ganz normales Unternehmen übernehmen. Kurz und gut: übrig bleibt ein kleiner, progressiver Laden, aber als ganz normales Unternehmen. Die Zeiten ändern sich!

Übergang und Neutralisierung

"Die CNT ist leer, paralysiert und neutralisiert. Wirklich exissiert sie nur noch in Katalonien, aber nicht mehr auf nationaler Ebene. Ich bin rausgegangen . . . "

Während Juan das sagt, lebt er auf und findet zu der lebendigen Sprache wieder, die ich früher bei ihm kannte. Als ewiger Libertärer, "acrata" nennt er's lächelnd, andert Juan Carlos deswegen trotzdem nicht seine Grundeinstellungen. Wenn es nötig ist, geht er auch noch auf Demo's. Aber politisch arbeiten, das ist jetzt etwas anderes.

"In weniger als einem Jahr sind die sozialen, administrativen und polizeilichen Kontrollen so stark und so beengend geworden, daß es, auch einmal abgesehen von den Fehlern, die die CNT gemacht hat, einfach keine Perspektiven mehr gibt. Die libertäre Bewegung verliert an Dynamik, da gibt es gar keine Zweifel."

Apropos Polizeikontrolle: Vor zwei Monaten erhielt das Madrider Regionalkomitee der CNT einen Strafbefehl über eine halbe Mio. Peseten (13.000 DM). Der Grund: Das Kleben von Plakaten gegen die im letzten Dezember verabschiedeten Anti-Terrorismus-Dekrete. Einen Monat später ging's dem Madrider CNT-Generalsekretär an den Kragen, als im Anschluß an eine Demo ein paar Leute auf die Idee kamen, die Büste von 'Jose Antonio' umzustürzen, die immer noch auf dem 'Cruiz de los Caidos'-Platz steht, dem Platz der Gefallenen für das Vaterland. Das Vaterland Franco's, versteht sich: Der Kopf des Gründers der faschistischen Fanlange bleibt unantastbar solange Martin Villa (Innenminister) und Suarez (Ministerpräsident) am Ruder sind.

Apropos soziale Kontrolle:"Die Streiks werden für Wahlzwecke manipuliert oder schlicht und einfach abgeschafft", fährt Juan fort, "und man muß schon eingestehen, daß es wenig Kampfbereitschaft gibt."

Selbst die Arbeitslosigkeit wird zur anstrebenswerten Perspektive. Seit der Unterzeichnung des 'Pakts von Moncloa' haben die Unternehmer bei Entlassungen vollkommen freie Hand. Während eineinhalb, manchmal auch zwei Jahren, erhält der Entlassene 75 % seines letzten Lohns. Viele Jüngere, die schon ein paar Jahre gearbeitet haben, sehen so die Arbeitslosigkeit nicht gerade mit übergroßer Angst auf sich zukommen. Einige nutzen das auch aus und machen nebenbei noch Schwarzarbeit. Wirklich hart betroffen von der Arbeitslosigkeit aber sind die Älteren. Mit vierzig oder fünfzig Jahren trifft man sie sogar bettelnd auf der Straße oder in den U-Bahn-Stationen. Oft mit einer Aggressivität, die genug über die Widersprüche der heutigen spanischen Gesellschaft ausdrückt.



Für die Jugendlichen, die gerade aus der Schule kommen, ist das anders. Das alternative Kleingewerbe (Schmuck, Leder etc.) hat ein beachtliches Ausmaß erreicht und ist auf allen öffentlichen Plätzen anzutreffen. Die massive Begleiterscheinung davon: Das totale, komplette und definitive Desinteresse an der Politik und darüber hinaus an der Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Eine andere Begleiterscheinung ist die enorme Ausbreitung des Drogenkonsums und aller möglicher Formen von individuellem Ausgeflipptsein.

Das Wörterbuch der neuen Zeit

Die Spanier haben auch ein neues Wort erfunden, um dieses Phänomen zu beschreiben, das auch als Code von denen benutzt wird, die sich damit identifitzieren:"Pasota". Mit Pasota von dem Verb "pasar" (gehen, vorübergehen lassen) bezeichnet man jemanden, dem "alles scheißegal ist". Das ist der Spleen von Madrid. Der neue spanische Romantizismus. Fast schon eine Kutltur, für einige schon Snobismus, aber vor allem ein symbolisches Image, das die tiefe erlebte Frustration ausdrückt. Für eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen aller Schattierungen drückt es die tiefe innere Ablehnung aus, die gegenüber der Politik der Parteien, der Mittelmäßigkeit der Presse und dem Grau des Establishments empfunden wird.

Und vor allem, ein tiefer Ekel vor der neuen politischen Klasse Spaniens.

"Dieses Phänomen ist aber nicht mit der amerikanischen Bewegung der seschziger Jahre zu vergleichen", fährt Juan Carlos fort, "die Hippies hatten so etwas Alternatives. Wir hier aber sind an einem Nullpunkt des politischen und allgemeinen sozialen Desinteresses angekommen. Das ist etwas anderes. Das ist mehr Rückzug, die Flucht in die harten Drogen, das Heroin hier ist der letzte Scheiß, denn es gibt überhaupt keine Kontrolle und dann sind da noch die Banden."

"El bandillerismos": ein anderes Schlüsselwort für das Wörterbuch der neuen Zeit. In den Vorstädten entwickeln sich Banden von Jugendlichen in großem Rahmen. Die Aggressivität steigt im gleichen Verhältnis. Und trotzdem würde die Aggressivität auch eine abnehmende Tendenz aufzeigen. Das klingt paradox, ist aber ganz einfach. Um zu Geld zu kommen, braucht man nämlich "nur noch zu fragen"! Z.B. die Bande wartet, bis jemand aus dem Ausgang seines Wohnblocks kommt. "Geh hoch und hol dein Geld!" Der Typ geht hoch und ruft die Polizei an: Es kommt häufig vor, daß er dann folgende Antwort von der Polizei zu hören bekommt: "Wir können natürlich kommen und die Bande festnehmen, aber wir raten Ihnen davon ab. Die wissen jetzt, wo Sie wohnen und können dann jederzeit mit anderen zurückkommen und Sie töten . . . "

Dazu der Kommentar von Juan Carlos: "Du siehst, selbst die Polizei ist "Pasota" geworden, sie lassen machen, ihnen ist's egal; selbstverständlich findet man diese Art von Anekdoten niemals in den Zeitungen.

Und warum das ganze? Wir erleben hier, wie ein Klima der Unsicherheit so langsam erzeugt und geschürt wird. Die Polizei läßt die Situation so langsam überkochen und führt dann eine Kampagne durch, um den Wunsch nach Sicherheit zu steigern, damit sie morgen dann völlig ungehindert operieren und zuschlagen kann, d.h. ohne gesetzlich eingeschränkt und belangt zu werden . . . "

Aber der "Pasotismo" ergreift nicht nur die Generation der 15 - 20-jährigen. Er wütet auch in den politischen Organisationen: In weniger als sechs Monaten standen praktisch alle Parteien plötzlich ohne ihre Jugendorganisationen da. Er steckt sogar die "alten Kämpfer" der Untergrundjahre an. Also Leute, die für ihre Politik ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben!

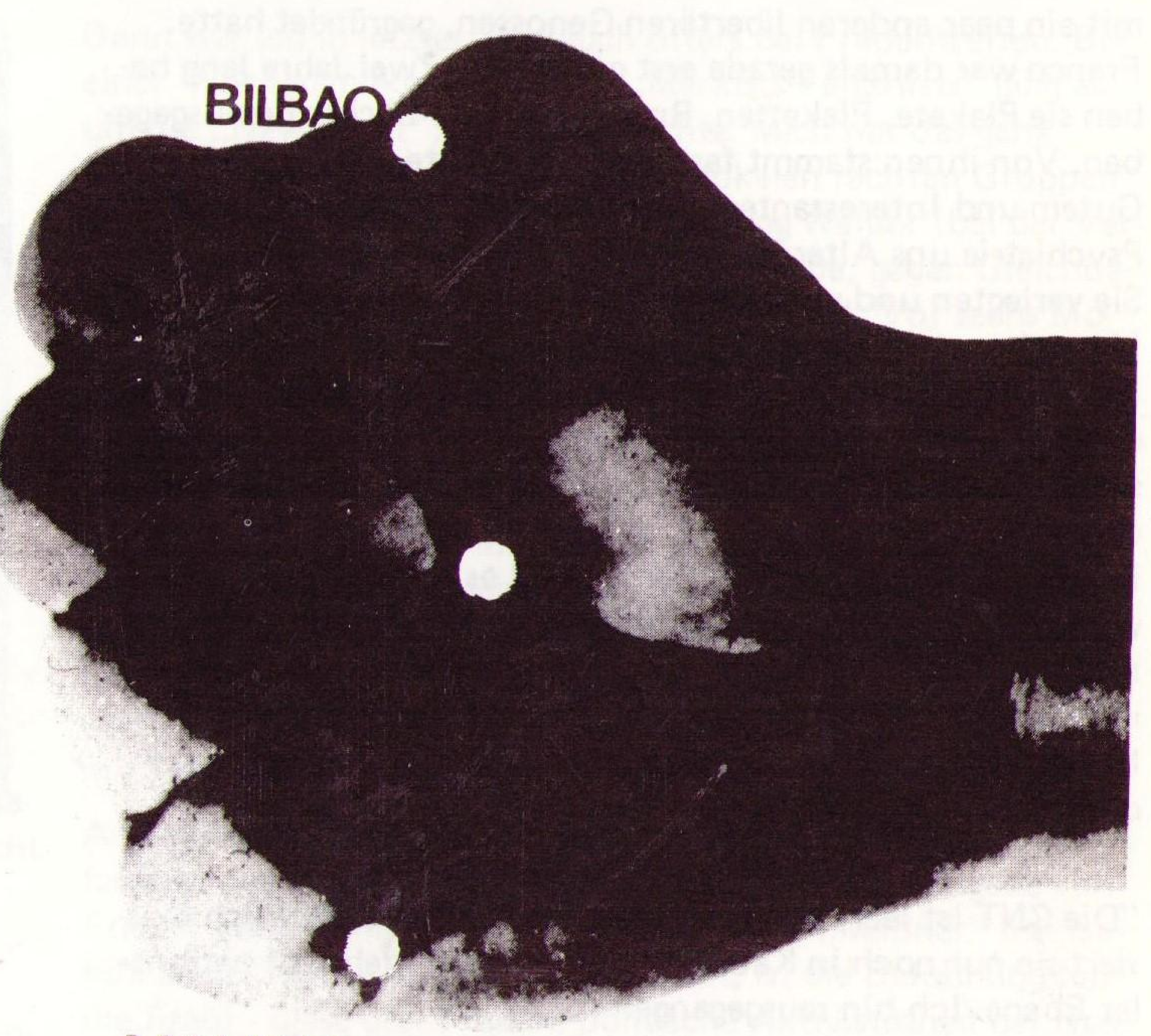
Rund um die 'Vaguada'

Ich bin mit dem Bus in Richtung Norden gefahren. Man braucht eine halbe Stunde, um in 'Pilar' anzukommen. Der 'Stadtteil' Pilar ist eine Stadt von 200 000 Einwohnern, eine der dichtbevölkertsten Urbanitäten Europas. Es gibt hier 3000 Kinder ohne Kinderkrippe, keinen Sportplatz und das "Kulturzentrum" besteht lediglich aus einem Kino, das im Moment "Pontius Pilatus" mit Jean Marais spielt.

Juan Manuel kam mit einer halben Stunde Verspätung. Ich frage ihn nach Neuigkeiten aus dem Stadtteil und besonders nach der Bewegung der 'Einwohnerassoziationen', die während meiner letzten Durchreise vor 2 Jahren noch voll in Expansion war. Er erklärt mir, daß die 'Bücherei Panthos', einer der Brückenpfeiler des alternativen Lebens in Pilar, sich mehr oder weniger 'banalisiert' habe, und selbst, wenn sie auch weiterhin das libertäre Etikett trage, so sei es doch mit der Rolle als Initiativ- und Agitationszentrum vorbei, die sie bei ihrer Gründung gespielt habe: Jetzt verkaufe sie nur noch Bücher.

Auch sonst ähnelt das Bild ein wenig der Situation von 'Panthos'. Früher, noch unter Franco, gab es hier zwei sehr starke Einwohnerassoziationen, die miteinander konkurrierten. Der gesamte Stadtteil war über das Problem der 'Vaguada' gespalten, ein riesiges unbebautes Gelände, das den Stadtteil in zwei Teile gliedert. Es ging darum, ein Supereinkaufszentrum mit Tiefgaragen und Autobahnanschluß zu verhindern. Eine der Assoziationen war von den 'Unabhängigen' dominiert, dort mischten auch die Linksradikalen und die Libertären mit. Die andere dominierten die KOmmunisten von der PCE. Heute sind die Assoziationen nur noch leere Strukturen, die nicht einmal mehr ein Büro haben. Aber das Einkaufszentrum wird demnächst gebaut werden.

Sicher, das Projekt, das jüngst von der Madrider Stadtverwaltung beschlossen wurde, ist nicht mehr ganz das gleiche, das man vorher den Bewohnern vor die Nase knallen wollte. So wurde z.B. die Fläche um die Hälfte reduziert und die Stadtverwaltung hat sich verpflichtet, auf der gewonnenen Fläche die öffentlichen Einrichtungen zu bauen, die seit der Erbauung des Stadtteils gefordert worden waren: eine Sporthalle, ein Schwimmbad, ein Schul- und ein Vergnügungszentrum. Eine weitere 'Konzession': alles wird unterirdisch angelegt werden, um der Forderung der Stadtteilbewohner zu entsprechen, daß keine weiteren Hochhäuser gebaut werden.



Nachdem diesen Sommer der Vertrag mit der Promotorengesellschaft unterzeichnet worden war, brach in den Einwohnerassoziationen die große Krise aus. Die sogenannten 'Unabhängigen' gerieten unter die Kontrolle einer ML-Gruppe, die der Kommunisten verlor fast alle Mitglieder. Dahinter steckt ein allgemeines Phänomen, das man auch in Barcelona oder Bilbao beobachten kann: "Die Leute sind total abgeschlafft und müde vom Kampf um die 'Vaguada', einige sind inzwischen sogar ganz froh über das Einkaufszentrum: Die kleinen Händler, die hier den Einzelhandel total monopolisieren, sind die teuersten von ganz Madrid . . . "

Juan Manuel erzählt weiter, daß er acht Monate gebraucht hat, um mit einer Handvoll Genoss-inn-en etwas anderes zu beginnen. Schließlich entstand das Zentrum "Ferrer y Guardia", benannt nach einem bekannten, libertären Pädagogen, der während des Bürgerkriegs erschossen wurde. Die Hauptaktivität des Zentrums ist die Kinderkrippe, die im vergangenen Oktober nach der Besetzung der unbenutzten Räume einer Sparkasse, dort eingerichtet wurde. Das Zentrum hat ungefähr 40 Mitglieder.

"das ist fast nichts im Vergleich zu den mehrere hundert Mitglieder zählenden Assoziationen des Kampfes gegen die 'Vaguada'. Das ist wahr. Initiativsein und individuelle Kreativität sind mit den politischen Reformen in sich zusammengefallen. Wir sind in eine Phase der relativen Stabilität gelangt, mit allem, was das immer an Mittelmäßigkeit auch mit sich bringt. Die gigantische Explosion der letzten Franco-Jahre und noch kurz nach seinem Tod, ist nach den Wahlen vom Juni 77 zusammengebrochen. Wir hatten zu sehr auf die politischen Freiheiten gewartet; als sie dann kamen, sind sie ganz schnell von den Oppositionsparteien angefressen worden. Die Politik des Konsenses, die gegenwärtig in Spanien von Regierung und Opposition praktiziert wird, schließt eine immer weitere Beschneidung der Freiheiten mit ein. Wenn man sich widersetzt, etwas verhindern will oder auch nur einfach etwas zu kritisieren hat, dann spricht die Linke sofort den Bannfluch aus und spricht von Entstabilisierung. Zur Zeit existiert in diesem Land ein wahnsinniger Konformismus, ein furchtbarer politischer Monolitismus (Einspurigkeit)."

Im nächsten ID bringen wir den zweiten Teil der Reportage. Er befaßt sich mit dem Schicksal der Gefangenenorganisation COPEL, linken Anwälten, Stadtguerilla und Anti-Terror-Brigaden und dem Ausbreiten der Hamburger-Kultur.

Aus Opposition zur linken Geschichtslehrerin:

DREI JAHRE BEI DER NPD

OLDENBURG 14. März — *Aus dem "Nordwind", der Stadtzeitung von Oldenburg, die über ALHAMBRA, Hermannstrasse 83, 29 Oldenburg zu erreichen ist. Das Gespräch ist ein wenig überarbeitet.*

Vorbemerkung: Als mir X erzählte, daß sie drei Jahre in der NPD und der JN (Junge Nationaldemokraten) war, war ich im ersten Moment ziemlich fassungslos, zumal ich von ihr wußte, daß sie in einer undogmatischen linken Gruppe aktiv ist. NPD, das war für mich immer etwas, auf das ich mit Wut, Angst und Hilflosigkeit reagiert habe. Ich habe einfach, trotz aller Theoriediskussion, nicht verstehen können, wie jemand in einer solchen Gruppe mitmachen kann. Daher war das Gespräch mit X für mich Neuland . . . Zum Schluß dieser Vorrede noch ein Tip: Im Kursbuch 54 ist ein Gespräch mit einem militanten Neofaschisten abgedruckt. Vieles, was in diesem Gespräch nur kurz angedeutet wird, kommt in dem Kursbuch—Artikel deutlicher heraus, vor allem was die Militanz der Gruppen betrifft.

Nordwind: Du warst Mitglied in der NPD und JN. Wann war das?

X: Das war 1972 – 1974.

Und wie alt warst du da?

Als ich ausgetreten bin war ich 20.

Wie bist du zur NPD gekommen?

Ja eigentlich durch eine Geschichtslehrerin in der Realschule, die mich immer zum Widerspruch provozierte. Sie war linke Sozialdemokratin und da mußte ich immer die Gegenpartei darstellen. Wir haben damals den Nationalsozialismus durchgesprochen und da mußte ich irgendwie Argumente gegen ihre Theorien finden und die habe ich in rechten Zeitungen gefunden. So bin ich mit der NPD und der Deutschen Volksunion von dem "Nationalzeitung"—Herausgeber Frey in Verbindung gekommen, in geistige Verbindung.

Hattest du dir schon vorher eine eigene Meinung gebildet?

Nee, eigentlich gar nicht, das hat sich daraus ergeben. Ich bin zu der Zeit in die Berufsschule gegangen und da waren die Jungen Nationaldemokraten aktiv, die haben Informationsstände in der Stadt gemacht. Ich hab dann Leute von denen kennengelernt, die waren mir eigentlich sehr symphatisch. Auch meinen ersten Freund habe ich da kennengelernt und das hat den Einstieg natürlich noch sehr gefördert. Erst bin ich in die NPD eingetreten, dann in die JN.

Und was hast du dann für politische Vorstellungen entwickelt?

Wir haben uns damals in der JN stark mit dem Thema Sozialismus auseinandergesetzt, haben versucht einen Weg des Sozialismus aufzuzeigen, der sich sehr an der Linie des damaligen KP—Führers von Frankreich, Roger Garaudy, orientiert hatte. Wir haben viele Thesen von ihm übernommen, vor allem aus dem Buch "Die Alternative".

Das verstehe ich nicht. Wie kommt eine rechte Gruppe an die Theorien eines KP—Führers?

Das weiß ich auch nicht mehr genau. Ich habe seine Ideen eingeführt, weiß aber nicht mehr, ob ich gesagt habe, wer der geistige Vater war. Ich habe diese Theorien und Argumente eingebracht und dann wurde darüber diskutiert. Wie ich daran gekommen bin? Vielleicht weil es hieß die "Alternativen", weil man eben nach Alternativen suchte zum Herkömmlichen, zum Sozialismus wie er in der DDR praktiziert wird, wie ihn die DKP vertritt.

Was für politische Vorstellungen wurden von der NPD—Führung vertreten, welche wurden euch nahegelegt?

Nahegelegt wurde uns eigentlich nichts. Wir waren praktisch die einzigen Aktiven in der Partei, da in P., und die haben sich gefreut, daß überhaupt mal wieder was läuft. Die hatten in den Jahren, wo nichts gelaufen war, Summen gehortet, die wir jetzt sozusagen verbraten konnten. Wofür wir uns unbedingt einsetzen mußten war die Wiedervereinigung — und die auch entsprechend propagieren.

Habt ihr euch auch mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt?

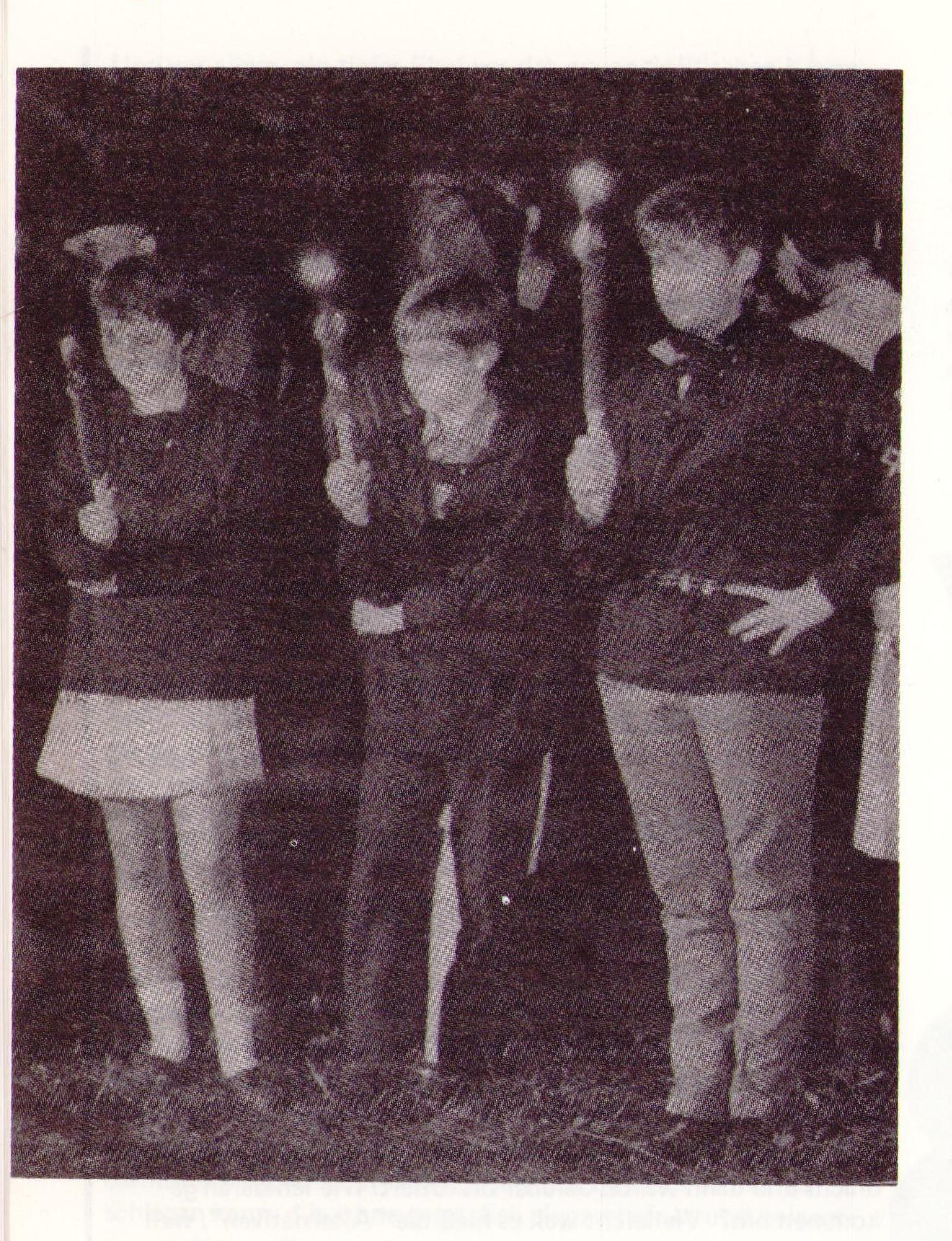
Ja, das haben wir auch. Aber wir haben in der Gruppe den Nationalsozialismus nicht vertreten, wir haben die Judenvernichtung voll kritisiert. Das, was Hitler als Nationalsozialismus vertreten hat, war für uns kein Nationalsozialismus.

Und wie war das mit Gruppen innerhalb der NPD, die eine totalitäre Staatsauffassung vertreten, wie habt ihr euch mit denen auseinandergesetzt?

Diese Auseinandersetzungen sind eigentlich nie geführt worden. Das war immer mehr so ein Vor—sich—hingemauschel ohne große Absprachen innerhalb der einzelnen Verbände. Auf Versammlungen, auch bundesweiten, wurden mehr Handlungsstrategien entwickelt als grundsätzlich diskutiert.

Und wie sahen die Handlungsstrategien aus?

Wie man mehr Wählerstimmen gewinnen kann und daß wieder mal ein Stand gemacht werden muß, mehr organisatorische Sachen.



Wiking-Jugend im Teutoburger Wald. Foto: Rose

Wie glaubten die denn Wählerstimmen zu bekommen?

Durch starke Öffentlichkeitsarbeit: Infostände, Flugblätter, Kontakt zur Bevölkerung, Versammlungen. Zu Informationsveranstaltungen kamen viele Leute, auch jüngere Leute aus Schulen. Vor Schulen haben wir immer sehr viel Flugblätter verteilt.

Was hat die Leute in der NPD gehalten, warum sind sie dabeigeblieben, was hat ihnen gefallen?

Ich glaube, daß da NPD und KPD/ML beispielsweise austauschbar sein können: das waren alles kleine Gruppen, da konnte man noch selber was machen, da waren noch viele Sachen offen, da konnte man sozusagen noch Pionierarbeit leisten. In den anderen Parteien mußte man ja erst mal aufsteigen um überhaupt was machen zu können.

Habt ihr auch größere Aktivitäten gemacht, auch militante Sachen?

Militante? Kann ich eigentlich nicht sagen. Wir nicht. Die anderen Gruppen schon, irgendwelche Vergeltungsschläge: wenn kommunistische Gruppen Schaufenster eingeschmissen hatten, dann wurde natürlich Rache genommen und denen auch Schaufenster eingeschmissen.

Gab es auch Schlägertrupps oder so was?

Ja. Das war die Wiking–Jugend, die von ihrem Äußeren schon militant auftrat, die sich auch mit linken Leuten geschlagen hat, auch provoziert hat. Manche waren auch in der JN, doch die JN wollte sie eigentlich nicht, weil sie das Image zerstörten, das man aufzubauen versuchte.

Es waren Leute, die für die Vernichtung der Juden eingetreten sind, Adolf Hitler verehrt haben. Mit denen wollten wir eigentlich nichts zu tun haben.

Habt ihr euch innerlich distanziert oder war das nur eine offizielle Distanzierung?

Das war eine innerliche Distanzierung.

Nur in eurer Gruppe?

Nein, auch in weiten Teilen der Partei. Nur sind viele dieser Leute wieder ausgetreten, weil die angestrebten Ziele, den Sozialismus in der NPD zu verwirklichen, nicht zu erreichen waren, weil die militanteren Leute doch den längeren Arm gehabt haben.

Gab es Verbindungen zwischen euch und linken Gruppen?

Ja. Man hat miteinander geredet und einen getrunken. Es gab Gemeinsamkeiten insofern, daß die auch für die Wiedervereinigung eingetreten sind.

Wer war das? Die KPD?

Ja, die KPD war das. Wir diskutierten unsere Vorstellungen von Sozialismus und versuchten uns bei Infoständen zu tolerieren, obwohl wir ja nicht befreundet waren.

Gab es Kontakte zwischen euch und dem Verfassungsschutz?

Ja, Verfassungsschützer waren bekannt. Wir kannten die von Fotos, die veröffentlicht wurden; auch dadurch, daß man mal zum politischen Kommissariat geladen wurde und so in Kontakt kam.

Das hört sich so an als hättet ihr euch mit denen gemütlich unterhalten.

Wenn die auf Versammlungen kamen, hat man sie immer so'n bißchen verarscht: "Ah, da sind auch mal wieder die Leute vom Verfassungsschutz. Wir begrüßen Sie!"

Als du ausgetreten bist: wie kam das?

Das war in meiner Studienzeit. Ich hatte damals schon nicht mehr viel gemacht, war aber noch dabei. Erst als ich dazukam, mir die Sache zu überlegen, bin ich ausgetreten. Zur gleichen Zeit, das habe ich später gehört, hat sich fast die ganze Gruppe aufgelöst. Manche sind in Splittergruppen abgewandert, sind wieder politisch aktiv, Genaues weiß ich nicht.

Wie schätzt du die Entwicklung in der rechten Szene seit deinem Austritt ein?

Ich habe Schwierigkeiten die Entwicklung der JN jetzt allgemein einzuschätzen, meine aber, daß Leute, die fortschrittliche Ideen vertreten haben, wieder ausgetreten sind, resigniert und/oder sich angepasst haben.

Wie ist das mit militanten Gruppen, z.B. der Wiking–Jugend?

Von denen distanziert sich die NPD. Aber ich möchte annehmen, daß Kontakte da sind und auch einzelne Aktionen zusammen gemacht werden.
Ich kann mich erinnern, daß Leute von der Wiking–Jugend überall da aufgetreten sind, wo was war; und nicht nur einzeln, sondern in Gruppen von 10 bis 20 Leuten. Überall traten sie auf mit ihren schwarzen Stiefeln, schwarzen Hosen, schwarzen Hemden.

Was sind das für Leute, die in rechte Gruppen gehen?

Die Leute kamen vorwiegend aus der Arbeiterschicht. Von den Schülern und jenen, die aus höheren Schichten kamen, waren die Eltern meist Mitglied in der NPD.

Leute, die von Freunden, Bekannten mitgenommen werden, die nicht so sehr kritisch sind, die sich früher mit den Ideen des Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben. Auch Leute, die Aktionen machen wollen, was unternehmen wollen, die meiner Ansicht nach genausogut in andere extreme Gruppen gehen könnten.

Warum suchen die Aktion?

Da ist halt was los. Andere gehen in den Sportverein.

Um sich nicht alleine zu fühlen?

Das auch, auch um eine Gemeinschaft zu haben.

Machen autoritär Erzogene einen Großteil aus? Ich könnte mir vorstellen, daß eine Menge Leute, die rumhängen und nicht wissen, was sie machen sollen, in die JN gehen.

Ja, da sind viele Mitläufer dabei. Daß die nicht wissen, was sie machen sollen, das mag bei denen eine Rolle spielen

Was kann ich als Linker gegen den Neofaschismus unternehmen?

Die Leute aufklären.

Nach dem was du erzählt hast, suchen die Leute Geborgenheit in der Gruppe, ziemlich unabhängig von der politischen Ausrichtung. Bestehen da nicht Möglichkeiten, was zu tun?

Ja, da mußt du eben schneller sein und Alternativen aufzeigen, wie die Leute sich selbst verwirklichen können



Deutsche, wehrt Euch !

5 Millionen ‚Gastarbeiter' bereichern sich und ihre auf niederer Entwicklungsstufe stehenden Völker an Deutschland. Über rund 600.000 deutsche Männer und Frauen sind arbeitslos und Kurzarbeit breitet sich aus wie die Pest... Raus mit den Mohammeds! Türken überwiesen im vergangenen Jahr fast für eine Milliarde Devisen in ihr armseliges kleinasiatisches Armenhaus. Insgesamt waren es um 8 Milliarden Mark, die von Fremdarbeitern 1973 aus Deutschland verschleppt wurden — mehr als ein Fünftel des deutschen Außenhandelsüberschusses. Mit diesen Geldern gleichen die Bankrottregierungen ihre Zahlungsbilanzen aus. Das ist Auspowerung Deutschlands durch anatolische Bettlerhorden, europäische Hinterwäldlerstaaten und nordafrikanische Kameltreiber. Raus mit diesem asozialen Gesindel! Türken hemmen durch ihre niedere Moral und ihr primitives Denken die Entwicklung des technischen Fortschritts in Deutschland. Sie verdingen sich für Arbeiten, die kein Denken verlangen, doch ihre ihnen angeborene Großmannssucht läßt sie bald vor Selbstüberschätzung triefen... Raus mit den Hiwis aus den deutschen Betrieben, deutschen Städten und aus deutschem Land!

Unsere Parole muß sein: Bekämpft jeden Türken, Griechen, Jugoslawen und Nordafrikaner, bis auch der letzte Fremdarbeiter deutschen Boden verlassen hat.

Deutsche, wir müssen uns wehren, wenn wir überleben wollen!

Deutsche Volksunion — Der Vorsitzende

(Wurde im Januar 1975 verbreitet. Aus: F. Kuballa, J. Roth: „Faschismus kommt nicht über Nacht." München 1976, S. 21.)

MIT NS-VERBRECHERN IN DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT

MÜNSTER 8. Februar *Ich war in der JVA Münster mit NS-Verbrechern zusammen inhaftiert. Welche Privilegien diese NS-Verbrecher genießen, glaubt mensch einfach nicht, wenn mensch es nicht selbst gesehen hat. Ich habe dazu einen ganzen Bericht geschrieben und eine Gedächtnisprotokoll von einem Gespräch mit einem Obersturmbannführer angefertigt.*

Ich bin erklärter Gegner des Hitler-Faschismus und des Neonazismus. Die Teilnahme an einer Kundgebung in der Kölner Innenstadt 1974 gegen die Aburteilung von 5 Kölner NPD-Gegnern führte für mich zur Festnahme durch die Polizei, zu einer Gerichtsverhandlung und zur ungerechtfertigten Aburteilung wegen angeblicher schwerer Körperverletzung und Widerstand gegen 2 Polizeibeamte, obwohl die Polizeibeamten mit einem Knüppeleinsatz eine friedliche Kundgebung aufzulösen und das benutzte Megaphon zu beschlagnahmen versuchten. Ich wurde zu 8 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt und mußte paradoxerweise mit NS-Verbrechern zusammen mehrere Monate in der Justizvollzugsanstalt Münster verbringen. Ich habe damals 1974 gegen die beabsichtigte Aburteilung von NPD-Gegnern protestiert, denen der Vorwurf gemacht wurde, gewaltsam einen NPD-Informationsstand abgeräumt zu haben. Richter Henry de Somoskoey verurteilte schließlich ohne konkrete Beweise der vorgeworfenen Gewaltanwendung die NPD-Gegner wegen „psychischer" Mittäterschaft zu 3—7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Der Schriftsteller Heinrich Böll sprach in einem Artikel im „Stern" (Nr. 18/75) von der Aburteilung der Gesinnung der NPD-Gegner. Daß dieser Vorwurf von Heinrich Böll nicht ungerechtfertigt ist, mußte ich auch in der Urteilsbegründung gegen mich erfahren. Die Aussetzung der 8-monatigen Gefängnisstrafe gegen mich wurde abgelehnt, u.a. mit der Begründung, daß ich mich zur Anwendung von Gewalt bekannt habe, indem ich in der Verhandlung die Gewalt gegen Hitler befürwortete. Weiterhin wurde mir vorgeworfen, auf Grund meiner Äußerung, ich werde meine Gesinnung nicht ändern und weiterhin für die Ziele der KPD eintreten, bereit zu sein, weiterhin Straftaten zu begehen. Ich war dem Gericht bekannt als Betriebsrat des Kölner Schlachthofes, als Gewerkschaftler und Mitglied der KPD Ortsleitung Köln. Am 9.2. 1979 wurde ich schließlich frühzeitig aus der Haft entlassen durch einen Beschluß des Landgerichts Münster.

In der JVA Münster sind neben der Masse der Inhaftierten, die nur Kurzstrafen bis 18 Monate verbüßen und den Häftlingen des Pädagogischen Zentrums (Haupt- und Mittelschulabschluß wird dort nachgeholt), die 3—5 Jahre in Haft sind, ausserdem noch eine kleine Zahl von Lebenslänglichen in der Pflegeabteilung des Gefängnislazaretts. Die obersten beiden Etagen des Lazaretts sind zum größten Teil den Lebenslänglichen vorbehalten, die auf Grund von NS-Verbrechen Strafen mit mehrfach lebenslänglich verbüßen. Damit besteht praktisch für diese NS-Verbrecher schon vorab eine Sondervergünstigung, denn

in der Regel befinden sich Lebenslängliche in solchen Gefängnissen wie Werl oder Schwalmbach. Ihre Haftbedingungen sind wesentlich gelockert. Die Zellen sind etwa doppelt bis dreifach so groß (also die Einzelzellen) wie die normalen Zellen in der JVA Münster. Die Zellentüren sind in der Regel geöffnet. Die NS-Verbrecher haben öfter Fernsehen und anderes. Sie brauchen nicht in ihren Zellen zu essen, sondern essen in einem Gemeinschaftsraum.

Von den dortigen NS-Verbrechern habe ich einige persönlich kennengelernt. So den Nazi-Offizier Blache von Auschwitz, nach Auskunft von anderen NS-Verbrechern und Häftlingen stellvertretender Lager- oder Lagerbereichsleiter. Dann NS-Verbrecher Tomanik (niederer Dienstgrad) und besonders den ranghöchsten NS-Verbrecher Obersturmbannführer Krüger.

Zur Person Krügers ist zu sagen, daß er bereits in einem Spiegelartikel im Jahre 1978 erwähnt worden ist. Von seiner Funktion her war er bei einem Sonderkommando in Osteuropa und der Sowjetunion. Nach Auskunft von anderen NS-Häftlingen war er zeitweilig Kommandant des KZs Sobibor. Das letztere wollte Krüger in einem Gespräch nicht bestätigen, hat es aber auch nicht verneint. Ein Beamter, der wußte, daß ich wegen Protests gegen Neonazis und gegen die Kölner Justiz inhaftiert bin, sprach mich von sich aus mehrmals an, um seine Empörung und Verachtung über die NS-Verbrecher zum Ausdruck zu bringen. Er berichtete mir, die Akte von Krüger in Auszügen gelesen zu haben. U.A. steht da in der Akte von zwei Vorfällen: Eines Tages läßt Obersturmbannführer Krüger Frauen und Kinder (Juden) zusammenrufen mit der Aufforderung, sie könnten jetzt spielen und sich amüsieren. Mitten in dieser Situation erschoß er plötzlich etwa 20 Kinder mit der eignen Waffe. Ein zweiter Fall: Krüger besaß eine Villa in Polen. Dort mußten Juden und Jüdinnen seinen Garten pflegen und Hausarbeiten durchführen. Als einmal eine Frau sich beim Unkrautjäten hochreckte, den Rücken gerade machte um sich etwas auszuruhen, erschoß Krüger sie von der Veranda aus. Der Beamte war selbst so erschüttert über die Aktenauszüge, daß er sagte: „Das ist doch kein Mensch mehr, das ist ein Tier, da braucht man doch die Todesstrafe. Der hat kein Recht zu leben und dieser Mensch steht sogar noch heute dahinter." Dies konnte ich mir eigentlich nicht so ganz vorstellen. Von anderen Gefangenen, die mit ihm in Berührung kommen, z.B. Redaktionsmitglieder der Gefangenenzeitschrift, hörte ich dasselbe. Krüger steht dahinter, er bezeichnet sich selbst als politischen Gefangenen. Tatsächlich distanzieren sich sogar einzelne NS-Verbrecher von Krüger, wie z.B. Paul Tomanik: „Mit Krüger habe ich nichts zu tun." Er weigerte sich auf der Pflegestation mit Krüger auf einem Flur inhaftiert zu sein. Von Nazi-Offizier Blache wußte ich, daß er sich heute insofern distanziert, indem er sagt (ähnlich den Interviews im Spiegel): „Ich wurde von der Ostfront abkommandiert und mußte in Auschwitz Dienst tun, ich habe es sehr ungern getan, aber es war ein Befehl, man mußte den Befehlen gehorchen." Blache hat mit solchen Begründungen bereits 6 Gnadengesuche gestellt, die alle abgelehnt wurden. Krüger aber distanziert sich nicht im Geringsten. Er ist unter Beamten und Häftlingen bekannt als Verfechter des 3. Reiches einschließlich der Lösung der Judenfrage.

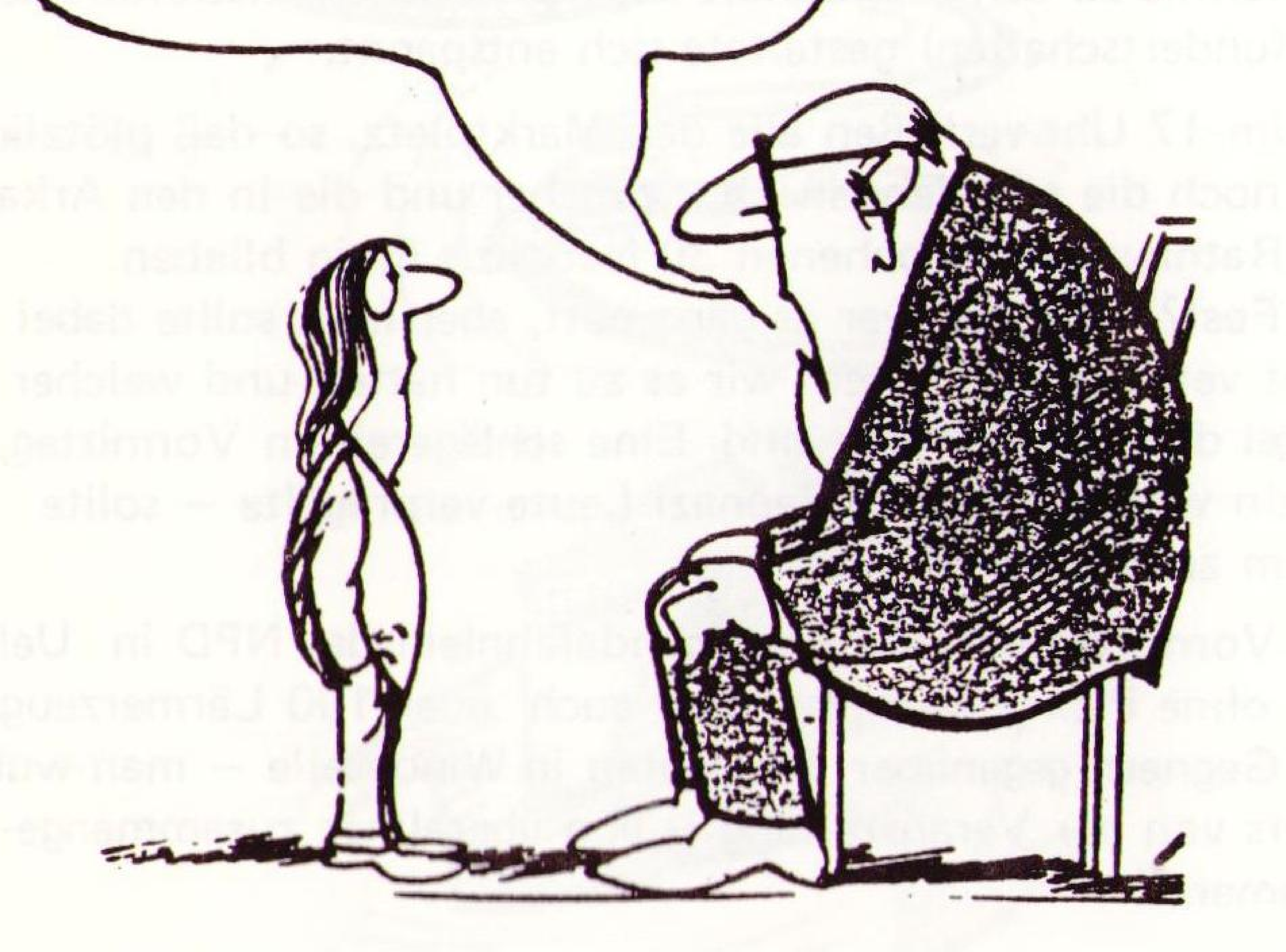
Da mir dies doch etwas unwahrscheinlich schien, habe ich mit allen Mitteln versucht, mit ihm selbst zu sprechen und den Pflegeflur der Nazi-Verbrecher mir anzuschaun. Als Hauselektriker würde sich sicher eine Möglichkeit ergeben, da ich im ganzen Gefängnis Reparaturen ausführen mußte. Und es gelang mir schließlich auch die Zellen der NS-Verbrecher anzusehen und mit Krüger zu sprechen (siehe Gedächtnisprotokoll). Bei verschiedener Gelegenheit sprach ich auch mit den Flurwärtern und Hausarbeitern. Dies sind Häftlinge, die die Flure säubern, das Essen bringen und ähnliche Hilfsarbeiten verrichten. Zunächst ist zu sagen, das Krüger nach Berichten aller Hausarbeiter und sogar mehreren Beamten dort in der Pflegestation der ranghöchste NS-Verbrecher ist. Er genießt in der Pflegestation eine enorme Sonderstellung. Er ist dort sozusagen der Abteilungsvorsteher für alle NS-Verbrecher. Er übt dort gegenüber den rangniedrigeren NS-Verbrechern Weisungsbefugnisse aus. Er besteht darauf, daß alle NS-Verbrecher sich ihm gegenüber als Befehlsempfänger und Untergebene verhalten. Er besteht z.B. darauf, mit Herr Obersturmbannführer angesprochen zu werden, alle sprechen sich mit Dienstgrad und Herr an. Wer mit Krüger spricht muß Haltung einnehmen, wollen mehrere mit ihm sprechen, müssen sie in Haltung vor der Tür warten. Krügers Zelle wird wie auch Wasch- und Essraum von den anderen NS-Häftlingen gesäubert, gebohnert etc.. Zwei von den Hausarbeitern berichteten Vorfälle: Einmal wurde in Krügers Zelle der Wandanstrich erneuert. Plötzlich brüllt Krüger: „Flurwärter herkommen, die Lampe blendet auf dem Tisch, Tisch zur Seite stellen." Der Flurwärter kommt im Laufschritt angerannt. Beim Essen in dem Gemeinschaftseßraum, Krüger: „Herr Oberfeldwebel, der Teller vibriert, stellen sie den Teller anders hin." Dabei muß mann wissen, daß beim Essen Krüger als Ranghöchster am Kopfende des Tisches sitzt und von ihm weg von höheren zu niederen Dienstgraden die anderen NS-Verbrecher sitzen. Als ich persönlich in Krügers Zelle war, da stand die Tür offen. Es wagte aber niemand hereinzukommen, alle huschten verschüchtert und ehrerbietig vorbei. Ich wurde, als ich in die Zelle treten wollte, angeherrscht: „Putzen Sie sich die Schuhe ab, es ist gerade frisch gebohnert." (Ich kam herein und erklärte ihm, ich müsse die Steckdose nachprüfen.) Krüger bekam während meiner Anwesenheit z.B. Zeitungen und Briefe für die andern NS-Verbrecher und verteilte die anschließend. Dies wird sonst grundsätzlich von Beamten gemacht.

Als ich noch nicht wußte, wo Krüger seine Zelle hat, fragte ich mal einen Häftling (Hausarbeiter) danach. „Zelle? ", sagte dieser, „Du meinst wohl das Büro, das Krüger sich eingerichtet hat." Ich hielt das für übertrieben. Aber ich konnte mich selbst davon überzeugen. Das war eigentlich gar keine Zelle, außer den Gittern vor den Fenstern. Der Raum war vielleicht 4x6 Meter. Schreibtisch, mehrere Bücherborde, Bett etc. Krüger hatte dort mehrere Radios, Aufnahme- bzw. Diktiergerät, Tonband und Büromaterial einschließlich Schreibmaschine. Auf den Bücherregalen standen NS-Schriften wie z.B. Hitler „Mein Kampf" und eine Unmenge Wehrmachtsberichte etc.. Im Verhältnis zu den anderen Räumen war Krügers Raum am vollständigsten ausgestattet. Gleich nebenan waren auch noch in einem Raum mehrere „normale" Lebenslängliche. Dort waren tatsächlich 6 Inhaftierte auf jeweils einem Raum von der Hälfte des Einzelzimmers von Krüger.

Von mehreren Beamten erfuhr ich jetzt, daß Krüger ungeachtet nicht nur seiner Vergangenheit, sondern auch ungeachtet seiner heutigen vollkommen ungebrochenen positiven Haltung zum 3. Reich regelmäßig Urlaub erhält und frei herumlaufen kann und sich mit alten und neuen Gesinnungsfreunden treffen und Erfahrungs- und Erlebnistausch pflegen kann. Tatsächlich hatte Krüger auch über Weihnachten Urlaub, wo zur gleichen Zeit die Inhaftierten alle Besuchssperre hatten und kein Urlaub genehmigt wurde. Ich forschte nach, auf welchem Wege so etwas genehmigt wird. Tatsächlich beruft sich das Justizministerium und die JVA-Leitung auf das Strafvollzugsgesetz, nach dem ein lebenslänglich Verurteilter nach 10 Jahren Haft erstmalig und dann ständig bis zu 21 Tagen Urlaub im Jahr gewährt werden kann. Zuvor muß der Häftling neben der Beurteilung der Anstaltsleitung einen psychologischen Test machen mit dem Ziel zu ergründen, ob der Häftling sich draußen noch selbständig bewegen kann, im Vollbesitz der geistigen Kräfte und keine Gefahr für die Allgemeinheit (z.B. notorischer Sittenverbrecher) ist. Es gibt in NRW eine zentrale Stelle, die psychologische Abteilung im Gefängnis Köln-Ossendorf, wo alle Lebenslängliche, die Urlaub beantragen, psychologisch und physisch untersucht werden. Ich fragte den NS-Verbrecher Paul Tomanik, wie denn so ein psychologischer Test abläuft und

wer dafür verantwortlich ist. Welche Fragen gestellt werden. Dies natürlich besonders um zu erfahren, ob die Straftat selbst und deren heutige Beurteilung durch den Inhaftierten heute eine, und wenn ja, welche Rolle spielt. Tomanik sagte mir, daß er bestimmt schon etwa 20 mal einen Test habe machen müssen. Noch nie sei überhaupt danach gefragt worden, wie er zu seinen NS-Verbrechen heute steht. Das spiele gar keine Rolle versicherte mir Paul Tomanik. Von daher war mein anfängliches Unverständnis, wieso mann Krüger Urlaub gewährt, einem Massen- und Völkermörder, der seine viehischen Verbrechen noch heute vollständig als richtig und notwendig hinstellt, verflogen. Ich selbst hätte so was nicht für möglich gehalten, und es ist ungeheuer, sich mit dem Gedanken vertraut machen zu müssen, das sich solche NS-Massenmörder freibewegen können. Für das deutsche Volk und besonders die Opfer und ihre Hinterbliebenen eine ungeheure Provokation. Für den psychologischen Test in Köln Ossendorf ist u.a. Professer Bresser, Psychologe, verantwortlich. Für das Gesamtverfahren das NRW-Justizministerium. Aus den Ergebnissen der Befragung scheint hervorzugehen, daß bei allen NS-Verbrechern so vorgegangen wird und diese mit gewöhnlichen Mördern in dieser Frage gleich behandelt werden, in anderen wie den Haftbedingungen aber bevorzugt. Denn welcher Häftling, der lebenslänglich hat, kommt schon auf eine Pflegestation der Art in Münster.

Auf Grund der ganzen Kenntnisse und Gerüchte habe ich versucht möglichst einmal mit Krüger selbst zu sprechen. Es gelang mir schließlich auch, als ich Reparaturen ausführen mußte in der Pflegeabteilung bzw mich aus „Pflichtbewußtsein" zur Pflegeabteilung begab, um die elektrischen Anlagen vorsorglich zu überprüfen. Bei dieser Gelegenheit wollte ich dann mit Krüger sprechen. Um möglichst auch Krüger zum freien Sprechen zu bringen, erweckte ich selbst den Eindruck, als würde ich mit dem 3. Reich sympathisieren, bzw. wäre ich ein neugieriger junger Mann, der von seinem Vater einiges gehört hat und durch den Holocaustfilm neue Fragen hat. Ich sagte Krüger deshalb auch, daß mein Vater bei der NSDAP war und ein Anhänger des 3. Reiches. Es entwickelte sich folgendes Gespräch, das ich sofort nach Beendigung aus dem Gedächtnis aufschrieb:



Ich: Herr Krüger, ich habe mal eine Frage an Sie. Mein Vater war damals bei der NSDAP und hat mir viel Positives vom 3. Reich erzählt. Ich habe jetzt die Fernsehserie gesehen. Was kann mann denn davon glauben, wie war es denn eigentlich wirklich?

Krüger: Sie meinen sicher die Sendung „Holocaust". Also ich würde sagen historisch sind die Hauptaussagen richtig. Trotzdem gibt es viele Lügen, Verdrehungen und plumpe Verfälschungen. Tatsächlich ging es um die Vernichtung der Juden, das ist richtig. Aber im Film wird z.B. Heydrich als Säufer und niedriger Charakter dargestellt. Das stimmt nicht, ich hatte selbst genug mit Heydrich zu tun. Dorff ist im Wesentlichen richtig dargestellt. Die Massenliquidierung in Kiew war nicht korrekt. Es war nicht nur die SS, da waren auch Verbände vom Heer dabei, ich kenne alle Einheiten z.B. die 17., die haben einige der großen Gruben vorher durch Sprengungen hergerichtet. Das kann ich aus eigener Anschauung sagen. Außerdem wird im Film gezeigt, wie 2 SS-Leute mit qualmender Zigarette hinter MGs liegen und schießen. Es gab da mehr Disziplin. Außerdem hatten wir keine Maschinengewehre mit Wasserkühlung, wie im Film, es wurde überhaupt nur ganz selten mit Maschinengewehren hingerichtet, ein Soldat weiß so was auch. Es war übrigens sehr richtig, was ein Teilnehmer der anschließenden Diskussion sagte, daß auch England, USA und Frankreich die Juden nicht haben wollten und mehr oder minder die Sache duldeten.

Ich: Es wird ja immer so hingestellt, als seien die KZs das Werk von Wahnsinnigen. Aber welche Bedeutung hatten denn eigentlich die KZs, warum wurden sie eingerichtet und was wurde damit bezweckt in Auschwitz.

Krüger: Also in Polen gab es ja keine richtigen KZs, da gab es Vernichtungslager. KZs gab es nur in Deutschland. Und diese KZs waren besonders für die politischen Gegner des 3. Reiches. Also für Kommunisten, für SPD-Mitglieder, Gewerkschaftsführer und solche. Juden waren da nicht sehr viele, außer diejenigen, die auch im Widerstand drin waren. Und diese KZs waren hauptsächlich dazu da, die politischen Gegner umzuerziehen, so wie die Engländer und Amerikaner es auch mit uns nach 1945 gemacht haben. Da wurden nur wenige erschossen. Nur die ganz Unverbesserlichen. Und die Familien der Insassen wurden ja in der Zwischenzeit gut versorgt. Es war dann so, daß die meisten nach einigen Jahren wieder entlassen werden konnten zu ihren Familien zurück. KZs einzurichten ist das Recht eines jeden Staates, besonders der totalitären Staaten, denn irgendwie muß die Regierung sich ja gegen politische Gegner durchsetzen.

Nochmal zu Holocaust, also das erfaßt die tatsächliche Problematik der Entwicklung Deutschlands nicht. Das ist trivial und so nach Hollywood-Machart, so ein Reißer gegen Deutschland. Da war z.B. die Sendung über Höss wirklich viel objektiver. Da wurde gezeigt, wie jemand, der als junger Mann mit Begeisterung im 1. Weltkrieg für Deutschland gekämpft hat, dann den Dolchstoß aus der Heimat erleben mußte. Die deutschen Truppen haben im Felde ja nie verloren. Noch 1917 gab es z.B. Freiwilligenregimenter in Ostpreußen, die bestanden hauptsächlich aus Gymnasiasten und die waren so voller Begeisterung, daß sie in eine Offensive stürmten. Ja und dann kam sowas wie Munitionsarbeiterstreik, Kieler Matrosenaufstand von Kommunisten aufgestachelt. Na ja später kam dann ja Rosa Luxemburg und Liebknecht und Unruhen in Berlin. Die wollten ja Deutschland zur russischen Kolonie machen. Da sind natürlich Leute wie Höss dagegen aufgestanden. Und es war ja auch so, daß Scheidemann und Ebert gesehen haben, daß sie auf die Freikorps angewiesen waren um die Revolution zu verhindern. Diese Freikorps waren dann natürlich so national denkende Leute. Ja und 23 da marschierte ja Gott sei Dank schon die SA. Da hatten natürlich auch solche Nationale eine Heimat um gegen das Schanddiktat von Versailles was zu tun. Der Kapp-Putsch ging ja verloren, aber das war nur wegen des Generalstreiks. Sonst hätte das durch aus klappen können.

Ich: Also nochmal zur Judenfrage und Vernichtungslager. Ich meine, war es denn unbedingt erforderlich, so gegen die Juden mit Vernichtungslagern vorzugehen, ging es nicht anders, gab es keine andere Möglichkeit?

Krüger: Das war notwendig. Was sollten wir denn sonst machen? Wir haben allen Juden die Möglichkeit gegeben aus Deutschland, Österreich, Polen auszureisen, zu emigrieren. Die wollten ja nicht. Und England und Frankreich und die USA, die wollten ja auch die Juden nicht haben, nur einige die besonders reich waren oder qualifiziert, wie Ärzte und so was, aber die Massen der Juden wollten die auch nicht. Wir wollten ja erst daß alle Juden nach Palästina gehen, das war ja unter englischer Hoheit. England wollte nicht. Später sollten dann alle Juden nach Madagaskar, aber die Engländer wollten das auch nicht. Wir haben z.B. in Rumänien 2 Schiffe mit Juden vollgeladen, wir hatten die Genehmigung von der Türkei durch den Bosporus zu fahren. Und was haben die Engländer gemacht, die haben die Schiffe torpediert. Und was war in Frankreich. Da haben sie die Juden schon vor unserem Einmarsch in 2 Lager zusammengeholt und dann den Deutschen die Lager übergeben. Und in Osteuropa und Russland, da war ja der Antisemitismus viel größer gewesen als in Deutschland. Ja, was sollten wir denn da machen, da blieb uns doch nichts anderes übrig, als die Juden zu vernichten, um eine Endlösung zu erreichen. Wir wollten es ja anders, aber es ging nicht.



Ich: War es denn notwendig, daß alle Juden weggeschafft werden, ich meine waren die Juden denn so eine große Gefahr für Deutschland?

Krüger: Daran gab es keinen Zweifel. Der Weltjudenrat hatte ja schon 1933 erklärt, also unmittelbar nach der Machtübernahme, daß sie ab jetzt Deutschland bedingunslos bekämpfen wollten, wirtschaftlich blokkieren wollten und niederwerfen wollten. Die wollten doch, das ist Tatsache, nach einem Sieg über Deutschland alle Männer und Frauen bis 45 Jahre sterilisieren. Ja das war damal so. Und dann hatten ja die Juden in Deutschland das Kapital. Die großen Warenhäuser und z.B. Aufkaufgesellschaften, die schon das Getreide der Bauern auf dem Halm verpfändeten. Deswegen gab es ja in Ditmarschen Aufstände der Bauern gegen die Juden.

Ich: Aber die Großindustrie war doch nicht in den Händen der Juden, die unterstützten doch Hitler und die NSDAP.

Krüger: Ja selbstverständlich, aber ein Teil der Banken, Warenhäuser, der Handel war voll in der Hand der Juden. Die knechteten und bluteten das Volk regelrecht aus. Da gingen z.B. die ganzen kleinen Läden kaputt. Ja, die Großindustrie Thyssen, IG-Farben und dieser Konzern im Saarland, wie heißt der noch mal, die unterstützten Hitler. Das ist genau wie heute. Welche Partei bekommt kein Geld von der Industrie, die könnten doch gar nicht existieren und darum hängen die immer irgendwo mit drin.

Ich: Aber, hätte mann da nicht die Juden einfach enteignen können statt alle zu vernichten?

Krüger: Das war doch das schöne, wir haben den Juden ja nicht mal ihr Geld und Vermögen wegnehmen wollen. Das konnten sie alles mitnehmen ins Ausland, wenn sie emigrieren. Allerdings, nach der Kristallnacht mußte das ja anders werden. Die Juden mußten ja erstmal eine Milliarde zahlen, als Entschädigung. Das war ja auc h notwendig, ich meine wenn mann den Schaden wieder beheben wollte.

Ich: Was meinen sie denn heute, wie es kam, daß Hitler so schnell groß wurde und keiner seine Macht hat verhindern können?

Krüger: Na ja, ich sagte ja schon, der Dolchstoß und dann das folgende Versailler Schanddiktat gegen Deutschland, das hat viele sehr verbittert und Deutschland wurde ja richtig ausgebeutet. Und als Hitler Arbeitsplätze schaffen konnte, die Leute von der Straße kamen, da sahen viele, daß es doch geht, wenn die Richtigen kommen. Hitler verschaffte der Industrie wieder Aufträge. Alle konnten sehen, daß die Entwicklung Hitler Recht gab. Was hatten denn die vorherigen Regierungen hinterlassen? Die SPD ist mit der Sache nicht fertig geworden, es gab immer mehr Chaos. Die SPD bekämpfte ja auch schon die KPD seit Scheidemann, die haben sich ja so richtig gegeneinander aufgerieben. Für uns war das ganz günstig. Ja, und dann hat ja auch das Ausland Hitler Recht gegeben. Wir holten Österreich ins Reich, das Memelland, Böhmen und Mähren. Hitler eroberte Polen in 15 Tagen. Ja, da stand er doch groß da und hat gezeigt, daß er sich durchsetzen kann. Die anderen trauten sich doch nicht da was zu machen. Man hört immer die Lüge von der staatlichen Zwangsorganisierung. Aber wie war denn die Olympiade 1936? Deutschland hatte noch nie so viele Medaillen gewonnen. Da war eine echte Massenbegeisterung der Jugend. Das hat ja das (An dieser Stelle brach Krüger seinen Redefluß plötzlich ab, seine Augen wurden plötzlich mißtrauisch. Ein Beamter kam ins Zimmer und brachte die Tageszeitungen und die Post. Als der Beamte wieder weg war fragte ich weiter).

Ich: Sagen Sie, Herr Krüger, was mich nochmal interessiert, welchen Dienstgrad hatten sie eigentlich?

Krüger: Ach das ist doch unwichtig jetzt, das spielt doch keine Rolle mehr heute. Ich möchte jetzt lesen. Warum interessiert sie das eigentlich alles? Also auf Wiedersehen!
Ich: Na ja, dann auf Widersehen.

LÜNEBURGER G'SCHICHTEN – ODER WIE ES ZUR VERHAFTUNG VON ZWEI KISTEN FAULIGEN GEMÜSES KAM

LÜNEBURG
5. MÄRZ

Lüneburger berichten, was sie gegen Faschisten unternommen haben:

„Die NPD hat in Lüneburg zu einer propagandistischen Großoffensive geblasen: Vier Infotische und Großveranstaltungen an den verkaufsoffenen Sonnabenden – bis in den Juli hinein – bat sie sich von der Stadt genehmigen zu lassen. Verbotsanträge dagegen, die aus der Bevölkerung und von eilig zusammengeschlossenen Bündnissen aller politischen Gruppen gestellt wurden, hatten keinen Erfolg. So müßten wir uns dann vorbereiten auf den Auftakt dieser Aktion am 3. März: Die NPD hatte den Marktplatz für ihre Propagandashow belegt – die selbsternannten demokratischen Kräfte – CDUSPDFDP-DGB & Co – verkrochen sich auf dem Parkplatz hinter dem Rathaus. Die freischwirrenden Individuen und die Freunde mit dem ‚K' in der Partei hatten sich allerdings vorgenommen, die NPD mal zu besuchen.

Konzepte des Widerstandes gab es keine. Es sind da zwar eine Menge Diskussionen abgelaufen, zumindest war keine „einheitliche Vorgehensweise" erkennbar. Die Parole hieß nur: Lärm! Die haben vier Lautsprecher. Und wir haben hunderte gesunder Gliedmaßen und 'ne Menge Grütze unter der Mütze.

Am Sonnabend um 15.00 sollte es losgehen. Die Annäherung an den Marktplatz glich der Annäherung an ein Fußballstadion: Pfeifen, Rasseln, Tröten, Gesang, Sprechchöre. Die Szenerie: Direkt vor dem Rathaus vier eklig große Lautsprecher mit einem Rednerpult darunter und einer Plexiglasscheibe darauf (?!) Aus den Lautsprechern kam Lärm. Zunächst nach Noten, später dann aus Mencshenmund: neonazistische Dummheiten und Schwachsinn. Während hinter dem Rathaus die demokratischen Parteien mit Schunkelmusik ihre Abscheu über den Extremismus aller Art äußerten, ein Blick auf die Versorgungslage: Trillerpfeifen sind in Lüneburg ausverkauft und werden auf dem Marktplatz gehandelt (zu Einkaufspreisen). Obst- und besonders Eierhändler machen ein gutes Geschäft. Schon morgens wurden die Wochenmarktbeschicker in Lüneburg ihr Altobst- und Gemüse auf wunderbare Weise los – leider sind die zwei Kisten mit der potentiellen Luftpost dann von der Polizei verhaftet worden.

Die Gegendemonstration wurde zu einem Fest. Man traf alte Bekannte, klönte ein wenig, wenn der Lärm es zuließ und machte, wenn man wieder selber zu Atem gekommen war, selber Lärm.

Pausenlos flogen Eier, Schneebälle, und andere platzfähige Geschosse in Richtung Redner, so daß die weniger erprobten Dummbeutel auf dem Podest ständig von auf der Plexiglasscheibe zerplatzenden Projektilen erschreckt wurden. Das Verhältnis zu den massenhaft angekarrten Polizeistreitkräften (2 Hundertschaften) gestaltete sich entspannt.

Um 17 Uhr verließen alle den Marktplatz, so daß plötzlich nur noch die schreienden Lautsprecher und die in den Arkaden des Rathauses verkrochenen 30 Neonazis übrig blieben.
Ein Fest? – sicher war es ganz nett, aber man sollte dabei nicht vergessen, mit wem wir es zu tun hatten und welcher Mittel diese Leute fähig sind. Eine schlägerei am Vormittag, als ein wildgewordener Neonazi Leute verprügelte – sollte jedem zu denken geben.

Am Vormittag war das Propagandafähnlein der NPD in Uelzen, ohne Plexiglasscheibe, aber auch über 100 Lärmerzeugenden Gegnern gegenüber. Die waren in Windeseile – man wußte nichts von der Veranstaltung – von überallher zusammengekommen."

LEO BUKOWSKI IN DEN FLAMMENTOD GETRIEBEN !

DÜREN 5.März — Wieder einmal forderte die Vernichtungs-Psychiatrie in dem berüchtigten Bewahrhaus des Landeskrankenhauses Düren ein Todesopfer.

Freitag abend, dem 19.1.79 verbrannte sich der „Patient" des Hauses 5 aus Protest gegen die unmenschlichen und brutalisierten Zustände.
Vor seinem Flammentod war Bukowski ca. 1.80 m groß, seine verkohlte Leiche soll nur noch ca. 50cm gemessen haben.

(LVR), des Trägers der Anstalt, gegen das Beschwerdenzentrum gegen Verbrechen in Landeskrankenhäusern" sollte Bukowski mit 12 anderen „Patienten" des Bewahrkrankenhauses am 7.2.79 als Zeuge gehört werden — über

a) hemmungsloses Spritzen
b) Körperverletzung und Mißhandlung
c) verbrecherische Willkürmaßnahmen
d) Selbstmordabsichten und Selbstmordversuche verzweifelter Insassen.

Bukowski protestierte immer wieder gegen die unmenschlichen, er nannte es „KZ - Methoden" in Haus 5. Er beschwerte sich u.a. über folgende Zwangsmaßnahmen:
a) Isolierung in Einzelzelle mit „Bodenlage"
b) überhähte Dosierung von Dämpfungsmitteln"
Bukowski und andere Insassen unternahmen bereits Selbtsverbrennungs-Selbsttötungsversuche. Erst um die Weihnachtszeit versuchte sich Bukowski auf die gleiche Weise das Leben zu nehmen.
Der Pateint Möbusch zündete in der vergangenen Neujahrsnacht seine Zelle an, um sich zu töten. Das Feuer wurde gelöscht. Möbusch mußte sich darauf hin nackt ausziehen und wurde auf Einzelzelle mit „Bodenlage" isoliert.

Nach Bukowskis Tod versuchte sich Nicolas Gallin ebenso zu verbrennen. Er erhängte sich dann am 23.1. in seiner Zelle.

Capellmann hatte sich mit Benzin übergossen und wollte sich anzünden.

Vor einiger Zeit erhängte sich Peter Beilebens in seiner Zelle.

Verantwortlich für die grauenhaften Zustände, die verzweifelte Menschen in einen qualvollen Tod treibt, sind
Dr. Horst Werner, Leiter des Bewahrungshauses
Direktor Köster, Anstaltsleiter
der Landschaftsverband Rheinland,
dem die Zustände bekannt sind und trotzdem nichts ändert, der Beschwerden über das Bewahrungshaus abwimmelt und somit ungeheuerliche Vergehen gegen die Menschlichkeit duldet und deckt.

Am 15. März 79 wird das Gericht entscheiden, ob diesem Antrag stattgegeben wird oder ob zur Sache verhandelt wird. In dieser Zeit muß weiteres Beweismaterial, Aussagen von Betroffenen und Mitarbeitern gesammelt werden.

Beschwerdenzentrum, 5 Köln 30, Liebigstraße 25, Tel.: 55 61 89



WAS DAS FÜR EIN GEFÜHL IST, WENN DIE POLIZEI JEMANDEN AUS DEINER WG IN DIE KLAPSE BRINGT!

Am Sonnabend holte die Polizei ein Mädchen namens Margit Zollner aus unserer Wohnung heraus, weil Ihr Vergehen war sich nackt ans Fenster zu stellen und die Leute anzubrüllen, einige von uns sahen es schon kommen, daß sie bald, wenn wir es nicht verhindern können und sie Pech hat, in die Klapse kommt, so, jetzt ist es leider geschehen, war sie doch kurze Zeit erst wieder draußen. Die Frage ist erstens, was hätte man machen können, um es tatsächlich zu vereiteln: Es hat halt nicht ausgereicht, sie in ihren sogenannten Spinnereien gewähren zu lassen, auch nicht, daß wir sie oft darauf hingewiesen haben, daß sie aufpassen muß nicht wieder reinzukommen in die Vernichtungshölle Psychiatrie. Das Problem ist, daß bei aller sogenannter Theorie man bei den Ausklinkis einfach praktisch hilflos ist und vielleicht auch ein wenig zu dumm, wirklich einen Weg zu finden auf diesen Menschen echt eingehen zu können, daß er zumindestens versteht, in welchem geeigneten Moment er die Etiketten wegschmeißen kann und wann nicht, aber der Haß gegen den Bürger und seiner herbeigerufenen Polizei wird nicht geringer dadurch. Wer weiß, ob sie, die Bürger, nicht Spaß daran gehabt haben dabei die Polizei zu holen, weil sie wußten, daß es eine WG war, welche sie damit diskriminiert haben? Genug erst einmal, ich wollte es nur gesagt haben, für die vor allem, welche die Margit kennen, daß sie sich auch darum kümmern.

Michael B. 0611/440276

OHNE ANAFRANIL GEHT'S NIE ZUM ZIEL

Das "Waldecho", eine Psychiatrie—Patienten—Zeitung

KÖPPERN (TAUNUS) 13. Februar — *Im Waldkrankenhaus Köppern (das ist ein psychiatrisches Krankenhaus des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen) gibt es seit 1975 eine Patientenzeitung, die hauptsächlich von den Patienten und Patientinnen aus den offenen wie auch den geschlossenen Abteilungen gemacht wird; daneben tragen Ärzte/Ärztinnen und Leute vom Beratungs- und Pflegepersonal die Zeitung mit. Aus der 13. Nummer, die sich vorwiegend mit dem Thema "Medikamente in der Psychiatrie" beschäftigt, bringen wir die folgenden zwei Beiträge.*

Es war ein Tag wie jeder andere, als Andreas, dem es schon längst gar zu sonderlich mit sich gewesen war, zu einem Arzt ging, um seine Seele mit all ihrem Weh behandeln zu lassen.

Wissen Sie, sagte er, bei aller Grauheit des Erlittenen, bei aller Traurigkeit meiner Kindheit, die ich meinte verwunden zu haben. Bei allem blinden Haß auf den Vater, der immer kam, wenn Mutter und ich zur Ruhe gekommen waren. Bei aller Tobsucht des Vaters, bei aller Ängstlichkeit der frühen Jahre.

So, daß ich mich schon all dieser Dinge überhoben wähnte, daß aber jetzt, so viele Jahre später der graue Wolf mir immer näher tritt und daß die Nebelhaftigkeit der Seele, die Sucht auf regnerischen Seelenherbst wie jäh hervortritt und die Lust am Leiden immer neu hervorkommt und daß ein Graben ständig vor mir liegt und die Angst mich atemraubend füllt . . .

Nach kurzer Überlegung antwortete der Arzt:
Ich nehme zunächst nicht an, daß Sie psychotisch sind. Aber Sie sind psychosegefährdet, und zwar befinden Sie sich in einer schizo—affektiven Erregtheit, ebenso liegt der Gedanke an eine Hypochondria sine oder cum materia nahe.

Ich schlage vor: Haloperidol zum Auffangen des Akuten, dazu (gegen die Nebenwirkungen) Akineton retard, als Lang-

zeitmedikament Lyogen, gegen eine mögliche Eskalation Neurocil, ferner, um das Abgleiten aufzufangen, Saroten. Als Tagesberuhigungsmittel Absin und Valium. Sollte alles nichts helfen, nehmen Sie Dapotum i.m.

Vielen Dank für Ihren Besuch.

Alexander Ullmann

Die Medikation auf Station X

Anafranil ist die Glückspille für's "flying up to the sky". Ohne Anafranil geht's nie zum Ziel. Wird es Ihnen dann zu wohl, nehmen Sie ab 30 Tropfen mehr Haldol. Dogmatil – das Gegenteil von Vivil. Fluanxol: Hilf', daß dich, oh Patient, die Krankheit verdrängt und die Gesundheit hol'. Semap ist ein Aktivanat. Mit Orap geht die Schizophrenie ab. Mit Akineton im Leben geht oft manches daneben. Fragen Sie lieber den Psychiater! Das ist besser als Gelaber. Dann geht alles besser.

Lyogen behandelt den Befund hebephren. Dapotum macht dich wahrlich dumm. Es hackt die Gedanken kurz und klein, drum laß es sein. Glianimon verdrängt den Erregungszustand schon. Saroten ist schön, denn man ist daneben; so befunden, dadurch auch betrunken.
Melleril zerkaut schmeckt bitter, darum Haare zerzaust, gibt's im Hirn ein Gewitter. Atosil, genommen in Maßen: Beruhigung und tiefes Schlafen. Noveril bewirkt Freudigkeit viel. Wenn gespritzt wird Truxal, ist es ihnen piep-egal. Depot haut dich k.o. . Limbatril trainiert dich dann zum Trill und Sportappell. Aponal schmeckt selten schal. Dominal wird oft zur Qual, – forte, hinweg an düstere Orte. Mogadan spornt den Schlaf an. Wenn gewesen ist Kreislaufschock, bekommst du Dihydergot. Das verursacht einen Tanz im Barock. Mit Tavor schießt du dir ein Suchteigentor, – danach gibt's Trauerflor.
Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der Mensch ist gesund, der diese Psychopharmaka nicht nehmen muß.

Matthias Franz

Das "Waldecho" ist zu erreichen über: Waldkrankenhaus Köppern, Station M 5, 6382 Friedrichsdorf, Tel. 06175/7911. Es kostet pro Nummer eine Mark plus Porto; das Postscheckkonto ist Frankfurt 28 5879–608 (BLZ 500 100 60).

SCHNAPS AUS DEM FALLOBST DER GESCHICHTE

OFFENBURG
1. MÄRZ

Frauen aus Offenburg rufen dazu auf, den Volksverlag zu boykottieren:

„Wir Frauen sind es gewohnt, auf dem Schlachtfeld des faulenden westdeutschen Patriarchenalltags ständig Stiche, Hiebe, Schläge abzubekommen. – Auf unsere Körper, aber noch öfter und fast schmerzhafter sind die Stiche ins Herz, Stiche der Erniedrigung, die uns schwach machen sollen und uns ohnmächtig dem Alltäglichen, Normalen ausliefern sollen.

Speziell meine ich hier die tägliche Flut verletzender Bilder in der Presse, im Fernsehen, auf dem Zeitschriftenmarkt, in den Kinos usw. Es ist uns schmerzlich bekannt, wie mit unserem Körper alles an den Mann gebracht wird.

Nicht nur bürgerliche Reaktionäre sind die Macher dieser Politik, sondern auch geschäftsgeile Penispriester im „fortschrittlichen" Verlagswesen und zwar konkret der „Volksverlag".



Er betitelt sich selbst als Verlag und Vertrieb von fortschrittlicher Literatur. Darunter verstehen sie eine Anhäufung von Literatur für möchtegern-permanent-potente Eroberer und Einsteiger in das Weibliche Fleisch – Versinken in Atomtitten und Ärschen, Mösen, die ständig tropfend bereit sind für den Monsterpenis. Geilheit und Sex von uns Frauen nur anerkannt als Mittel zur Erregung und Bestätigung des Mannes. Das Ganze läuft dann noch unter Freiheit!

Sexuelle Freiheit als vielseitiges Explodieren des Körpers – darunter auch Titten, Ärsche, Schwanz usw. – ja! – aber nicht auf Kosten von uns Frauen, degradiert zum passiven Einsteigobjekt für den Mann. Mit derartiger Literatur wird die herrschende männliche Moral gestärkt, die uns Frauen ausgeliefert, behandelt sehen will in allen Lebensbereichen und uns in der Sexualität eigene Geilheit in selbstbestimmte Lustfähigkeit abspricht.

Ihr Chauvis seid arme Schweine, denn was ihr mit euren bunten Bildern illustriert, könnt ihr ja niemals einhalten – dieser Druck des Wunsches nach permanenter Potenz, dieser lähmende Zwang, erobern zu müssen – er wird euch verzehren und verzerren! Was wißt ihr schon von eurem Körper, wo habt ihr schon Sex erfahren, außer einem kurzen Verpuffen aus eurem überbetonten Schwanz. Euer Sex macht euch schwach und leblos. Wir Frauen können mit euch nichts mehr anfangen, wir lassen euch mit euren Bildern alleine. Frauen laßt uns Schnaps brauen aus diesem Fallobst der Geschichte, trinken wir auf unsere Stärke und ihren Untergang.

Zur Erklärung:

Das Verlagsprogramm des Volksverlages ist ein Gemisch von kritischer Literatur (Bommie Baumann „Wie alles anfing" Living Theatre, Rolling Thunder, alternative Literatur) und eben patriarchalische Wichsliteratur.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine breite Palette von U-Comix, auch sonst Texte, die mit chauvinistischen Bildern angeboten werden und wahrscheinlich reißenden Absatz finden.

Das Buch „Mel Ramses" wird z. B. folgendermaßen angepriesen:

„ . . . und die vielen Frauen mit den dicken Titten und Oberschenkeln machen so albern für irgend etwas Reklame bzw. paaren sich mit allen möglichen Tieren, daß es ziemlich lustig ist. ...Außerdem ist es ein Leckerbissen für Grafik-Freunde. Fast durchgehend vierfarbig, meisterhaft, realistisch!"

oder als anderes Beispiel das Haschischkochbuch: illustriert mit phallokratischen Phantasien; daß Frauen auch Haschisch rauchen und sexuelle Phantasien haben ist den Verlegern anscheinend undenk bar.

Wie sehr der Volksverlag auf der Masche phallokratischer Anregung schwimmt, zeigt schon das Titelblatt des Verlagsprogrammes: eine „heiße Person", wie sie es selbst benennen – eine Frau mit nacktem Oberkörper, bestrapste Oberschenkel, weißes Spitzenhöschen – in einer doofen-Püppchen-Haltung. Mit dem damit eingenommenen Geld wollen die Verlagsapostel (Landkommunemitglieder!) die Menschheit retten: „Somit ist jeder Betrag, für den bei uns bestellt ein kleiner Beitrag zur Rettung der Menschheit."
denn sie wollen das Geld verwenden:
„. . . für den Ankauf von Land, um eine Art Modell für eine alternative, ökologische, sozialistische Welt zu schaffen!"

Frauen und Männer! Boykottiert diesen Chauviverlag! Kauft die guten Bücher bei andern Verlagen!"

Kontakt: Waltraut Ehret, Glaserstr. 12 7600 Offenburg

ANGEKLAGT: ARSCH MIT OHREN VERFAHREN EINGESTELLT

Berlin Februar — Der Berliner Oberstaatsanwalt Viktor Weber hatte etwas gegen eine Karikatur, die schon 1976 in der Pardon stand. Der ASTA der PH Berlin hatte sie auch veröffentlicht und wurde angeklagt. Als dann noch die Anklageschrift ausgehängt wurde (bei einer Ausstellung anläßlich eines Buback-Prozesses gegen den Asta-Vorsitzenden), sollte auch dieser Akt der Veröffentlichung angeklagt werden. Jedoch - am 7. Februar wurde das ganze Verfahren wegen Gerigfügigkeit eingestellt (ünrigens mit Einverständnis des Herrn Weber).

**Kontakt: Werner Arnhold, c/o Peter Hein
Dessauer Str. 32, 1 Berlin 61**



KÖLNER VOLKSBLATT SIEGT IM RECHTSSTREIT:

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT ZU ZENSUR UND ALTERNATIVPRESSE-FREIHEIT

KÖLN 22. Februar '79 — Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat jetzt über eine Verfassungsbeschwerde entschieden, die das „Kölner Volksblatt" erhoben hatte. Aus dem Urteil:

„Die Beschlüsse des Amtsgerichts Köln vom 19. Januar und vom 23. Februar 1978, durch welche der Reporter des „Kölner Volksblattes" als Pressevertreter von der Teilnahme an der öffentlichen Hauptverhandlung ausgeschlossen worden ist, verletzen die Grundrechte des Beschwerdeführers aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes."

Außerdem muß das Land Nordrhein-Westfalen dem „Volksblatt" die Auslagen ersetzen.

Die Geschichte:

Das „Kölner Volksblatt" hatte in der Novembernummer 1977 einen Artikel über Richter Welsch vom Appellhofplatz gebracht. Auszug aus dem Artikel:

„Jetzt ist alles gesagt. Der Staatsanwalt meint, daß der Angeklagte verurteilt werden muß. Der Verteidiger meint, daß der Angeklagte nicht verurteilt werden darf. Während der Verteidiger noch redet, ist eine rege Bürotätigkeit auf dem Richtertisch eingetreten. Man will nach Hause. Der Richter schreibt und blättert in den Akten, flüstert mit der Sekretärin. Diese hat inzwischen entdeckt, daß in den Unterlagen zweimal das gleiche Plakat, um das es hier geht, steckt. Sie nimmt eines, faltet es auf, dann wieder zusammen und zerreißt es laut einige Male und wirft es in den Papierkorb. Das Urteil ist gefallen."

Durch diesen Artikel fühlte sich Richter Welsch diffamiert. Seiner Meinung nach entspricht diese Berichterstattung nicht dem Recht der Pressefreiheit, die objektiv und sachgemäß ihrer Aufgabe entsprechend zu berichten habe, anstatt die natürlichsten Grundrechte auch des Richters und auch einer Protokollführerin in grober Weise zu verletzen.

Mit dieser Begründung schickte Richter Welsch bei zwei anderen Prozessen den Reporter des „Kölner Volksblattes" aus dem Saal. Da eine Veränderung der Berichterstattung des „Volksblattes" nicht absehbar sei, hielt es Richter W. aus „sitzungspolizeilichen" Gründen für gerechtfertigt, das „Volksblatt" von weiteren Verhandlungen auszuschließen. Dagegen erhob das „Volksblatt" Verfassungsbeschwerde.
Die Entscheidungen des Richters Welsch bedeuteten eine unzulässige Einschränkung des Grundrechts der Pressefreiheit. Eben das stellte jetzt auch der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts fest.

Aus der Urteilsbegründung:

„Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfene Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates. Sie ist – neben Hörfunk und Fernsehen – ein wichtiger Faktor für die Bildung der öffentlichen Meinung, die ihrerseits als das Ergebnis einer in freier geistiger Auseinandersetzung geführten öffentlichen Diskussion über Gegenstände von allgemeinem Interesse und staatspolitischer Bedeutung in der modernen Demokratie eine entscheidende Rolle spielt. **Durch ihre Teilnahme an diesem Prozeß vermittelt die Presse dem Bürger Informationen, die es ihm ermöglichen, die Meinung anderer kennenzulernen und zu überprüfen, seinen eigenen Standpunkt zu finden, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen und politische Entscheidungen zu treffen."**

Weiter wird festgestellt, daß zum Grundrecht der Pressefreiheit auch die Informationsbeschaffung gehört. Das Grundrecht der Pressefreiheit verbürge „nicht nur die Freiheit der Verbreitung von Nachrichten und Meinungen; sie schützt vielmehr auch den gesamten Bereich publizistischer Vorbereitungstätigkeit, zu der insbesondere die Beschaffung von Informationen gehört. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt auf die Bedeutung hingewiesen, die dem Schutz der Informationsquelle für das Pressewesen zukommt. Erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zur Information versetzt die Presse in den Stand, die ihr in der freiheitlichen Demokratie eröffnete Rolle wirksam wahrzunehmen. Da-

bei wird der Schutz des Artikels 5 ... Grundgesetz allen Presseorganen unabhängig von der Art und Weise ihrer Berichterstattung zuteil..."

Das Verfassungsgericht sieht die Pressefreiheit gerade auch durch die Begründung des Richters Welsch eingeschränkt, der Ausschluß des „Volksblattes" sei aus „sitzungspolizeilichen" Gründen notwendig. „Wäre es dem Richter gestattet, die Entfernung eines Pressevertreters aus dem Sitzungszimmer mit dem Hinweis auf die – frühere oder künftige – Berichterstattung des von ihm repräsentierten Presseorgans zu begründen, so könnte er mittels der ihm eingeräumten sitzungspolizeilichen Befugnisse Pressevertreter für die Art ihrer Berufsausübung nach Belieben „belohnen" oder „bestrafen", künftige Berichterstattung steuern und damit letztlich Einfluß auf Erscheinen und Inhalt von Presseveröffentlichungen gewinnen. Das wäre mit Artikel 5 ... Grundgesetz unvereinbar."

Kontakt: Kölner Volksblatt, 5000 Köln 1, Palmstr. 17, Tel.: 0221 / 21 36 85.

ZENSURPROZESS GEGEN VERLAG J. REENTS

HAMBURG 22. FEBRUAR Im Prozeß gegen den Verlag J. Reents („Arbeiterkampf") über den wir bereits im ID 269 berichteten, geht weiter. Angeklagt ist Jürgen Reents wegen der Herausgabe des „Russell-Buches Nr. 5". Wir haben das Prozeß-Info Nr. 3 des Kommunistischen Bundes leicht gekürzt:

Am 8. 2. 79 ging der Prozeß gegen der Verlag J. Reents – nach der vorangegangenen Verlesung des inkriminierten Buches – in der Phase der Beweisaufnahme. Die Verteidigung legte eine Reihe von Beweisanträgen vor, die geeignet sind, die angeklagten Thesen des Buches zu erhärten. Gefordert wurden Sachverständigengutachten, Zeugenvernahme und Verlesung von einschlägigem Schrifttum . . .
Diesen Beweisanträgen liegen außer den bereits in dem Buch veröffentlichten Dokumenten zahlreiche Darstellungen führender „Sicherheits"-Strategen selbst zugrunde.

StA Reumann bemühte sich, die angebotenen Beweismittel der Verteidigung als „unwissenschaftlich", „Durcheinander von Tatsachenbehauptungen und Wertungen", „unbedeutend", „untauglich", „unbestimmt" und nicht auf die konkreten Vorwürfe bezogen hinzustellen und verlangte von Richter Betz, sie in Bausch und Bogen abzulehnen. Die Verlesung der schriftlichen Dokumente beweise im übrigen nur, daß etwas geschrieben worden sei – nicht aber, daß es der Wirklichkeit entspreche. Reumann verhöhnte die Beweisanträge als eine reine „Schaumschlägerei" . . .

Wenn die Verteidigung „allgemein bekannte" Tatsachen zum Gegenstand ihrer Beweisanträge mache, dann sei das eben „reine Bewertung – was soll's!". Insbesondere in einem Vergleich der Sonderkommandos zur GeStaPo und zu ausländischen Anti-Guerilla-Einheiten konnte StA Reumann keinen Sinn sehen. Einen Vergleich zur historischen Entwicklung der GeStaPo kommentierte er: „Was soll das. Das war eine geschichtliche Erscheinung. Die braucht man nicht unter Beweis zu stellen." Die wachsende apparative Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei fand StA Reumann ganz in Ordnung: Es sei doch offenkundig, daß ein Nachrichtenaustausch zwischen „verschiedenen Behörden" notwendig sei. Auch hier fand er den historischen Vergleich unnötig, obwohl er im gleichen Atemzug das bewußte Anknüpfen verschiedener „Sicherheits"-Strategen an die Nazi-Erfahrungen damit rechtfertigte, daß dies ja auch dazu dienen könne, „Fehler zu vermeiden".

Jürgen Reents erwiderte, die zur Schau getragene Ignoranz der Staatsanwaltschaft beweise, daß die StA nicht bereit sei, ausgehend von den Tatsachen zu prüfen, ob ein Vergleich der heutigen Verhältnisse mit denen des Faschismus berechtigt sei, obwohl dieselbe Staatsanwaltschaft gerade den bloßen Vergleich zum Gegenstand der Anklage nach § 90a gemacht habe. Wenn aber selbst StA Reumann „Fehler" nach Nazi-Muster für möglich halte, dann müsse doch der Vergleich mit tatsächlichen faschistischen Apparaten usw. nicht nur möglich, sondern sogar nötig sei. Da aber gerade der Vergleich inkriminiert wurde, erfülle offenbar schon die bloße Warnung den Tatbestand der Verunglimpfung. Offenbar wolle die StA jede öffentliche Diskussion über die gefährliche Entwicklung des BRD-„Sicherheits"-Apparates mit Gewalt unterbinden.

Verteidiger Maeffert charakterisierte die Methode der Staatsanwaltschaft an einem Beispiel: Nach dem Muster von StA Reumann würde dieser auf eine Prozeßdarstellung, die Polizei habe während eines Einsatzes ohne Grund einen Bürger brutal zusammengeschlagen, wie folgt erwidern: die Tatsache, daß die Polizei schlägt, sei „allgemein bekannt". Ob dieser Einsatz verhältnismäßig sei, d. h. „Zu Recht" erfolgte, sei eine „reine Wertungs"-frage, könne also nicht Gegenstand einer Beweiserhebung sein. Mit einer solchen Argumentation würde in der Konsequenz jeder Wahrheitsbeweis vom Tisch gewischt werden können. Eine solche Rechts-Anwendung wäre gleichbedeutend damit, daß die Justiz zum Vollstreckungsgehilfen der politischen Exekutive wird.
Die Mentalität, mit der die Staatsanwaltschaft diesen Prozeß führt, entlarvte sich besonders in Reumanns Entgegnung auf den Beweisantrag über die Vorfälle während der Schleyer-Entführung. Nach Kennzeichnung der GSG-9-Aktion in Mogadischu als Notwehr gegen „Verbrecher" ließ Sta Neumann sich zu der Bemerkung hinreißen: Zu den Erwägungen, die Gefangenen von Stammheim hinzurichten, „kann ich nur sagen: na und? " – Auf den Antrag der Verteidigung hin, dies zu Protokoll zu nehmen, bestätigte Reumann nochmals ausdrücklich: „Diese Worte sind gefallen".

BUCHLÄDEN ZUGEKLEISTERT

Bochum/Dortmund *Die Gruppe „Freiheit für jeden gedachten und gedruckten „Gedanken" teilt mit, daß sie am 2. März in Bochum und Dortmund die Türen bürgerlicher Buchläden zugekleistert hat. Diese Symbolische Aktion richtet sich gegen die Zensur in der BRD. Die Gruppe schreibt u.a.:*

„Die bürgelichen Buchhandlungen haben sich bis heute nicht zum Zensurparagraphen 88a geäußert – sie handelten gemeinsam mit Verlegern und Grossisten (Zwischenhändlern), die dafür sorgten, daß rechtlich bedenklich erscheinende Texte/Textreihen aus dem Sortiment verschwanden.
Einzelnen Verlage stellten ganze Reihen ein (bspw. der Rowohlt Verlag seine Reihe: Texte zum Marxismus und Anarchismus), Bücher wurden von Verlegern im nachhinein zensiert (der Luchterhand Verlag zensierte einen Text von Debray) und der Berthelsmann Konzern weigerte sich, einen Roman von Peter Chotjewitz herauszubringen, in dem u.a. die Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD beschrieben werden. Grossisten fragen nach, ob rechtliche Bedenken gegen einen Text vorliegen, bevor sie ihn ins Sortiment aufnehmen. Von den bürgerlichen Buchhandlungen werden rechtlich bedenkliche Texte erst gar nicht bestellt. Buchhandlungen, Verlage, Vertriebe und Druckereien, die sich dieser Praxis nicht unterordnenwollen, sehen sich einer ständigen Kriminalisierung ausgesetzt."



„GEMEINSAM GEGEN ZENSUR"

BERLIN
21. Februar '79

Die unterzeichneten Gruppen rufen zu einer Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Gemeinsam gegen Zensur" auf.

„Jeder von uns ist betroffen... ob wir die Wahrheit drucken, illustrieren, spielen, sagen, schreiben oder singen. Wenn sie einen von uns herausgreifen und mit Gefängnis- oder hohen Geldstrafen mundtot machen wollen: Dann greifen sie uns alle an!
Wir wollen uns gemeinsam gegen Zensur, Bevormundung, Verfolgung usw. wehren. Gegen jede Einschränkung der freien Meinungsäußerung!

Auftakt unserer Aktivitäten waren zwei Kulturveranstaltungen im 'Quartier Latin' in West-Berlin am 24. und 25. Februar 1979. Für Herbst dieses Jahres sind weitere Veranstaltungen und eine Ausstellungsreihe in verschiedenen Galerien geplant, die Zensur in den verschiedenen Bereichen und die möglichen Widerstandsformen zum Gegenstand haben werden. Der am 24. und 25. Februar erzielte Reinerlös wird der 'Studiobühne Würzburg' und den AGIT-Druckern zu gleichen Teilen zukommen.

Die Unterdrückung und Zensur fortschrittlicher Kulturschaffender hat in Deutschland eine lange Tradition. An diese Tradition knüpfen auch heute beide deutsche Staaten an. Wie weit Repression und Zensur bei uns in der BRD gediehen sind, zeigt das Beispiel der Studiobühne Würzburg, deren Arbeit von Beginn an (1971) behindert wurde. Das Theaterstück „Der Geist von Oberzell", das die Ausbeutung im Dritten Reich bis heute in einer Würzburger Druckmaschinenfabrik zeigt, war der Anlaß, mit Hausverboten, Kündigung von Proberäumen und Aufführungsverbot durch das Bundesverfassungsgericht gegen die Bühne vorzugehen. Die Studiobühne Würzburg hat bisher Geldstrafen und Gerichtskosten von ca. 30.000 DM erhalten.

Ein weiteres besonders erschreckendes Beispiel von Zensur ist der Fall der AGIT-Drucker. Da wurden Drucker mit Gefängnis bestraft, weil sie nicht bereit waren, die Texte, die sie drucken sollten, zu zensieren. Bei diesem Prozeß ging es nicht um eine bestimmte Zeitung, wie offiziell gesagt wurde, mit diesem Prozeß wird das Recht auf freie Meinungsäußerung angegriffen. Auf diesem Wege soll praktisch eine Vorzensur eingerichtet werden...

Wie weit der Würgegriff gegen unliebsame Menschen geht, wird deutlich aus einem Beispiel der jüngsten Vergangenheit: Dem Grafiker Ernst Volland wurde ein Bußgeldbescheid in Höhe von DM 600,- zugestellt, weil er ein Plakat herausgegeben hatte, das sich mit der Einstellungspraxis im Öffentlichen Dienst auseinandersetzt: Der Öffentliche Dienst stellt ein: Radfahrer, Schleimer, Duckmäuser, Schnüffler, Kriecher – das war der Text. Dazu hatte E. Volland den Bundesadler abgebildet; offiziell wurde er dafür – wegen unbefugten Benutzens des Staatssymbols – belangt. Vorher wurde versucht, eine Diffamierungskampagne gegen ihn einzuleiten!
Solche Beispiele ließen sich endlos fortsetzen.

Viele Fälle von Zensur werden gar nicht erst bekannt, die Verfolgung fortschrittlicher Kulturschaffender schafft ein Klima der Unsicherheit, viele Dinge bleiben ungesagt oder ungeschrieben – aus Angst, ebenso verfolgt oder gemaßregelt zu werden.

Bisher beteiligen sich bzw. unterstützen die Initiative „Gemeinsam gegen Zensur":

Studiobühne Würzburg, Fliegende Blätter, Berliner Stadtmusikanten, Roter Pfeffer, Rotkehlchen, Trotz alledem, Bruno Eckardt, Elbspeelers, KontaktBereichsOrchester, Ca De We, Künstlergruppe Zündstoff, Künstlergruppe Ratgeb, FDGÖ, Ernst Volland, Galerie 70, Rotation Galerie, Fotogalerie Zillestraße, AG Kultur der Alternativen Liste, Agit, Radikal, Linkskurve (Magazin für Kunst und Kultur)."

Kontakt: Rolf-Werner Lasicki, Stubenrauchstr. 30, 1 Berlin 41, Tel.: 030 / 851 33 28.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 273 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

ÖKOLOGIE

REPRESSION

INTERNATIONALES

INLAND

DEUTSCHLAND'S PECH MIT SCHLECHTACHTERN (SCHLECHTE GUTACHTER)

1915: *„Der Wind in Flandern weht meistens nach Osten. Ich würde Chlor-Gas an der Front nicht einsetzen. Außerdem ist es eine inhumane Waffe..."* (Gutachter ausgebootet als „Anti-Militarist".) Folge: Das Gas – zum ersten mal von Kaiser Wilhelms Regierung im Krieg benützt – wurde zum Bumerang: der Westwind trieb es zurück in die deutschen Stellungen.

1941: *„Nach Einsteins Theorien, nach Fermi, Szilard, könnte man eine Atom-Bombe bauen..."* (Gutachter bekam Schwierigkeiten als verjudeter Wissenschaftler.) Folge: Die damalige deutsche Regierung blieb in den ersten Ansätzen des Atombombenbaues stecken...

1979: *„Gorleben ist gefährlich..."* (Gutachter kommt nicht in Frage, verfassungsfeindlich.) Folge: ?

Max Watts/ID

NACHTRAG ZUM KNASTARTIKEL „OSLEBSHAUSEN" (siehe ID 272)

BREMEN
13. März

Oslebshausen ist ein Stadtteil von Bremen. Hier ist nochmal die Kontaktadresse für die Gefangenenhilfe Bremen: **Helmut Miczuga, Schleiermacherstraße 2, 2800 Bremen.**